Universitäts- und Landesbibliothek Bonn

Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in den ehemaligen Herzogthümern Jülich, Cleve und Berg und in dem vormaligen Großherzogthum Berg über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung, ...

vom Jahr 1475 bis zu der am 15. April 1815 eingetretenen Königlich Preuß. Landes-Regierung

Vom Jahr 1808 bis zum Jahr 1815 und von Nr. 3001 bis incl. Nr. 3735

Scotti, Johann Josef

Düsseldorf, 1822

1814, 21. April -1815 (Nr. 3528 - 3735)

urn:nbn:de:hbz:5:1-345

Visual Library

3528. — Den 21. April 1814. — A.

Der General-Gouverneur.

Zur Ausführung der in der Verordnung Nro. 3511 enthaltenen Bestimmungen werden ausführliche Vorschriften über die Art der gemeinschaftlichen Aufbringung der Truppen-Verpflegungskosten durch Anlegung von Magazinen, Vergantung der Verpflegungs- und Fourage-Bedürfnisse und durch Verdingung der Vorspannsleistungen erhalt.

3529. — Aachen den 25. April 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Verordnung über das Verhalten der öffentlichen Behörden auf eingehende Requisitionen oder Verfügungen französischer Autoritäten.

Bei den wiederhergestellten Postverkehr mit Frankreich und insbesondere mit Paris, sind von mehreren der obern und niedern französischen Civil- und Militair-Autoritäten allgemeine Verfügungen, Bekanntmachungen und Requisitionen an Justiz-, Polizei- und Finanz-Stellen meines General-Gouvernements ergangen. Dies Verfahren kann sich nur auf ein Versehen bei den Ausfertigungen gründen, die für alle, zu Frankreich sonst gehörig gewesenen Länder, ohne Berücksichtigung der von den hohen verbündeteten Mächten angeordneten Verwaltungs-Verhältnisse, erfolgen

Damit indessen bei den, in den Departements meines General-Gouvernements bestätigten, oder neu angeordneten Behörden kein Bedenken über ihr Verhalten bei Verfügungen, Bekanntmachungen oder Requisitionen der, von der provisorischen französischen Regierung eingesetzten Autoritäten, erhoben werden könne; so verordne ich hiemit ausdrücklich: daß kein Beamter meines General-Gouvernements, er gehöre zu einer Justiz-, Finanz-, Polizei- oder geistlichen Stelle, solche Verfügungen, Bekanntmachungen und Requisitionen, in sofern dieselbe auf öffentliche Verhältnisse sich beziehen, beachten oder befolgen darf, und zwar bei Vermeidung der augenblicklichen Dienstentsetzung.

Bekanntmachungen und Requisitionen, welche Privatverhältnisse zum Gegenstande haben, können zwar nach den Umständen zur weitern Kenntniß gebracht und erledigt, es muß aber alsdann sofort auch dem provisorischen Gouvernements-Commissair des Departements von einem jeden Fall dieser Art Anzeige gemacht werden, welcher, in sofern er die Sache dazu geeignet findet, mir darüber Bericht erstatten wird.

3530. — Aachen den 25. April 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Verordnung in Betreff der neuen Kasseneinrichtung.

Dem Publikum wird hierdurch nachrichtlich bekannt gemacht, daß die unter der französischen Regierung bestandenen Departemental-Kassen, oder was dem gleich war, die Stellen der **Receveurs-généraux** und der **Payeurs** in ihrer Verwaltung aufgehört haben.

Es ist an deren Stelle hier in Aachen eine einzige Kasse für sämmtliche drei Departemente meines General-Gouvernements, unter dem Namen: Hauptkasse des General-Gouvernements vom Nieder Rhein, errichtet worden, welche die Geschäfte der vormaligen Departementalkassen, auch der **Payeurs** in den Departementen sowohl, als der Generalkassen zu Paris, in Beziehung auf bemeldete drei Departemente in sich vereinigt. Sämmtliche Bezirkskassen des General-Gouvernements stehen also mit jener Hauptkasse in derselben unmittelbaren Verbindung, in welche sie früher zu den Departementalkassen gesetzt waren.

Alle Zahlungen, welche im ganzen General-Gouvernement aus irgend einer öffentlichen Kasse geleistet werden, erfolgen für Rechnung der Hauptkasse.

Um die Zahlungen an Gehältern, Pensionen, oder von welcher Art sie seyn mögen, den Empfängern zu erleichtern, habe ich die Verfügung getroffen, daß solche auf Zahlungsmandate, entweder von mir unmittelbar, oder von den Gouvernements-Commissarien vollzogen, bei den betreffenden Bezirkskassen erhoben werden können, welche sich sodann mit der Hauptkasse darüber berechnen.

Die von der Hauptkasse zu ertheilenden Quittungen werden

1) von dem Oberempfänger Herrn Kriegs- und Domainenrath von Ammon, 2) von einem der dabei angestellten Buchhalter, vorläufig dem Herrn Aldenhoven, 3) von dem zum Kassirer dieser Kasse ernannten Herrn Fischer gezeichnet.

Alle Zahlungen der Einwohner an die Gemeinde- oder Ortsempfänger, und an die Domainen-Receveurs oder jetzigen Rentmeister, ferner an die Steuer- oder sonstigen Spezialempfänger, so wie die Ausschüttung der Bestände dieser Gemeinde- oder Spezialkassen an die Bezirkskassen, geschehen vorläufig auf dem bekannten früher und bisher stattgefundenen Wege.

Sobald hiebei eine Veränderung eintreten mögte, wird solche sogleich zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

3531. — Aachen den 28. April 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Verordnung über die Gerichts-Verfassung in dem General-Gouvernement vom Nieder-Rhein.

Nach Einsicht des §. 6 der Verordnung vom 11ten vorigen Monats, (No. 3491) über die innere Verwaltung meines General-Gouvernements bestätige ich überall provisorisch den Grundsatz, daß die bisherige Gerichts-Verfassung beibehalten, deshalb die erledigten Stellen in den Kreisgerichten, so weit nöthig, schleunigst besetzt und gleich nach der Uebergabe Mastrichts, der bis jetzt unter die Kreisgerichte zu Ruremonde und Hasselt vertheilte Gerichts-Sprengel des Mastrichter Kreises, in demselben wieder vereinigt werden soll.

Alle Gerichts-Personen ohne Unterschied, insbesondere aber die Präsidenten, die öffentlichen Prokuratoren und deren Gehülfen werden daher hierdurch ernstgemessenst aufgefordert, mit verdoppeltem Fleiße dahin bedacht zu seyn, daß die etwaigen Stockungen in den Gerichtshöfen gehoben und mit möglichster Beschleunigung und strenger Gerechtigkeit, alle Rechts-Sachen abgemacht werden, auch besonders die vorgeschriebenen periodischen Ministerial-Berichte zur Controlle dieses richtigen Ganges, zu rechter Zeit aufrichtig und ohne alle Rücksichten zu erstatten, und mich dadurch in den Stand zu setzen, die

fleißigen und rechtschaffenen Justizbedienten vor den nachlaßigen und schlechten auszeichnen, und an diesen die schnöde Pflichtvergessenheit gegen ihre Mitbürger ahnden zu können.

Die mir in jenem §. vorbehaltene Verordnung wegen des Appellations- und Cassations-Hofes ertheile ich aber nach Erwägung aller Umstände dahin:

Um dem in deutscher Sprache redenden und verhandelnden Theile des Volks die ihm durch die französische Despotie so schnöde entrissene Wohlthat, auch vor Gericht in dieser ihm angebornen edeln Sprache Recht erlangen zu können, wieder zu geben, habe ich beschlossen, neben der französischen Section bei dem Appellationshofe in Lüttich, eine deutsche Section zu errichten und für diesen Obersten Gerichtshof folgende Bestimmungen festzusetzen:

1 Es ist derselbe für die Departemens der Roer, der Durthe, der Nieder-Maaß und nach der Verordnung des General-Gouverneurs von Belgien vom 5. dieses Monats, auch ferner für das Departement der Sambre und Maas bestimmt.

2. Dieser oberste Gerichtshof theilt sich in eine deutsche und in eine französische Section.

3 Die deutsche Section ist ausschließlich für die Entscheidung aller derjenigen Appellations Sachen bestimmt, welche von den in deutscher Sprache verhandelnden Kreisgerichten meines General-Gouvernements eingehen.

4. Es bestehet dieselbe aus einem Präsidenten und Räthen, welche sofort bestimmt und ernannt werden sollen.

5. Es muß diese Section wenigstens in einer Zahl von fünf Mitgliedern, einschließlich des Präsidenten, versammlet seyn, um einen Beschluß abfassen und aussprechen zu können.

6. Wird dieselbe in dem, nach den unter folgenden Bestimmungen zu entwerfenden Dienst-Reglement, einen Tag in jeder Woche festsetzen, an welchem die in correctionellen Sachen eingehenden Appellationen entschieden werden, und einen andern Tag, um an der Stelle der bisherigen Anklage-Kammern (Chambre d'accusation) über die förmliche Anklage (mise en accusation) zu entscheiden.

7. Was die noch jetzt in Lüttich anhängigen, in französischer Sprache eingeleiteten Appellations-Sachen aus den deutschen Kreisen des Gouvernements betrifft, so sollen dieselben bei der französischen Section des obersten

Gerichts-Hofes ausverhandelt werden, vorbehaltlich der Befugniß der Partheyen, ein anderes unter ſich durch Uebereinkunft feſtzuſtellen, und vorbehaltlich der Entſcheidung des erſten Präſidenten, nach Art und Form der Präſidial-Verhandlungen (référé) im Fall von einem Theile erhebliche, von dem andern Theile aber widerſprochene Gründe für eine Ausnahme von obiger Regel angeführet werden möchten.

8. Die franzöſiſche Sektion zerfällt wegen des größeren Geſchäftsumfanges der ältern und neuern Sachen in zwei Unterabtheilungen, welche zunächſt zur Entſcheidung aller in Zivilſachen eingehenden Appellationen beſtimmt ſind. Außerdem wird

9. Die erſte dieſer Unterabtheilungen an die Stelle der ehemaligen Anklagekammern über die förmliche Anklage erkennen, und die zweite Abtheilung ſtatt der vorigen korrektionellen Kammern die Appellationen in korrektionellen Sachen entſcheiden.

10. Eine jede dieſer Abtheilungen muß wenigſtens in einer Zahl von fünf Mitgliedern, einſchließlich des Präſidenten, verſammelt ſeyn, um einen Beſchluß faſſen und ausſprechen zu können.

11. Der oberſte Gerichtshof und deſſen ſämmtliche Abtheilungen befolgen in Anſehung ihrer Attributen und ihrer innern Verfaſſung, in ſo fern beides vorſtehend nicht abgeändert iſt, die bisherigen Geſetze und Verordnungen, und wird derſelbe ein darnach zu entwerfendes Dienſtreglement dem Generalgouverneur unverzüglich zur Beſtätigung vorlegen. Uebrigens ſollen

12. zu den in Lüttich bereits vorhandenen deutſchen Anwalden (Avoués) baldmöglichſt, nach dem Bedürfniß, noch mehrere ernannt werden. So lange dieſes nicht geſchehen iſt, können die deutſchen Advokaten zugleich die Verrichtung der Anwalde bei dem oberſten Gerichtshof verſehen.

Der Caſſationshof für alle dieſe Departements wie für die übrigen des vormaligen franzöſiſchen Reiches, war ſonſt in Paris und iſt alſo für jene nicht mehr vorhanden, auch fordert die vorſtehende Einrichtung des Appellationsgerichts eine andere Anordnung.

Deshalb ſetze ich folgendes feſt:

1. Alle deutſchen Sachen des oberſten Juſtizhofes und der von ihm abhangenden deutſchen Kreis- und andern Gerichte gehen nach dem Caſſationsgerichte in Düſ-

seldorf, so wie für die der französischen Sprache, nach dem Vorgange desselben, ein besonderes Cassationsgericht in dem obersten Justizhofe zu Lüttich selbst gebildet wird.

2. Das Cassationsgericht zu Düsseldorf entscheidet die dahin gewiesenen Sachen zum mindesten in einer Zahl von sieben Mitgliedern, den Präsidenten mitbegriffen.

3. Die Mehrheit der Stimmen entscheidet; bei einer Gleichheit der Stimmen wird das Cassationsgesuch verworfen.

4. Wird das Cassationsgesuch für gegründet gehalten, so entscheidet das Cassationsgericht zugleich in der Sache selbst, und zwar in der letzten Instanz, wogegen kein weiteres Rechtsmittel stattfindet.

5. Diese Vorschrift findet auch in dem Falle Anwendung, wo der Beschluß eines Assisenhofes, mit Aufrechthaltung des Ausspruchs der Geschwornen, bloß wegen falscher Anwendung des Gesetzes kassirt wird.

Erfolgt hingegen die Cassation der ganzen Procedur und des sich darauf gründenden Ausspruchs der Geschwornen, so verweiset das Cassationsgericht zu Düsseldorf, indem es die Cassation ausspricht, die Sache an den obersten Gerichtshof zu Lüttich, damit derselbe in vereinigten Sektionen einen andern Assisenhof zur abermaligen Verhandlung der Sache konstituire.

6. Ein Admissions-Beschluß über das Cassations-Gesuch findet nicht statt. Im übrigen aber wird die nämliche Form und Procedur beibehalten, welche den Cassationshöfen in den Gesetzen überhaupt vorgeschrieben ist.

7. In Ansehung der Cassationsgesuche, welche gegen die Entscheidung derjenigen Behörden eingelegt worden, welche sich der französischen Sprache bedienen, wird dagegen ferner hierdurch folgendes verordnet:

8. Wenn die Cassation gegen einen Beschluß einer der Unterabtheilungen der französischen Sektion des obersten Gerichtshofes nachgesucht wird, so soll die andere, an dem Beschlusse keinen Antheil habende, Abtheilung sich mit der deutschen Sektion des Gerichtshofes vereinigen, um über das Cassationsgesuch zu entscheiden.

9. Wird aber von dem Erkenntniß einer untergeordneten, in französischer Sprache verhandelnden Gerichtsbehörde appellirt, so vereinigen sich zu nemlichen Zwecken die beiden Unterabtheilungen der französischen Sektion.

10. In beiden Fällen müssen wenigstens sieben Mitglieder vorhanden seyn, um einen Beschluß fassen zu können.

11. Der erſte Präſident führt den Vorſitz; hat derſelbe aber an dem angefochtenen Beſchluß Antheil genommen, ſo wird derſelbe durch den nächſtfolgenden in der Ordnung vertreten.

12. Die Mehrheit der Stimmen entſcheidet; bei einer Gleichheit der Stimmen wird das Caſſationsgeſuch verworfen.

13. Wenn das Caſſationsgeſuch für gegründet gehalten wird, ſo entſcheidet das nach den Beſtimmungen ad 8 gebildete Caſſationsgericht zugleich in der Sache ſelbſt und zwar in letzter Inſtanz, wogegen kein weiteres Rechtsmittel ſtattfindet.

Wird jedoch in der Vorausſetzung des §. 5, deſſen übriger Inhalt hier ebenfalls Anwendung findet, das Verfahren in einer Kriminalſache, und der darauf beruhende Ausſpruch des geſchwornen Gerichts, kaſſirt, ſo beſtimmt das Caſſationsgericht, indem es die Caſſation ausſpricht, zugleich den Aſſiſenhof, vor welchem die neue öffentliche Unterſuchung und Verhandlung ſtattfinden ſoll.

14. Ein Admiſſions-Beſchluß iſt endlich hier eben ſo wenig als im Fall des Art. 6 erforderlich. Im übrigen aber wird die nämliche Form und Procedur beibehalten, welche den Caſſationshöfen überhaupt in den Geſetzen vorgeſchrieben iſt.

Hiernach haben ſich nun alle Einwohner meines Gen.-Gouvernements, oder wer ſonſt in demſelben Rechtsangelegenheiten zu verhandeln hat, insbeſondere aber alle obern und niedern Gerichtsperſonen auf das Genaueſte zu achten. (Conf. Nro. 3581.)

3532. — Aachen den 30. April 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Nachträgliche Verordnung, die Einrichtung des Forſtweſens betreffend.

Um die Regelmäßigkeit des Forſtdienſtes zu befördern, und den häufigen Forſtfreveln Einhalt zu thun, welche zum größten Nachtheil des gemeinen Weſens noch immer fortwähren, habe ich mit Bezug auf meinen Beſchluß vom 28. März (Nro. 3505) Folgendes nachträglich beſchloſſen und verordnet:

1stens. Die bisher zur Bezeichnung der Holz-Schläge gebrauchten, mit dem Zeichen des Adlers versehenen Forsthämmer, sind eingefordert, und dürfen nicht weiter gebraucht werden.

Es sollen an deren Stelle andere Forsthämmer, mit dem Gepräge V. M. (Verbundete Mächte) eingeführt werden.

Um den Zweck dieser Verordnung zu erreichen, soll

a) Bei jedem Bezirks-Gericht, gemäß den bestehenden Gesetzen, ein Abdruck von dem Gepräge niedergelegt werden, wovon sich der Ober-Forst-Kommissair vergewissern, und mir darüber Rechenschaft geben wird.

b) Die Hämmer selbst, sollen bei den Kreis-Direktoren, wo auch der Kreis-Forstmeister wohnt, in einem mit zwei Schlössern zu versehenden Kasten niedergelegt werden. Der Kreis-Direktor, so wie der Kreis-Forstmeister, sollen jeder davon einen Schlüssel haben.

Letzterer soll gehalten seyn, wenn er die Hämmer gebrauchen will, seine Ordre zum Zeichnen dem Herrn Kreis-Direktor vorzulegen. Es soll von den beiden Beamten ein Protokoll wegen Erhebung der Hämmer gefertigt, und an die Stelle derselben niedergelegt werden.

2tens. Die Forstbeamten im jetzigen General-Gouvernement des Nieder-Rheins waren ehedem mit Bandulieren, worauf der Adler angebracht war, dekorirt.

Da dieser Zierrath für die Folge ganz wegfällt; so soll in den Frevel-Berichten auch keine weitere Meldung davon geschehen, das heißt, der Ausdruck:

Versehen mit meinen Bandulieren

soll in den erwähnten Berichten wegbleiben, ohne daß dieselben deswegen als nichtig und unregelmäßig angefochten werden können.

3tens. Nach den Gesetzen, so wie solche bisher bestanden, mußte der Forstbeamte die entdeckten Frevel innerhalb 24 Stunden anzeigen und beschwören, auch dafür sorgen, daß der Frevelbericht binnen 4 Tagen einregistrirt wurde, weil man im entgegengesetzten Falle auf die Klage keine Rücksicht nehmen durfte.

Da bei dieser Einrichtung mancher Frevler der Strafe entgehet, weil die gesetzlich feststehende Frist von 24 Stunden zu kurz beraumt ist, so wird selbige hiermit auf drei Tage ausgedehnt.

Hiernach haben sich die Justiz-Behörden, die Forst-

und Rentbeamten, auch alle Einwohner meines General-Gouvernements zu richten.

3533. — Den 30 April 1814. — A. P.

Der General-Gouverneur.

Bey der Anwendung der neuen Stempelordnung vom 28. Febr. dieses Jahres haben sich einige Bedenklichkeiten ergeben, zu deren Hebung folgende nähere Bestimmungen für nöthig erachtet und hiermit zur gemeinen Kunde gebracht werden.

1) Der §. 16 der Stempelordnung unterwirft alle gerichtliche Erkenntnisse in der Regel dem verhältnißmäßigen Stempel. Da nun Zweifel entstanden ist, ob hierunter alle Arten von Erkenntnissen in den verschiedenen Instanzen verstanden sind, so wird ausdrücklich festgesetzt, daß die obige Bestimmung sich lediglich auf das Erkenntniß der ersten Instanz in der Hauptsache, dasselbe sey contradictorisch oder contumacial, beziehe, und daher auch nur bey diesem Erkenntniß ihre Anwendung finde.

2) Der §. 21 enthält die Vorschrift, daß der verhältnißmäßige Stempel überall zu dem Original oder Hauptexemplar einer Verhandlung gebraucht werden müsse, welches bey öffentlichen Urkunden in der Notariats- oder Gerichts-Registratur aufbehalten bleibt.

Zur Beschleunigung des Geschäftsganges bey den Gerichtsbehörden wird diese Vorschrift dahin abgeändert, daß die Urtheile nicht in der Urschrift, sondern in der Hauptausfertigung der verhältnißmäßigen Stempelgebühr unterworfen seyn sollen, dergestalt, daß die Urschrift der Urtheile in das auf gemeinem Stempelpapier zu führende Audienz-Protokoll nacheinander eingetragen werden können; jedoch zur Genugung der Vorschrift des §. 19, am Rande eines jeden Urtheils, so wie einer jeden folgenden Ausfertigung desselben der Werthbetrag des Gegenstandes und der bey der Hauptausfertigung gebrauchte verhältnißmäßige Stempel ausdrücklich bemerkt werden müssen.

Hinsichtlich der Original- oder Haupt-Exemplare der Verhandlungen, welche in den Notariat-Registraturen aufbehalten werden, hat es bey der Bestimmung des §. 21 der Stempelordnung sein Bewenden.

3) Zur Entfernung jedes Zweifels bey der Anwendung

desselben §. 21 der Stempelordnung in denjenigen Fällen, wo nach d. · Bestimmungen des Civilgesetzbuches mehrere Original-Urkunden eines Vertrags ausgefertigt werden müssen, wird festgesetzt, daß nur für eine dieser Original-Urkunden der verhältnißmäßige Stempel gebraucht, auf allen andern aber an dem Rande der Betrag dieses Stempels bemerkt und zugleich angeführt werden muß, bey welchem unter den Betheiligten die auf dem verhältnißmäßigen Stempelbogen ausgefertigte Urkunde beruht.

3534. — Aachen den 3. May 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Niederrhein.

Verordnung,
die Einquartierungs-Freiheit der Forstoffizianten betreffd.

Da die Forstoffizianten, vermöge ihrer Dienstpflicht, häufig von ihren Wohnungen entfernt seyn müssen, so beruht es nicht nur in der Billigkeit, sondern die Vorsorge für die Forsten, als ein in Fabrikengegenden doppelt wichtiges Staatseigenthum, und die Verpflichtung zur Verhutung der so sehr eingerissenen Forstfrevel erfordern es auch, daß bei Vertheilung der militairischen Einquartierung, auf dieses Verhältniß Rücksicht genommen werde.

Es wird also hiermit verordnet: daß die in meinem Beschlusse vom 28sten März d. J. (Nro. 3506) den Postmeistern zugestandene persönliche Einquartierungs-Freiheit auch auf sämmtliche Forstoffizianten auszudehnen ist, und zwar unter folgenden nähern Bestimmungen:

1stens. Sämmtliche Forstoffizianten sind für ihre Person von der Einquartierung frei; entrichten aber dafür an die Gemeinde eine billigmäßige Entschädigung.

2tens. Wenn zwischen den Betheiligten kein gütliches Uebereinkommen dieserhalb zu Stande kommt, so wird das Entschädigungsquantum von dem betreffenden Kantonskommissair definitiv und ohne Zulassung eines weitern Recurses, bestimmt.

3tens. Diese Einquartierungs-Freiheit betrifft nur die Forstbeamten persönlich; denn insofern sie Haus- und Gutsbesitzer sind, bleiben sie der Theilnahme an der Einquartierungslast, wie jeder andere Eingesessene, verhältnißmäßig unterworfen.

3535. — Den 6. May 1814. — A. P.

Der General-Gouverneur.

Die wohlthätigen Veranſtaltungen der vormaligen Königlich-Baieriſchen Regierung, um dem öffentlichen Unterricht in dieſem Lande eine beſſere Geſtalt zu geben, ſind, während des folgenden unglücklichen Zeitraums, durch die Einziehung der dieſem Zwecke gewidmeten baaren Mittel, durch den Druck, der auf allen Gemüthern laſtete, und durch das Streben der Machthaber, in allen Theilen das Fremde an die Stelle des Einheimiſchen zu ſetzen, theils entkräftet worden, theils ganz eingegangen. Dieſer höchſt wichtige Zweig der geſellſchaftlichen Einrichtungen iſt daher dergeſtallt verkommen, daß es die höchſte Zeit iſt, demſelben beizuſpringen. In dieſer Abſicht wird verordnet, wie folgt:

§. 1. Die Leitung des öffentlichen Unterrichts und der demſelben gewidmeten Anſtalten, in dem ganzen Umfange des Großherzogthums, iſt, unter der höheren Obſorge des zum Curator des Schulweſens beſtellten Gouvernements-Rathes, einer Schul-Commiſſion (ſpäterhin Schul-Rath genannt) anvertrauet.

§. 2. Dieſe Commiſſion wird aus dem Curator, drei (ſpäterhin vier) ordentlichen Mitgliedern und den beiden Vorſtehern der Normalſchule als Beiſitzern, mit berathender Stimme beſtehen.

Der Curator wird den Berathſchlagungen der Commiſſion beiwohnen, ſo oft er es zur Sache dienlich achtet und alsdann darin den Vorſitz führen. In ſeiner Abweſenheit hat das älteſte Mitglied der Commiſſion den Vorſitz.

Die ſämmtlichen Kanzelley-Geſchäfte werden von einem Regiſtrator und die Stelle des Dieners von dem Diener des Gymnaſiums verſehen.

§. 3. Die Schul-Kommiſſion verfügt unmittelbar über die Anwendung der in Betreff des Schulweſens wirklich beſtehenden oder ferner ergehenden Verordnungen, in ſo fern nicht dieſe Verordnungen, oder andere grundſätzliche Beſtimmungen ſelbſt die Entſcheidung oder Genehmigung der höheren Verwaltungsſtellen erfordern.

Zu den Verfügungen der letztern Art gehören vornehmlich:

1) Die Aufhebung beſtehender und die Bildung neuer Erziehungs- und Unterrichts-Anſtalten.

2) Die endliche Beſtimmung der Schul-Bezirke.

3) Die Ernennung zu allen öffentlichen Lehrämtern, so wie

4) Die Bestimmung der damit verknüpften Besoldungen und Nutzungen:

5) Die Entsetzung angestellter Lehrer:

6) Allgemeine Vorschriften über die Classification der öffentlichen Unterrichts-Anstalten und den Umfang des Unterrichts in jeder Classe im Allgemeinen.

§. 4. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt.

§. 5. Die Entwürfe und Rechnungen über die Bewirthschaftung und Verwendung des Einkommens aller öffentlichen Unterrichts-Anstalten müssen der Schul-Commission jährlich vorgelegt werden und erhalten durch die Genehmigung derselben ihre Gültigkeit.

§. 6. Die Schul-Commission setzt durch allgemeine oder besondere Vorschriften die Lehrplane aller öffentlichen Unterrichts-Anstalten fest und wacht über deren Ausführung.

§. 7. Niemand kann in dem Großherzogthum, außer dem Kreise einer einzelnen Familie, ein wissenschaftliches Lehramt ausüben, der nicht von der Schul-Commission, oder, vermöge Auftrags derselben, von einer einzelnen Schul-Behörde in Beziehung auf die Fächer, worin er Unterricht ertheilen will, geprüft und dazu tüchtig gefunden ist.

Der Uebergang von einem niedern zu einem höhern Unterrichtsfach erfordert jederzeit eine neue Prüfung.

Wer sich, dieser Bestimmung zuwider, mit der Ertheilung eines wissenschaftlichen Unterrichts befaßt, ohne dazu durch einen von dem Curator vollzogenen Beschluß der Schul-Commission die Befugniß erhalten zu haben, verfällt in eine von der Commission, nach den Umständen, zu bestimmende Geldbuße von 5 bis 25 Rthlr., welche in dem Wiederbetretungsfall verdoppelt wird.

§. 8. Der Schul-Commission ist der Vorschlag über die Besetzung aller zur Erledigung kommenden öffentlichen Lehrämter überlassen.

Das hierbei, besonders in Ansehung der unteren Schulen zu beobachtende Verfahren, wird auf den Vortrag der Commission näher festgesetzt werden.

§. 9. Die bestehenden Verordnungen über die Verpflichtung der Gemeinen zu der anständigen Versorgung der in ihren Bezirken gesetzlich bestellten Schullehrer werden ausdrücklich bestätigt. Der Schul-Commission an ei-

ner ſo wohl als den Kreis-Directoren und Bürgermeiſtern an der andern Seite, iſt die Sorge für die gänzliche Vollziehung dieſer Verordnungen beſonders anbefohlen.

§. 10. Die Commiſſion führet nicht weniger die Aufſicht über alle Privat-Erziehungs- und Unterrichts-Anſtalten, und ſetzt die ihr allezeit vorzulegenden Lehrplane derſelben, nach vorhergegangener Prüfung, feſt.

§. 11. Unternehmer von Privat-Erziehungs- und Unterrichts-Anſtalten, welche dabei andere als von der Schul-Commiſſion geprüfte und für fähig anerkannte Lehrer brauchen, verfallen in eine von der Commiſſion zu beſtimmende Geldbuße von 30 bis 100 Rthlr., außer der Geldbuße, welche ſolche unbefugte Lehrer, nach den Beſtimmungen des §. 7, ſelbſt zu erlegen haben.

§. 12. In den einzelnen Landes-Bezirken ſollen Inſpectoren, und, wo es zur Sache dienlich, Local-Schul-Curatelen angeordnet werden, welche unter der Leitung der Schul-Commiſſion die Aufſicht über die daſelbſt befindlichen Schulen und Unterrichts-Anſtalten in dem ihnen angewieſenen Geſchäftskreiſe zu führen haben.

Die Schul-Commiſſion wird über die noch zu treffende nähere Anordnung in dieſer Hinſicht baldigſt vortragen.

§. 13. Die Schul-Commiſſion wird ſich, ſogleich nach dem Antritt ihrer Verrichtungen, mit dem Entwurf der zu errichtenden Normal-Schule, ſo wie demnächſt mit dem Entwurf einer allgemeinen Schul-Ordnung beſchäftigen, und beide zur Prüfung und weiteren Verfügung vorlegen.

§. 14. Die Kreis-Directoren, Polizei-Vögte und Bürgermeiſter ſind, nicht weniger wie vormals, gehalten, auf den Zuſtand der gemeinen Schulen ſowohl, als der Privat-Unterrichts-Anſtalten und auf die genaue Befolgung der den öffentlichen Unterricht betreffenden Verordnungen und Vorſchriften in ihren Geſchäftskreiſen zu achten und ihre Erinnerungen, wo es die Gelegenheit ergiebt, nach den Umſtänden an die Schul-Beamten ihres Kreiſes, oder auch an die Schul-Commiſſion gelangen zu laſſen.

§. 15. Dem Curator iſt die Sorge anbefohlen, daß die Schul-Commiſſion ſogleich eingeführt und in Wirkſamkeit geſetzt werde. (Conf. No. 3592 u. 3617.)

3536. — Aachen den 9. May 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Niederrhein.

Verordnung, wodurch eine verlängerte Frist für das Wiedereintragen erloschener zehnjähriger Hypotheken bewilligt wird.

Nach dem Artikel 2154 des französischen Civilgesetzbuches soll jede Hypothek nach Abkauf von zehn Jahren erloschen seyn, wenn die Einschreibung derselben, vor Endigung dieses Zeitraumes, nicht erneuert worden ist.

Indessen herrschte in der ersten Zeit nach dem Rhein-Uebergange der alliirten Heere eine beinahe gänzliche Stockung in der Administration, wie in der Justizverwaltung, namentlich waren die Hypothekenbewahrer zum Theil geflüchtet, sämmtliche Hypotheken-Bureaux aber auf eine längere oder kürzere Zeit geschlossen, und ihre Wiedereröffnung erfolgte erst auf eine deshalb geschehene öffentliche Bekanntmachung: folglich waren die Einwohner innerhalb eines gewissen Zeitraumes in der absoluten Unmöglichkeit, ihre Hypothekenrechte nach Bestimmung des oben allegirten Gesetzes zu konserviren; und späterhin endlich konnten die Hypothekenbesitzer nicht im ersten Augenblicke von der Wiedereröffnung der Bureaux Gebrauch machen, weil sie zum Theil ihre Dokumente wegen der Kriegsunruhen in Sicherheit gebracht hatten.

Es würde ungerecht seyn, wenn eine solche, durch den unwiderstehlichen Drang der Begebenheiten herbeigeführte, unwillkührliche Verletzung einer Formalität, das Eigenthum rechtmäßiger Besitzer in Gefahr brächte. Da indessen das positive Gesetz diesen Fall nicht vorhergesehen hat, und ein solcher Zustand der Dinge die Quelle verderblicher Prozesse werden könnte, so beschließe und verordne ich, wie folgt:

1. Alle Hypotheken-Einschreibungen, deren zehnjährige Frist, seit dem 1sten Januar 1814, erloschen ist, können bis zum nächstkünftigen 1sten Juny erneuert werden, und behalten alsdann ihren Prioritätsrang eben so, als wenn ihre Erneuerung innerhalb der durch den Artikel 2154 des französischen Civil-Gesetzbuchs vorgeschriebenen Frist geschehen wäre.

2. Gegenwärtige Verordnung soll publicirt, zur Nachachtung sämmtlicher Justiz- und Verwaltungs-Behörden,

namentlich der Hypothekenbewahrer, in das Journal des Nieder-Rheins eingerückt werden. (Conf. No. 3565.)

3537. — Aachen den 9. May 1814. — **A. V.**

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Verordnung wegen des Stempelpapiers.

Durch den §. IX. der Verordnung vom 26ſten März d. J. (Nro. 3502 d. S.) habe ich ſchon die Abſicht einer einſtweilgen Beibehaltung der bisherigen Stempelabgabe zu erkennen gegeben.

Die Bedürfniſſe erlauben auch nicht, ſie, ohne Erſatz durch eine andere Abgabe, eingehen zu laſſen, und da, ſelbſt bei der ſorgſamſten Wahl, ein jedes Surrogat nicht minder läſtig fallen würde, als die Stempelſteuer, ſo habe ich definitiv beſchloſſen, ſie proviſoriſch fortgehen zu laſſen, und verordne demnach Folgendes:

§. 1. Es bleiben die bisherigen Stempelgeſetze bis auf weitere Verordnung in Kraft.

§. 2. Mit dem 20ſten des laufenden Monats ſoll der Gebrauch des franzöſiſchen Stempelpapiers gänzlich aufhören, und dafür von dieſem Tage an das mit dem Stempel des General-Gouvernements vom Nieder-Rhein verſehene Stempelpapier eintreten.

§. 3. Den Gerichten, Notarien, u. ſ. w., welche Vorräthe von Stempelpapier zu halten pflegen, iſt geſtattet, ihre Vorräthe an franzöſiſchem Stempelpapier bei dem nächſten Domainen Bureau gegen neues umzutauſchen; jedoch muß dieſes in dem Zeitraum vom 20ſten bis 31ſten May d. J. geſchehen, indem ſpäterhin ein ſolcher Umtauſch nicht mehr Statt haben kann. Zu demſelben werden die Rentmeiſter hierdurch autoriſirt; es wird denſelben jedoch unterſagt, nach Ablauf jenes Termins, den Umtauſch fortzuſetzen.

§. 4. Am 1ſten Juni haben die Rentmeiſter die bei den Domainen-Bureaux vorhandenen Vorräthe von franzöſiſchem Stempelpapier mittelſt eines, in doppelter Ausfertigung beizulegenden Verzeichniſſes, an die ihnen vorgeſetzten Renthei-Oberaufſeher einzuſenden und wird ihnen von dieſen, auf Befund der Richtigkeit, ein quittir-

tes Exemplar des eingesandten Verzeichnisses zurückgeschickt werden.

§. 5. Die, in den §. X. der vorgedachten Verordnung, bis zum 1sten May d. J. bestimmte Frist zu Supplirung des Stempels zu den Verträgen und sonstigen Verhandlungen, welche seit dem Einmarsch der hohen verbündeten Mächte bis zu der Publikation jener Verordnung, ohne Stempel abgeschlossen sind, ist bis zum 1sten Juny verlängert und hat diese Bestimmung auch auf die Enregistrements-Gebühren und insbesondere auf die Sekretariats-Gebühren (droits de greffe) Anwendung.

Nach Ablauf jener Frist haben die Rentmeister von den Notarien, Sekretarien der Gerichte und von den Hülfsvollziehern ihrer Verwaltungsbezirke Verzeichnisse aller, während vorbemeldeter Zeit von ihnen selbst oder von den betreffenden Gerichtsbehörden verfertigten Akten und Verhandlungen und der abzuliefernden Ausfertigungen derselben einzuziehen, um gegen die Stempel-Enregistrements-Contravenienten gesetzlich zu verfahren.

Es werden gedachte Behörden hierdurch angewiesen, den Rentmeistern diese Verzeichnisse baldmöglichst zugehen zu lassen.

§. 6. Auch sollen die, für Verspätung und Versäumung der Einregistrirung der Immobilien-Uebertragsverträge und Erbschaftsangaben, vor dem Einrücken der Truppen der verbündeten Mächte bereits verfallene und selbst in den Büchern der Empfänger aufgezeichnete, doppelte Gebühren und Strafen nachgelassen seyn, wenn die gesetzmäßigen einfachen Gebühren für obige Gegenstände bis zu dem 1sten Juni d. J. bei den betreffenden Domainen-Bureaux berichtigt werden.

§. 7. Da die bisherigen Stempelgesetze bis auf weitere Verordnung völlig in Kraft bleiben, so ist denn auch zu jeder Art von Bittschriften, welche sowohl bei dem General-Gouvernement, als bei sämmtlichen Gerichts- und Verwaltungs-Behörden übergeben werden, das gehörige Stempelpapier zu adhibiren, und werden gedachte Behörden hierdurch angewiesen, auf die ohne Stempelpapier eingehenden Bittschriften nicht nur nicht zu verfügen, sondern auch die desfallsigen Stempelkontraventionen bei den, mit deren Verfolgung beauftragten, Behörden zur Anzeige zu bringen, wie denn auch letztere auf den vorschriftsmäßigen Gebrauch des Stempelpapiers überhaupt zu wachen haben.

§. 8. Zu Aufdrückung des, zu den Zeitungen und Journalen u. s. w erforderlichen außerordentlichen Stempels, sind zwei Bureaur für das hiesige General-Gouvernement errichtet; das eine hier in Aachen für das Roer-Departement; das andere in Lüttich für die Departements der Ourthe und der Niedermaas zusammen.

Der durch die vorgewesene Umstände unterbrochene Gebrauch des außerordentlichen Stempels nimmt mit dem 1sten Juni dieses Jahres wiederum seinen Anfang, bei Vermeidung der auf die desfallsige Contravention gesetzten Strafen.

§. 9. Da die Spiel-Karten zu denjenigen Gegenständen gehören, von denen zum Besten des Landes sehr füglich eine mäßige Abgabe getragen werden kann, und solche bisher schon in dem hiesigen Gouvernements-Bezirk unter den vereinigten Rechten Statt gehabt hat; so wird hiermit verordnet, daß vom 1sten Juni d. J. an, die Kartensteuer nach den bisherigen Sätzen wieder erhoben und bei den Domainen- und Enregistrements-Bureaur berechnet werden soll.

Die Stempelung der Spielkarten wird bei den Bureaur des außerordentlichen Stempels geschehen, an welches die Kartenfabrikanten sich zu wenden haben. Der Stempel soll auf das Herz-As aufgeschlagen werden. Vom 1sten Juni an, darf nicht mehr mit ungestempelten Karten gespielt werden. Die für Contraventionsfälle bestimmten Strafen sind beibehalten.

3538. — Den 10. May 1814. — A. P.

Der General-Gouverneur.

In Gefolge des von der vereinigten General-Intendantur festgesetzten Regulatives, sind im General-Gouvernement Berg folgende Etappen-Orte angenommen worden:

1. Düsseldorf; 2. Elberfeld; 3. Siegburg; 4. Uckerath.

An jedem dieser Orte wird unverzüglich ein Etappenkommandant ernannt werden.

Jedem derselben wird das benöthigte Magazin, Einquartierungs- und Vorspannskonkurrenz zugewiesen.

Die Instruktionen für die Etappenkommandanten werden durch den Druck bekannt gemacht werden.

Der mit der Etappendirektion beauftragte Gouvernements-Rath wird für die Vollziehung der gegenwärtigen Verordnung Sorge tragen.

3539. — Den 10. May 1814. — A. P.

Der General-Gouverneur.

Bei der Revision der zeither beibehaltenen französischen Gesetzgebung und Rechtspflege hat sich ergeben, daß in criminellen und correctionellen Sachen die Kosten durch die Vernehmungen vieler oft irrelevanten Zeugen durch die Wiederhohlungen dieser Vernehmungen und die den Zeugen bewilligten Gebühren zur Last der Staatsfonds übermäßig erhöht werden, und ohne Nachtheil für die Rechtspflege vermindert werden können.

Es wird daher verordnet:

1. In criminellen und correctionellen Sachen wird den Beamten, Kaufleuten, Künstlern, Pächtern ansehnlicher Güter, wenn sie als Zeugen vernommen werden, für jede Meile der Hin- und Herreise, so wie für jeden Tag des Aufenthaltes, eine Entschädigung von 1 Fr. 50 Ct.; den Burgern, Handwerkern, gemeinen Landleuten, Hebammen, Flurschützen, Gendarmen, Boten, Forstwärtern und ähnlichen geringern Beamten aber nur die Hälfte des obigen Satzes für jede zurückgelegte Meile der Hin- und Herreise und für jeden Tag des Aufenthaltes bewilligt. Obige Entschädigung bleibt in Winter- und Sommermonaten gleich.

2. Den Procuratoren bei den Tribunälen so wie den Instructions-Richtern wird es überhaupt und insbesondere in unbedeutenden Sachen zur Pflicht gemacht, in der Regel nur solche Zeugen vorzuladen, von denen mit Grund zu erwarten steht, daß sie etwas wesentliches bekunden können.

Den Inculpaten bleibt es dabei unbenommen, die nicht vorgeladenen Zeugen, wenn sie es für gut halten, jedoch auf ihre Kosten zur Audienz vorladen zu lassen.

3. In correctionellen Sachen bedarf es in der Regel und besonders, wenn die Zeugen nicht in dem Residenzorte des Tribunals wohnen, einer wiederholten Vernehmung der Zeugen nicht, sobald die bei den Acten befindlichen Zeugenverhöre, sie mögen von einem Friedensrich-

ter, Instruktionsrichter, Bürgermeister oder Polizeyvogt aufgenommen seyn, förmlich und in der Ordnung sind. — Die Zeugenverhöre sind in diesem Falle in der Audienz zu verlesen, und es ist denselben eben der Glauben beyzumessen, wie den mündlichen Aussagen der Zeugen in der Audienz.

4. Dem öffentlichen Ministerio, so wie dem Angeschuldigten oder Beklagten, steht es in beyden vorher bestimmten Fällen zwar frey, auf die Vorladung derjenigen Zeugen, deren wiederholte Vernehmung in der Audienz ihnen wichtig oder nothwendig scheint, anzutragen. Sie haben aber in diesem Falle dem Gerichtshofe den Grund der verlangten Vorladung so wie den Punct bestimmt anzugeben, über welchen der Vorzuladende vernommen werden soll.

5. Der Gerichtshof wird nach der Lage der Sachen und den Umständen entscheiden, ob die verlangte Zeugenvernehmung nothwendig oder dienlich ist, und darnach das Gesuch annehmen oder verwerfen.

6. In Criminal-Sachen sind die Zeugen-Aussagen derjenigen Personen, welche immittelst verstorben sind, oder sich entfernt haben, zu verlesen, und es ist auf den Inhalt dieser Zeugenverhöre bey Abfassung des Urtheils die nämliche Rücksicht zu nehmen, als wenn die Zeugen in der Audienz waren abgehöret worden.

Ein gleiches findet Statt, wenn ein in der Audienz abzuhörender Zeuge wegen Länge der Zeit sich der Thatsachen nicht mehr genau erinnern kann.

3540. — Aachen den 11. May 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Niederrhein.

Die Verwaltung der herrschaftlichen Fähren an schiffbaren Flüssen, welche ehemals der Regie der vereinigten Rechte überwiesen war, wird den Domainen-Beamten übertragen.

3541. — Den 12. May 1814 — A. P.

Der General-Gouverneur.

Die Habsucht des letzten fremden Beherrschers dieses

deutschen Landes hatte ſich vorzüglich den wehrloſen Stand der ſäkulariſirten Geiſtlichkeit zum Opfer erſehen, indem ſie mittelſt des Decrets vom 17. Dezbr. 1811, mit Hintanſetzung der heiligſten Völker-Verträge die Penſionen derſelben, welche uber 500 Fr. betrugen, dem willkührlichen Abzuge eines Funftels unterwarf.

Da ſolches aber mit den jetzt geltenden Grundſätzen unverträglich iſt, ſo hat das General-Gouvernement, der lauten Stimme des Rechts und der Billigkeit Gehör gebend, beſchloſſen, jenes ungerechte Decret aufzuheben, und die ſammtlichen Mitglieder der aufgehobenen Corporationen wieder in den vollen Genuß der ihnen bey der Aufhebung zugeſicherten Penſionen vom 1ſten Januar d. J. an, eintreten zu laſſen.

Indem dieſer Beſchluß hiermit zur öffentlichen Kunde gelangt, wird zugleich bekannt gemacht, daß die hieſige General-Landes-Caſſe angewieſen iſt, die geiſtlichen Penſionen nicht mehr, wie ebenfalls durch die franzöſiſche Regierung eingeführt worden, halbjährig, ſondern für die Zukunft wieder vierteljährig, auszuzahlen.

3542. — Aachen den 13. May 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Unter andern Umſtänden war zur Beförderung der allgemeinen Sache nachgegeben, daß im General-Gouvernement vom Nieder-Rhein eine allgemeine Werbung ſtattfinden könne, und es ſtand damals zu wünſchen, daß recht viele Männer und Jünglinge den an ſie ergangenen Aufforderungen folgen, und zum thätigen Dienſt wider den allgemeinen Feind ſich entſchließen möchten. Weil aber jene Urſachen jetzt nicht mehr vorwalten, und nicht genug darauf gedacht werden kann, das gelähmte Gewerbe dieſer Provinzen neu zu beleben, die Erfahrung aber auch lehrt, daß die Werbungen zur Ungebühr ausgedehnt worden ſind, indem man noch jetzt zu junge Leute mit Hintanſetzung aller Rückſichten angenommen hat; ſo ſehe ich mich durch höhere Verfügung veranlaßt, bekannt zu machen: daß bis weiter keinerlei Art Werbung in dem General-Gouvernement vom Nieder-Rhein fortgeſetzt werden kann, und bis zur Ertheilung anderer Beſtimmungen ſtatt haben darf.

Sämmtliche Orts-Behörden werden hierdurch angewiesen, nach Empfang dieses und bis weiter keine Werbung mehr zu gestatten, so wie es ihnen dann unter persönlicher Verantwortlichkeit zur strengsten Pflicht gemacht wird, die bisher zur Beförderung des Werbgeschäftes öfter requirirten Fuhren, Boten und so weiter nicht mehr zu gestellen, noch irgend einer Forderung in dieser Angelegenheit zu genügen; auch haben die Herren Commandanten darauf zu achten, daß diese Bestimmung befolgt, und aufrecht erhalten werde.

3543. — Aachen den 13. May 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Nachträgliche Bekanntmachung, die Forst-Frevel betreffend, zu §. 1 der Verordnung vom 21. März 1814. (Nro. 3497.)

Durch die Verordnung vom 21ten März d. J., §. 1, sind zwar sämmtliche, bis zu diesem Zeitpunkte durch Forstfrevel verwirkte Strafen unter dem Vorbehalt erlassen, daß die Frevler den vollen Werth des geraubten Holzes ersetzen müssen.

Dieser Begnadigung würde indessen eine augenscheinlich falsche Deutung gegeben werden, wenn man sie ohne alle weitere Bestimmung, auch auf die, dem Staate durch einen Contrakt verpflichteten, Holzkäufer (Holzansteigerer), wegen der in den Schlägen verfassungswidrig verübten Beschädigungen, anwenden wollte.

Um auch der Möglichkeit einer solchen unrichtigen Ausdehnung vorzubeugen, verordne ich, daß, wenn ein Holzansteigerer

1) entweder die Laßhölzer (Reserve) mit abgehauen, oder
2) das angekaufte Holz dergestallt contraktwidrig und schlecht gehauen hat, daß die Stöcke nicht mehr ausschlagen können,

das alsdann bei Haltung der Nachschau (des Recolements) der hierdurch für den Holzwuchs entstandene bleibende Schaden genau ausgemittelt, und der Ansteigerer, außer der Entrichtung des Holzwerthes, zur vollständigen Leistung des Ersatzes an die betreffende Kasse angehalten werden soll.

Gegenwärtiges soll durch das Journal des Nieder-Rheins zur Wissenschaft und Nachachtung für die Justiz-Behörden und Forstoffizianten sowohl, als für das Publikum, bekannt gemacht werden.

3544. — Den 14. May 1814. — A. P.

Der General-Gouverneur.

Unter der französischen General-Zoll-Verwaltung sind mehrere Colonial- und andere Waaren und Effecten saisirt worden, über welche zur Zeit, als die Franzosen das Land verließen, das damalige Spezial-Zoll-Tribunal noch nicht erkannt hatte.

Ein gleiches Bewandniß hat es mit mehreren Waaren und oft mit Karren und Pferden, welche provisorisch verkauft worden, und wovon die Kaufgelder bis zum künftigen Erkenntniß bey der General-Zoll-Verwaltung niedergelegt worden sind.

Auch ist es mehrmals der Fall gewesen, daß, um bey der Saisie dem körperlichen Arreste zu entgehen, die gesetzlichen Strafgelder daselbst bis zum künftigen Urtheil niedergelegt worden sind; und endlich hat es auch Zollbeamte gegeben, welche ihre Dienst-Caution in baarem Gelde geleistet haben.

Da nun jene Waaren oder Gelder beym Abzuge der Franzosen noch hätten vorräthig seyn müssen, deren aber keine vorgefunden worden sind: so sieht das General-Gouvernement es als seine Pflicht an, den Eigenthümern, da nach der bereit erlassenen Verordnung alle älteren Zollsachen niedergeschlagen sind, bey der neuen Regierung in Frankreich zu dem Ihrigen zu verhelfen.

Alle diejenigen, welche aus irgend einem Grunde Waaren, Effecten oder Gelder von der vorigen General-Zollverwaltung zu reclamiren sich befugt glauben, werden daher aufgefordert, innerhalb 8 Tage, mit Beyfügung der beglaubigten Saisie-Protokolle oder der Depositen-Scheine, ihre Reclamationen bey der Steuer- und Zoll-Direction einzureichen.

Da aber keine Reclamation wird geltend gemacht werden können, welche nicht entweder mit dem Saisie-Protokoll oder einem Depositen-Schein begleitet ist, so kann

von keiner Reclamation, der es an dieſem Beweiſe fehlt, Gebrauch gemacht werden.

3545. — Aachen den 16. May 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Die Art der Ausfertigung authentiſcher Urkunden mit der executoriſchen Formel wird, mit Bezug auf die Verordnung Nro. 3491, folgendermaaßen ausfahrlich beſtimmt:

a) Eingangsformel: General-Gouvernement vom Nieder-Rhein.

Die hohen verbündeten Mächte thun kund und fügen hiermit zu wiſſen, daß der Gerichtshof . . . das Tribunal . . . folgendes Urtheil erlaſſen hat, . . oder: daß heute ꝛc. vor mir Notar erſchienen iſt ꝛc.

b) Schlußformel: befehlen und verordnen zugleich allen Gerichtsvollziehern, die dazu aufgefordert werden, beſagten . . . zur Vollſtreckung zu bringen, unſern General-Prokurator und Prokuratoren bei den Gerichten erſter Inſtanz, denſelben zu handhaben und allen Offizieren und Commandanten der Gouvernements-Miliz oder deren Stellvertretern geſtärkte Hand zu leiſten, wenn ſie rechtmäßig dazu aufgefordert werden.

Zur Bekräftigung deſſen iſt . . . . unterzeichnet worden.

3546. — Aachen den 17. May 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Unter Auseinanderſetzung der dringenden Umſtände, welche das unter Beiſtimmung der Landesdeputation ausgeſchriebene, gezwungene, unverzinsliche Anleihen von zwei Millionen Franken nothwendig gemacht haben, werden die darauf noch rückſtändigen Beiträge um ſo ernſtlicher, und bei Vermeidung exekutiver Maaßregeln eingefordert, als es ſich dabei nicht um eine Steuer, ſondern um einen, in einigen Monaten zurückzuzahlenden Vorſchuß der bemittelten Klaſſe der Einwohner handelt. (Conf. Nro. 3562, 3572 u. 3703.)

3547. — Den 18. May 1814. — A.

Der General-Gouverneur.

Organisation der Landespolizei in dem General-Gouvernement Berg, in Verbindung des Landsturms als Polizeimiliz.

§. 1. Die Polizei wird in dem bergischen General-Gouvernement, unter Leitung und Aufsicht eines besondern Direktors, von den Polizeivögten verwaltet.

§. 2. In jedem Kanton ist ein Polizeivogt angeordnet, welchem mehrere Beigeordnete und ein Polizeilieutenant und eine der Bevölkerung des Kantons angemessene Zahl Polizeisoldaten zur Aushulfe gegeben werden.

§. 3. Diese Corporation macht den bleibenden Cadre der Landes-Polizeimiliz aus, und befindet sich in beständigem Dienst, daher der Orts-Polizeibeamte zwar Mitglied bei den Landsturmausschüssen oder Schutzdeputationen seyn, aber in dem Landsturm selbst keine fernere Anstellung übernehmen kann.

§. 4. Da die bergische Landesgendarmerie größtentheils schon eine andere Bestimmung erhalten hat, so wird der Rest als aufgelöst betrachtet, und soll, in so fern sich unter denselben zu Polizeiverrichtungen taugliche Subjekte vorfinden, nach Verhältniß und Graden in die Polizeimiliz aufgenommen werden.

§. 5. Die Zahl der Beigeordneten der Polizeivögte wird nach der Bevölkerung des Kantons festgesetzt, und in den Land-Kantons zwei Beigeordneten in jeder Sammtgemeinde angeordnet.

§. 6. Der Polizeilieutenant muß beritten seyn, um in dringenden Fällen schleunige Hülfe leisten, und den ihm anvertrauten Kanton oft und schnell durchgehen zu können.

§. 7. Der Polizeisoldat muß nicht nur von dem unbescholtensten Ruf, sondern des Schreibens und Lesens bestens erfahren seyn.

§. 8. Derselbe erhält zur Bewaffnung Ober- und Untergewehr.

§. 9. Da jede Polizeimiliz als solche zum Landsturm gehört, so tritt die hiesige Landespolizei mit der jüngsten Klasse des Landsturms, welche nach der Verordnung vom 1. März 1814 zu den vorübergehenden Polizeidienstverrichtungen kommandirt werden soll, in folgende Verbindung.

§. 10. Die erste oder jüngste Klasse des Landsturms

unterſtützt, wenn der Kriegsſchauplatz vom Lande entfernt iſt, oder in Friedenszeiten, die Landespolizei in allen ihren Unternehmungen, die auf die innere Sicherheit des Staats und des Eigenthums abzwecken.

§. 11. Zu dem ordentlichen Dienſt dieſer Klaſſe gehören tägliche Patrouillen, Nachtswachen. Dieſelbe übernimmt vorzüglich die Dienſtverrichtungen bei einem ausgebrochenen Brande für Rettung und gute Ordnung, u. ſ. w.

§. 12. Auch wird dieſelbe zu Streifkommando's, mobilen Kolonnen, Transportgeleiten ꝛc. kommandirt.

§. 13. Nachdem dieſe jüngſte Klaſſe von den übrigen Klaſſen des Landſturms abgetheilt iſt, erhält dieſelbe wie die übrige Landſturmsmaſſe ihre Führer, Waibel, Hauptleute kompagnienweiſe, und bilden bis zu 500 und 600 Mann ein Bataillon, welchem ein Feldobriſt zugetheilt iſt, der unter dem Befehl des Obriſthauptmanns ſteht.

§. 14. Die jüngſte Klaſſe der Landſturmpflichtigen wird als eine aus der Geſammt-Landſturms-Maſſe zu den Polizeidienſtverrichtungen kommandirte Abtheilung betrachtet, und macht in dieſer Eigenſchaft einen Theil der Landespolizey-Militz aus.

§. 15. Auſſer den gewöhnlichen Polizeidienſtverrichtungen, wozu der Kantons-Polizeivogt allein nur die Anleitung giebt, und wovon der Feldobriſt und Obriſthauptmann ein für allemal in Kenntniß geſetzt iſt, darf ohne Vorwiſſen dieſer Befehlshaber, der Landſturm überhaupt, ſo wie auch die jüngſte Klaſſe nicht einſeitig aufgefordert, ſondern es muß dabei der §. 38 der obenerwähnten Verordnung zur Richtſchnur genommen werden.

§. 16. Eben ſo tritt der Landſturm dann erſt in Aktivität und Dienſt, wenn derſelbe ordnungsmäßig dazu aufgefordert worden iſt. Jedes einſeitige Verfahren des Landſturms, ohne daß ſolches die größte Noth rechtfertigt, wird nach dem §. 2 der bezogenen Verordnung aufs ſtrengſte geahndet.

§. 17. Dagegen hat der Befehlshaber jeglicher Abtheilung des Landſturms der Aufforderung der Landes- und Ortsbehörden bei ſeiner perſönlichen Verantwortlichkeit Genüge zu leiſten.

§. 18. Die Verpflichtung zu Ordonnanzen und Botendienſt in Friedenszeiten wird hiemit für die erſte Klaſſe des Landſturms aufgehoben, und ſoll über dieſe Dienſtpflichtigkeit den Behörden das Geeignete zugehen.

§. 19. Da die Aufzählung der Individuen für die jüngste Klasse des Landsturms vom 18. bis 30 Jahre gezeigt hat, daß die Zahl selbst dann nicht, wenn die ledigen unangesessenen Personen, die ihrem Alter nach eigentlich zur zweiten Klasse gerechnet werden müßten, mit zu der ersten Klasse gezogen werden, nicht hinreichend ist, ohne diese Klasse unverhältnißmäßig zu drücken, um die geforderten Dienste leisten zu können, so wird hiemit eine Ausdehnung bis zum 35. Jahre inclusive nachträglich verordnet.

§. 20. Es soll vorzüglich darauf gesehen werden, daß diese Altersklasse eine einförmige Kleidung erhalte, und mit Schießgewehren versehen werde.

§. 21. Es haben die Schutzdeputationen dahin zu wirken, daß in jedem Kanton einige Wehrmänner zum Reuterdienst aufgefordert und willig gemacht werden.

§. 22. Eine nähere Instruktion für die Polizeidienstverrichtungen wird der gesammten Landes Polizeimiliz mit ehestem zugetheilt werden.

§. 23. Der Polizeidirektor des General-Gouvernements ist mit der Vollziehung dieser Organisation beauftragt.

3548. — Aachen den 20. May 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Der auf das Eigenthum entflohener, französischer Beamten gelegte Sequester wird in so fern aufgehoben, als gegen dieselbe kein dringender Verdacht der Veruntreuung gegen den Staat oder gegen Privatleute obwaltet.

3549. — Aachen den 21. May 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Bestimmung, daß die sämmtlichen Anstellungen von Beamten als ganz provisorisch zu betrachten sind, und daß letztere bei ermangelnder Fähigkeit, Zuverläßigkeit, Sittlichkeit oder Thätigkeit ohne weitläufige Untersuchung entlassen werden können.

3550. — Aachen den 22. May 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Niederrhein.

Die Etappenkommandanten werden aufgefordert, nur den dazu berechtigten Militairperſonen Transportmittel zu bewilligen, und auf die pünktliche Ablöſung der Vorſpänner in jedem Etappenorte ſtreng zu wachen.

3551. — Aachen den 22. May 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Feſtſetzung der Grundſätze zur Bildung von Frauen- und Jungfrauen-Vereinen im General-Gouvernement vom Nieder-Rhein, zur Förderung patriotiſcher und wohlthätiger Zwecke.

3552. — Aachen den 24. May 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Aufforderung zur Achtung und Schonung öffentlicher Denkmäler und Anlagen, nebſt Feſtſetzung einer Belohnung von 200 Fr. für die beſtimmte Anzeige ſolcher Freveler.

3553. — Aachen den 26. May 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Nachträglich zur Verordnung No. 3531 werden die geſetzlichen Nothfriſten in Caſſations- und Apellations-Sachen, wegen der durch die Kriegsereigniſſe verurſachten Störung der Juſtizpflege, verlängert.

3554. — Aachen den 27. May 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Ausſchreibung einer außerordentlichen Steuer von 2 Millionen Franken zur Deckung der Koſten der Militair-

Bedürfnisse. Dieselbe wird nach dem Fuße der diesjährigen direkten Steuern dergestalt umgelegt, daß von dem Prinzipal der Grundsteuer $18\frac{1}{3}$, der Personal- und Mobiliar-Steuer $73\frac{1}{3}$, der Thür- und Fenster-Steuer 22 und der Patentsteuer ebenfalls 22 Zulage Centimen genommen werden. Die Quittungen über die Beiträge zum gezwungenen Anleihen sollen bei diesen Steuerzahlungen als baares Geld angenommen werden. (Conf. No. 3562, 3572 und 3703.)

3555. — Den 27. May 1814. — A.

Der General-Gouverneur.

Instruktion zur Individual-Vertheilung der unter dem 16. Jänner 1814 ausgeschriebenen Kriegssteuer nach der abgeänderten Art der Aufbringung.

In Gemäßheit der Steuer-Verordnung vom 19. März dieses Jahres (No. 3495) ist die anderweite Vertheilung der nach dem Beschlusse vom 16. Jänner dieses Jahres (No. 3471) aufzubringenden Kriegssteuer nunmehr zu Stande gekommen.

Die darnach für jeden Kreis und einzelnen Bürgermeisterei-Bezirk, nach Abzug der späterhin bewilligten Ermäßigungen, ausgemittelten und festgesetzten Contingente sind den betreffenden Kreis-Direktoren mit dem Auftrage bekannt gemacht, unverzüglich zur individuellen Vertheilung schreiten zu lassen, weshalb, so wie auch in Ansehung der Zahlungstermine und Aufrechnungen Folgendes verordnet wird.

I. Individual-Vertheilung.

§. 1. Zur Bewirkung der Individual-Vertheilung wird in jedem Gemeinde-Bezirke eine Commission niedergesetzt, welche besteht:

a) Aus dem Ober- oder Bürgermeister,

b) den sämmtlichen Steuerumlegern,

c) zwei Stadträthen oder Schöffen,

d) einigen Einwohnern von erprobter Redlichkeit, die von den Vermögens-Umständen ihrer Mitbürger vorzügliche Kenntniß haben, und welche zu dem Vertheilungs-Geschäfte besonders zu vereiden sind. In Ruralgemeinden wird dazu aus jeder Honnschaft ein Bewohner, in Städ-

ten aber werden höchstens sechs genommen. Diese Eingesessenen, wie auch die mit hinzu zu ziehenden Stadträthe oder Schöffen, werden, auf den Vorschlag des Bürgermeisters, von dem Herrn Landes- oder Kreisdirektor ernannt, und es bleibt diesem vorbehalten, noch Einen oder Andern dazu zu ernennen; sie dürfen nicht Genossen desselben Standes seyn, es muß darauf Rücksicht genommen werden, daß die Kaufmannschaft, die Kapitalisten, Industrianten, imgleichen die Ackerbau-Treibenden, so wie die geringere Classe der Contribuenten bei der Commission gehörig vertreten werden.

§. 2. Die Commission entscheidet nach der Mehrheit der Stimmen, und im Falle diese getheilt sind, giebt die Stimme des Bürgermeisters den Ausschlag.

§. 3. Die Steuer-Controleurs sollen vorzüglich bei dem Vertheilungs-Geschäfte zugezogen werden, und solches mit leiten helfen; dieselben können zwar nicht überall in den einzelnen Distrikten die Ausführung des Geschäfts abwarten; sie müssen aber, so wie die Vollziehung der gegenwärtigen Instruktion ihren Anfang nimmt, sich nach der Reihe in sämmtliche Commissions-Versammlungen begeben, und mit den Gliedern derselben den Gang des Geschäftes befördern, auch müssen sie zu dem instruktionsmäßigen Verfahren Anleitung geben. Sie machen demnächst die nämliche Tour zurück, sehen nach, wie der von ihnen ertheilten Anweisung Folge geleistet worden ist, und halten darauf, daß allenthalben vorschriftsmäßig zu Werke gegangen wird.

§. 4. Sobald der Ober- oder Bürgermeister von dem seinem Bezirke zugetheilten Beitrags-Quantum Kenntniß erlangt hat, tritt die Commission zusammen, und eröffnet ihre Sitzung mit Anfertigung einer vollständigen Liste sämmtlicher Steuerbaren, sie mögen Einwohner des Gemeinde-Bezirks, oder bloß darin begütert seyn, und es mögen diese entweder in andern Gemeinden des Bergischen General-Gouvernements, oder auch im Auslande ihren Wohnsitz haben.

§. 5. Ist diese Liste verfertigt, so schreitet die Commission zur Untersuchung der mehr- oder mindern Beitrags-Fähigkeit eines jeden Individuums; zu welchem Ende sie die den Contribuenten in den vorjährigen verschiedenen Steuerrollen angesetzt gewesenen Quoten als Vertheilungs-Punkte annimmt, und dabei erforscht, wie die einzelnen Steuerbaren in Vergleichung mit den übrigen, und zu

nächst mit ihren Standes- oder Gewerbs-Genossen, nach Maßgabe des gegenseitigen Vermögens-Zustandes, höher oder geringer zu quotisiren seyn werden. Besonders aber nimmt sie darauf Bedacht, daß die in den direkten Auflagen bisher gar nicht, oder nicht verhältnißmäßig Besteuerten, nämlich Capitalisten und Industrianten, vorzüglich zum Beitrage gezogen, und daß diejenigen, welche von den gegenwärtigen Zeitumständen Nutzen ziehen, in verhältnißmäßig höhern Anschlag genommen werden.

§. 6. Bei der Quotisation wird das Princip vor Augen gehalten: daß in den Gemeinden, wo ein Steuerbarer seinen Wohnsitz hat, derselbe in Ansehung seines Capitals- und Handlungs-Vermögens, und seiner daselbst gelegenen Immobilar-Besitzungen, in Ansehung seines in auswärtigen Gemeinden habenden Grundeigenthums aber nur da, wo solches gelegen ist, veranschlaget werden kann; und daß auch die im Auslande wohnenden, aber im General-Gouvernement Begüterten da, wo ihre Güter gelegen sind, nach Maßgabe derselben, zu quotisiren sind.

§ 7. Die ausgemittelten Quoten eines jeden Beitragspflichtigen werden in eine Rolle gebracht, und diese wird mit der Bescheinigung, daß solche auf Pflicht und Gewissen verfertiget worden, geschlossen, und von dem Bürgermeister und sämmtlichen Mitgliedern unterschrieben.

§. 8. Die Commission muß längstens innerhalb acht Tagen das Quotisations-Geschäft vollzogen, und die darauf sich beziehenden Rollen verfertiget haben. Diese Rollen werden sodann drei Tage lang nach einer vorläufigen Bekanntmachung in dem Stadt- oder Gemeindehause zu eines jeden Contribuenten Einsicht offengelegt.

§. 9. Nach Ablauf der letztgedachten dreitägigen Frist schickt der Bürgermeister die Rollen an den Steuer-Empfänger, und gibt davon dem Landes- oder Kreis-Direktor Nachricht.

§. 10. Wer sich bei dem für ihn angesetzten Beitrags-Quantum prägravirt glaubt, kann sich zwar innerhalb eines Monates, von dem Tage an gerechnet, wo der Abschluß der Rollen, und deren Einsendung an den Steuer-Empfänger bekannt gemacht worden ist, an die Landes- oder Kreis-Direktion wenden, er muß aber seiner Vorstellung eine Bescheinigung des Steuer-Empfängers, darüber, daß die Hälfte des ihm zugetheilten Quantums gezahlt sey, beifügen.

Dergleichen Prägravations-Beschwerden werden in dem-

ſelben Wege, welcher zur Unterſuchung und Entſcheidung der gegen die ausgeſchriebenen gewöhnlichen direkten Steuern zu führenden Prägravations-Beſchwerden vorgeſchrieben iſt, inſtruirt, und zur Entſcheidung an das General-Gouvernement gebracht. Das, durch gegründet anerkannt werdende Beſchwerden, an den Rollen ausfallende Quantum wird durch Zuſatz-Centimen gedeckt.

II. Erhebung der Steuer.

§. 11. Sobald die Steuer-Empfänger die Heberollen empfangen haben, ſollen ſie ohne Zeitverluſt den Beitragspflichtigen die Auszüge aus den Rollen über die von ihnen zu entrichtenden Quoten zuſtellen laſſen, und ſie auffordern, ſolche in den nachbeſtimmten Terminen unfehlbar zu entrichten.

§. 12. Innerhalb eines Monates von dem Tage an, wo die Rollen dem Empfänger zugeſtellt worden ſind, wird ein Drittel; in den darauf folgenden zwei Monaten das andere Drittel; und der Reſt vor dem 1. Dezember des laufenden Jahres entrichtet.

Die Steuerbaren, welche mit ihren Raten in dieſen Friſten zurückbleiben, werden mittelſt militäriſcher Exekution zur Zahlung angehalten werden.

III. Aufrechnungen,
ſo bei den Zahlungen Statt finden können.

§. 13. Die Zahlungen, welche auf die interimiſtiſche Vertheilung von 448000 Franken nach den Verordnungen vom 16. und 21. Jänner jüngſt bereits geſchehen ſind, imgleichen die Summen, welche auf die von den Bürgermeiſtern, angefertigten Kriegsſteuerrollen abgeführt worden, können bei dem obenbeſtimmten erſten Zahlungstermin, nämlich beim erſten Drittel in Aufrechnung gebracht werden.

Sollte jedoch in einzelnen Fällen das bereits Bezahlte den jetzigen Kriegsſteuer-Beitrag etwa überſteigen, ſo wird das zuviel Entrichtete aus der Maſſe der übrigen Beiträge in dem betreffenden Gemeinde-Bezirk baar zurückerſtattet.

§. 14. Was das gezwungene Anlehn betrifft, ſo verbleibet es zwar bei der wegen deſſen Rückerſtattung in der Verordnung vom 17. März jüngſt enthaltenen Verſicherung, jedoch wird den Intereſſenten freigelaſſen, den von ihnen gezahlten Darlehns-Betrag auf ihre jetzige Kriegesſteuer-Quote bei dem zweiten Zahlungs-Termine, anzurechnen.

§. 15. Die General-Steuer-Direktion wird mit der Ausführung der in der gegenwärtigen Instruktion enthaltenen Vorschriften beauftragt.

3556. — Den 27. May 1814. — P.

Der General-Gouverneur.

Zur Sicherung der Stempelverwaltung werden die Notarien, Gerichtssekretarien und Gerichtsexecutoren zur ferneren Führung der in dem Dekrete vom 17. Dezbr. 1811 vorgeschriebenen Repertorien, unter den daselbst bestimmten Nachtheilen, verpflichtet.

3557. — Münster den 20. und Düsseldorf den 31. May 1814. — A. P.

Der General-Gouverneur der hohen verbündeten Mächte und der Königl. Preuß. Civil-Gouverneur zwischen Weser und Rhein.

Da in den Bezirken der provisorisch in Absicht der Appellations- und Cassations-Instanz in Verbindung zu dem Appellationshofe zu Düsseldorf gebliebenen Tribunäle zu Dortmund, Hamm, Hagen und Essen, die bisherigen peinlichen und correctionellen Gesetze aufgehoben, und an deren Stelle die Königlich-Preußischen nahmentlich der 20. Titel des 2ten Buches des allgemeinen Landrechts und die Verordnung d. d. Berlin den 26. Februar 1799 durch eine Verfugung des Königl. Preußischen Civil-Gouvernements zwischen Weser und Rhein vom 10. Januar dieses Jahrs, sodann durch eine jüngere General-Verordnung vom 19. May cur. ebenfalls die Preußische Criminal-Gerichtsordnung eingeführt, und zugleich der Instanzenzug so angeordnet worden, daß jedem Angeklagten eine zweyte Instanz offen steht; so ist es nothwendig geworden, bey dem Appellationshofe eine Instanz für diejenigen criminellen und correctionellen Sachen zu eröffnen, welche gemäß jener Verordnung an denselben gelangen werden.

In Beziehung auf jene General-Verordnung wird daher verordnet:

1. Es wird eine Deputation des Appellationshofes zu

Düsseldorf ernannt, welche über die Urtheile des Corrections-Tribunals und Criminal-Gerichtshofes zu Dortmund in criminellen und correctionellen Sachen in zweiter Instanz erkennt.

2. Zu Mitgliedern dieser Deputation werden ernannt: (hier folgen die Personalernennungen des Präsidenten, der 5 Mitglieder und des Staatsprocurators.)

3. Diese Deputation wird in zweiter Instanz nach den Vorschriften der Preußischen Criminal-Gerichtsordnung vom 11. December 1805 und des 20. Titels des 2ten Buches des allgemeinen Landrechts, endlich der Eingangs bezogenen Verordnung vom 26. Februar 1799 verfahren und erkennen, auch in Fällen, wo es nach den bezogenen Gesetzen zur Vollstreckung der Urtheile vorher einer Confirmation bedarf, zu deren Bewirkung die Erkenntnisse mit den Acten an das Königlich-Preußische Civil-Gouvernement befördern.

3558. — Den 31. May 1814. — P.

Der General-Gouverneur.

Die in der bergischen Brüchten-Ordnung Sect. B. (Nro. 2665, Seite 864 d. S.) gegen Forstfrevel enthaltenen Strafbestimmungen werden wiederholt publizirt, und die Gerichtsbehörden angewiesen, in vorkommenden Fällen die daselbst festgesetzten Geldstrafen und in Unvermögenheits-Fällen eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe zu erkennen.

3559. — Aachen den 1sten Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Die am 11. März d. J. (Nro. 3491, §. 5) angekündigte Bildung einer General-Gouvernements-Polizei-Direction soll, in Rücksicht des durch den nahen Friedensschluß zu erwartenden bestimmten Looses dieser Lande, unterbleiben, und die gegenwärtige Polizeiverfassung des Landes dergestalt fortbestehen, daß von den Polizei-Commissarien jedes Kreises einer als Polizei-Inspektor dem betreffenden Kreisdirektor beigegeben wird, welchem die

Erſtattung wöchentlicher Polizeiberichte an denſelben obliegt. Die Kreisdirektoren haben alle acht Tage den Gouvernements-Commiſſarien, und dieſe alle vierzehn Tage dem General-Gouverneur, über alle Polizeigegenſtände, außer den Militair-Polizei-Angelegenheiten, worüber die Etappen-Commandanten gleichmäßig berichten müſſen, genaue Berichte zu erſtatten. (Conf. Nro. 3665.)

3560. — Aachen den 1ſten Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Die Form des zur Promulgation der Gouvernements-Verordnungen vorzüglich beſtimmten, offiziellen Journals des Nieder-Rheins wird abgeändert, und u. a. beſtimmt, daß ſämmtliche Civil-Verwaltungsbeamten und Notarien, ausſchließlich der Gouvernements-Commiſſarien, Kreisdirectoren, Gerichtshöfe, Friedensrichter, Platzcommandanten und Polizeicommiſſarien, welche Freiexemplare erhalten, zu deſſen Haltung gegen den Abonnementspreis verpflichtet ſind. (Conf. Nro. 3573.)

3561. — Aachen den 3. Juny 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Wegen des an mehreren Orten ſtattgefundenen Ausbruchs der Menſchenblattern wird, in Bezug auf die Impfung der Schutzblattern (Kuhpocken), Folgendes verordnet:

1. Alle bisher beſtehenden Verordnungen über dieſen Gegenſtand werden hiemit dem Publikum zur fernern genauen Beachtung ins Gedächtniß zurückgerufen.

2. Alle Aeltern und Perſonen, denen die Obſorge von Kindern aufliegt, ſind daher verbunden, dieſelben in der Regel binnen der früher beſtimmten Zeit von drei Monaten, nach der Geburt des Kindes, vacciniren zu laſſen, und iſt deshalb, wie ehemals, die Veranſtaltung getroffen, daß ihre Kinder in dem Chriſtenſer Kloſter zu Aachen, ſo wie an den, in andern Städten, dazu beſtimmten Orten, die Impfung unentgeldlich erhalten können.

3. Die Kinder müſſen nach der Vorſchrift des Arztes

behandelt, und in den von demſelben beſtimmten Zeitfriſten ihm zur Unterſuchung der Pocken wieder vorgezeigt werden.

4. Diejenigen, welche aus Vorurtheil oder Eigenſinn dieſes unterlaſſen würden, ſollen durch die Polizei dazu angehalten, bei weiterer Ausbreitung der natürlichen Pocken aber ſollen die Kinder der Widerſpenſtigen, in ein beſonderes, zu dieſem Ende zu beſtimmendes, Behandlungshaus gebracht werden.

5. Der Eigenthümer eines Hauſes, in welchem die natürlichen Blattern ausbrechen, hat hiervon ſofort und binnen den erſten vier und zwanzig Stunden dem Orts-Bürgermeiſter Nachricht zu geben, damit ſein Haus zur Verhütung aller Communicationen polizeilich bezeichnet, oder nöthigenfalls durch eine Schildwache bewacht werden könne; widrigenfalls er in eine verhältnißmäßige Polizeiſtrafe verfallen wird.

Sämmtliche hierbei mitwirkende Behörden haben auf die Befolgung der gegenwärtigen Bekanntmachung zu wachen.

3562. — Aachen den 4. Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Ueber die Erhebung der ausgeſchriebenen, auſſerordentlichen Steuer von 2 Millionen Franken, und über die dabei ſtattfindende Aufrechnung der Beiträge zu dem gezwungenen Anleihen einer gleichen Summe, werden nähere Vorſchriften ertheilt; unter andern wird beſtimmt, daß da, wo die Beiträge zum gezwungenen Anleihen jene zur auſſerordentlichen Steuer überſteigen, der Reſt der Anleihgelder, auf die Beiträge zur ordinairen Steuer pr. September c. a., als baares Geld aufgerechnet werden ſoll. (Conf. Nro. 3546, 3572 u. 3703.)

3563. — Aachen den 4. Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Die geſetzlichen Beſtimmungen über die Erhebung des Briefporto's, der Extrapoſt- und Poſtwagen-Gelder wer-

den, nebſt den den Poſtoffizianten gegen das Publikum obliegenden Verpflichtungen, in Erinnerung gebracht, und zugleich die den Poſtbeamten obliegende Mitwirkung zur Handhabung der Paßpolizei beſtimmt.

3564. — Aachen den 5. Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Wiedereinführung der ſeither geſtörten Erhebung der auf der innern Schiffahrt haftenden Octroy Gebühren, nach Maaßgabe der frühern Verordnungen und Tarife, jedoch mit Abſchaffung der früherhin den Schiffern, gegen eine Gebühr von 10 Centimen, obgelegenen Auslöſung von Paſſierſcheinen.

3565. — Aachen den 7. Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Die am 9. v. M. (Nro. 3536) beſtimmte Friſt zur Wiedereintragung der ſeit dem 1ſten Januar d. J. erloſchenen 10jährigen Hypothekeneinſchreibungen wird bis zum 1ſten Sept. d. J. erweitert.

3566. — Aachen den 8. Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Unter Abſchaffung der frühern, mit den gegenwärtigen Regierungs-Grundſätzen nicht ferner verträglichen Vorſchriften über Paß- und Fremden-Polizei, und mit Rückſicht auf die nach dem kürzlich beendigten Kriege erforderlichen Sicherheitsmaßregeln, werden die Pflichten der Gränz- und Lokal-Polizeibehörden, in Beziehung auf den Ein- und Ausgang und auf die innere Circulation der Fremden, ſo wie die Verpflichtungen der Reiſenden zur Löſung oder Präſentation zum Viſa der Päſſe, und auch die Paßgebühren beſtimmt. (Conf. Nro. 3603.)

3567. — Aachen den 8. Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Sämmtliche Veräuſſerungen von Domanial-Gegenſtänden, welche nach der Occupation der Länder des General-Gouvernements vorgenommen ſeyn könnten, werden für null und nichtig erklärt.

3568. — Aachen den 10. Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Die früher ſtattgefundene offizielle Bekanntmachung der 14tägigen Durchſchnitts-Marktpreiſe aller Arten von Conſumptibilien ſoll künftig wieder durch das Journal d. Nieder-Rheins geſchehen, und werden die Gouvernements-Commiſſarien zur Aufſtellung und Einſendung ſolcher 14 tägigen Merkurialien für die vergangene und künftige Zeit angewieſen.

3569. — Aachen den 11. Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Erneuerung der geſetzlichen Jagdverbote während der Heegezeit vom 1ſten April bis 1ſten Sept. jedes Jahres.

3570. — Aachen den 11. Juny 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Einſchärfung der wider den unbefugten ſogenannten Mayenhieb beſtehenden Forſt-Polizeigeſetze.

In dem Tit. 32, Art. 13 der auch durch die letzte franzöſiſche Geſetzgebung beſtätigten Forſt-Polizeiordnung von 1669, wird verordnet:

» Wer, zum Gebrauche bei Hochzeiten oder Feſtlichkeiten, Bäume, Zweige oder Blätter aus Staats- oder Privatwaldungen, unbefugter Weiſe abhaut, abreißt und fortbringt, ſoll dafür, wie bei jedem andern Forſtfrevel, nach Qualität und Quantität des entfremdeten

» Holzes, mit Geldbuße, Reſtitution und Schadenerſatz » angeſehen werden. »

Da nun der an mehreren Orten meines General-Gouvernements noch herrſchende Gebrauch, an Kirchweihe- u. andern Feſttagen die Straßen und Häuſer mit Baumzweigen zu verzieren, eine dem Forſtweſen ſehr nachtheilige Uebertretung jenes Geſetzes herbeiführt; ſo finde ich mich veranlaßt, nicht nur ſelbiges hiedurch aufs neue in Erinnerung zu bringen, und den gerichtlichen Polizeibehörden die ſtrenge Verfolgung der in Gemäßheit deſſelben ihnen zu denuncirenden Contraventions-Fälle zur Pflicht zu machen; ſondern auch überdem zu verordnen, daß das bloße, durch das Zeugniß eines Forſtoffizianten zu conſtatirende Factum der geſchehenen Ausſchmückung eines Hauſes oder einer Straße mit Baumzweigen gegen die Hausbewohner oder Gemeindeglieder ein polizeigerichtliches Verfahren begründen, und nichts ſie von der geſetzlichen Strafe und Entſchädigungsleiſtung befreien ſoll, als der Beweis, auf eine geſetzmäßige Weiſe in den Beſitz der verbrauchten Baumzweige gekommen zu ſeyn. (Conf. Nro. 3650.)

3571. — Aachen den 14. Juny. 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Verordnung, wodurch das Verfahren bei Beitreibung der Strafgelder für begangene Forſtfrevel modificirt wird.

Obgleich es meine Abſicht iſt, vor dem Eintritt einer definitiven Juſtizorganiſation an den beſtehenden Geſetzen, zur Vermeidung aller Verwirrung, ſo wenig als möglich zu ändern, ſo halte ich es doch für billig und nöthig, in der geſetzlichen Form zur Beitreibung der Strafgelder für Forſtfrevel ſchon jetzt eine Modification eintreten zu laſſen, indem die bisherige Ausdehnung der Exekution bis zum Verkauf der Immobilien mit dem bei dieſem Verfahren zum Grunde liegenden Zweck nicht im Verhältniß ſtehet. Ich verordne demnach Folgendes:

1) Vom Tage der Publication gegenwärtiger Verordnung an, kann für die Beitreibung der Forſtſtrafen allein die Exekution nicht mehr bis zum Verkauf der Immobi-

lien ausgedehnt werden, wenn nicht zugleich der Entschädigungs-Punkt diesen Verkauf nothwendig macht.

2) Wenn die Exekution zur Betreibung der Strafgelder und der Entschädigung gemeinschaftlich durch den Verkauf der Mobilien versucht wird, so sollen die Entschädigungsgelder allemal zuerst in Abzug gebracht, und sobald diese gedeckt sind, über den Verkauf der Mobilien nicht hinausgegangen werden.

Gegenwärtige Verordnung soll zur Nachachtung sämmtlicher Justizbehörden, wie auch Forst- und Renthei-Beamten, in dem Journal des Nieder-Rheins publizirt werden.

3572. — Aachen den 14. Juny 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder-Rhein.

Bekanntmachung, wegen Verwendung der ausgeschriebenen ausserordentlichen Steuer.

Aus meiner Bekanntmachung vom 17. May dieses J. (Nro. 3546) ergeben sich die Umstände, welche bei dem Antritt des, meiner Verwaltung anvertrauten, General-Gouvernements mich veranlaßten, ein Zwangsdarlehen von 2 Millionen Franken vom Lande zu entnehmen. Es sind diese Gelder auch durchgehends ihrer Bestimmung gemäß verwendet, nämlich zu Bezahlung von Lieferungen an Comerzial-Gegenständen für die Truppen der verbündeten Mächte.

Da das oberste Verwaltungsdepartement der verbündeten Mächte auf den Grund der, mit der zu Anfang vorigen Monats hier versammelt gewesenen Landesdeputation gepflogenen Verhandlungen, jedoch genehmigt hat, daß der Ueberschuß bei den ordinairen Landesrevenüen zu Vergütung der requirirten Militärlieferungen verwendet werden möge, durch diese Verwilligung das Aufkommen vom Darlehen wiederum disponibel gemacht ist; und da ferner, gemäß meiner Verordnung vom 27sten May d. J. (Nro. 3554) Behufs der Militärbedürfnisse eine ausserordentliche Steuer von zwei Millionen Franken vom Lande erfordert worden, wozu die damals schon zuläßige Wahrnehmung des höchst wahrscheinlich eintretenden Mangels an Fourage und des daraus entstehenden Beschwernisses der Truppenverpflegung, vorzüglich beigetragen; —

so bildet sich auf diese Weise ein Fond von vier Millionen Franks.

Aus demselben wird, der Bestimmung und Verheißung gemäß, — das Zwangsdarlehen zurückgezahlt werden, und hat das oberste Verwaltungsdepartement der hohen verbündeten Mächte, mittelst Schreiben d. d. Paris den 3. d. M. auf meinen Antrag besonders genehmigt, daß die übrigen zwei Millionen Franken zu Anschaffung und Vergütung der Fourage für die durchmarschirenden und kantonirenden Truppen verwendet werden können, wodurch meine Absicht und mein Wunsch erreicht sind, den Betrag der ausserordentlichen Steuer dem Lande unmittelbar wieder zu gut kommen zu lassen.

Indem ich, in Verfolg der desfallsigen frühern Eröffnungen, dem Publikum von dieser Bestimmung Kenntniß gebe, bemerke ich zugleich, daß wegen Anschaffung und Vergütung der für die Truppen erforderlichen Fourage, das Nöthige an die Herren Gouvernements-Kommissärs erlassen ist, und nach Maaßgabe der Lokalität, auf verschiedenen Wegen für die Anschaffung der Fourage und deren Bezahlung aus dem dazu bestimmten Fond, so lange solcher reichen wird, — gesorgt werden soll.

Um allem Mißverständniß vorzubeugen, bemerke ich schließlich auch noch, daß rücksichtlich der, bei der außerordentlichen Steuer in Zahlung zu gebenden Anlehns-Quittungen, es ganz bei demjenigen verbleibt, was durch meine Verordnung vom 4. dieses Monats (Nro. 3562) dieserhalb festgesetzt ist.

3573. — Aachen den 14. Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Bei der, in Gemäßheit des Pariser Friedensschlusses vom 30. v. M., stattgefundenen Vereinigung mit dem für Rechnung der Krone Preußen verwaltet werdenden Gouvernement vom Nieder Rhein der Hauptttheile der bisher zum Gouvernement vom Mittel-Rhein gehörigen drei Departemente des Rhein's und der Mosel, der Saar u. der Wälder, soll das bisherige, offizielle Journal unter dem Titel: Journal des Nieder- und Mittel-Rheins, erscheinen, und, unter Anwendung der Verordnung Nr. 3560 d. S., zur Promulgation aller künftigen, gesetzlichen

Bestimmungen für das jetzt provisorisch verbundene General-Gouvernement vom Nieder- und Mittel-Rhein dienen.

3574. — Den 15. Juny 1814. — P.

Der General-Gouverneur.

Bei der, zufolge einer Uebereinkunft zwischen den hohen verbündeten Mächten, stattgefundenen Uebertragung der Verwaltung des Herzogthums Berg an die Krone Preußen (vom heutigen Tage an gerechnet) und in Erwartung des von Seiner Majestät dem Könige ernannten Civil-Gouverneurs, bringt der bisherige General-Gouverneur den Bewohnern des Landes sein Lebewohl dar.

3575. — Aachen den 16. Juny 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur v. Ndr. u. Mittel-Rhein.

Da bei der jetzigen Verfassung gerichtliche Depositen nicht mehr bei einer Amortissements-Kasse niedergelegt werden können; so finde ich, in Betreff der Deposition derselben, für nöthig, bis zur Einrichtung einer andern besondern Veranstaltung, in Ansehung des gesammten General-Gouvernements vom Nieder- und Mittel-Rhein, Folgendes zu verordnen:

§. 1. Wenn der Fall der Deposition eintritt, wird der Präsident des betreffenden Bezirkstribunals beide Theile zu einem Termine vorladen lassen, und die Parteien in Betreff einer Privatperson, bei der die Deposition erfolgen kann, zu vereinigen suchen.

§. 2. In Entstehung der Güte, wird in einem hiezu vom Präsidenten besonders anzusetzenden Termine, der zu deponirende Gegenstand, mit dem öffentlichen Siegel des Prokurators und dem Privatsiegel beider Partheien, oder beim Ausbleiben der einen, mit dem der andern, besiegelt, dem mit vorzuladenden Bezirksempfänger übergeben. Auf gleiche Weise wird bei freiwilligen Depositionen verfahren.

§. 3. Ueber die auf solche Weise deponirten Gegenstände ist sowohl von dem Prokurator des Tribunals, als von dem Bezirksempfänger, eine Liste zu halten.

§. 4. Der Bezirksempfänger erhält für seine Bemühungen ein halbes Procent von dem Werthe des zu deponirenden Gegenstandes; welches bei der Niederlegung aus der deponirten Summe zu entnehmen ist. — Von dieser Abgabe hat derselbe alle vorfallenden Schreib-, Stempel- und sonstige Gebühren zu berichtigen.

§. 5. Bei anzustellenden Kassen-Revisionen, wird den Revisoren die §. 3 erwähnte Liste vorgelegt, und sind nach dieser die Depositen zu revidiren.

§. 6. Der Prokurator sendet mir alle drei Monate eine Abschrift dieser Liste ein; zum erstenmal am 1sten September dieses Jahres.

Diese Verordnung wird hiedurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und werden alle Behörden angewiesen, sich nach derselben auf das Genaueste zu achten.

3576. — Aachen den 16. Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Vorschriften über die von sämmtlichen Rentei-, Steuer- u. Bezirks-Kassenbeamten zu beobachtende Form des Rechnungswesens zur Erleichterung der über ihre Amtsführung auszuübenden Controlle. (Conf. Nro. 3668.)

3577. — Den 17. Juny 1814. — A. P.

Der General-Gouverneur.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Bestimmung und Verlegung der Jahrmärkte zu dem Wirkungskreise der Verwaltungs- oder der Polizey-Behörden gehöre. Da bey Bestimmung der Zeit, wann die Jahrmärkte gehalten werden sollen, vorzüglich das Interesse der Gemeine berücksichtiget werden muß, so ist jenes blos Sache des Bürgermeisters und der Kreisdirection. Da aber die Polizey vorzüglich auf den Märkten wachsam seyn muß, so muß jede Verlegung eines gewöhnlichen Markttages der Polizeybehörde bekannt gemacht werden.

Hiernach haben sich die Verwaltungs- und Polizeybehörden zu achten.

3578. — Aachen den 20. Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Ernennung von Kantons-Commiſſarien im ganzen Umfange des General-Gouvernements, welchen, unter Leitung der Kreisdirektoren und mit Beihülfe der Bürgermeiſter, die regelmäßige Beförderung der Natural-Lieferungen in die Magazine, die möglichſt gleiche Vertheilung aller auſſerordentlichen Kriegslaſten, die Beurtheilung der Prägravationen und überhaupt die Erhaltung der Ordnung in dem Geſchäft der militairiſchen Einquartierung, der Vorſpannleiſtung und regelmäßigen Verpflegung der Truppen in ihren Cantonsbezirken übertragen iſt.

3579. — Den 21. Juny 1814. — P.

Der General-Gouverneur.

Unter Erneuerung der Verordnungen vom 4. März u. 23. Aug. 1803 (Nro. 2690 u. 2710), das Verbot des Collectirens und Spielens für und in fremden Lotterien betreffend, wird das Publikum vor desfallſigen Contraventionen gewarnt.

3580. — Den 21. Juny 1814. — A. P.

Der General-Gouverneur.

Da durch die Verordnung vom 4. März 1803 (Nro. 2690) alles Einſetzen in auswärtige Lotterien und Collectiren für dieſelben verboten iſt, ferner alle einländiſche Privat-Lotterien und Ausſpielungen von Gütern, Waaren und Effekten ebenfalls unterſagt ſind; ſo werden ſämmtliche Redacteurs der im Großherzogthum Berg erſcheinenden Zeitſchriften angewieſen, hinführo ohne Genehmigung des Gouvernements keine Anzeigen darin aufzunehmen, welche dergleichen verbotene Lotterien und Ausſpielungen zum Gegenſtande haben, widrigenfalls ſie als Collecteurs angeſehen und beſtraft werden ſollen.

3581. — Aachen den 22. Juny 1814 — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Nachtrag zu der Verordnung vom 28ten April 1814, (Nro. 3531) über die Gerichts-Verfassung.

Um den hie und da erhobenen Zweifeln vorzubeugen, setze ich hierdurch ausdrücklich fest:

1) In Hinsicht der Appellation zu §. 3, der angeführten Verordnung, daß die deutsche Sektion zur Entscheidung aller Sachen in 2ter Instanz bestimmt sey, welche in erster Instanz vor einem jetzt in deutscher Sprache verhandelnden Kreisgerichte geschwebt haben, wenn auch die Sache selbst nach früherer Verfassung, in französischer Sprache verhandelt seyn sollte.

2) In Hinsicht des Gesuchs um Kassation, zu §. 1, daß dieses bei allen oben angeführten Sachen, beim Kassationshofe zu Düsseldorf eingelegt werden muß, wenn auch, weil die Sache vor Emanirung der Verordnung vom 28. April schon anhängig oder entschieden war, in zweiter Instanz, in französischer Sprache verhandelt ist.

3) Daß die Geldstrafe, welche vor Einlegung des Kassationsgesuches niedergelegt werden muß, bei jeder Kreiskasse niedergelegt werden kann. (Conf. Nro. 3586 u. 3596.)

3582. — Aachen den 24. Juny 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Auf den Grund des Gesetzes vom 5. Ventose Jahrs XII. wird rücksichtlich der Art der Wiederbesetzung erledigter Steuerempfänger-Stellen bestimmt, daß die Gouvernements-Commissarien für jede solcher Erledigungen zwei Candidaten mittelst einer Präsentationsliste, aus welcher Name, Alter, Wohnort, Stand, frühere Dienstverhältnisse, Zahlfähigkeit, Moralität und übrige Qualification hervorgehen muß, nebst dem Gutachten des Steueroberaufsehers über die Zahlfähigkeit und Qualification der Canditaten, zur Ernennung durch den General-Gouverneur vorschlagen sollen. Bei plötzlichen Erledigungen können die Gouvernements-Commissarien commissarische Verwalter solcher Aemter bestellen, ohne daß jedoch hieraus ein Anspruch auf definitive Anstellung gefolgert werden kann.

3583. — Aachen den 29. Juny 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Unter der vorigen französischen Regierung war der Gebrauch des sogenannten Katechismus-Napoleon bei dem Unterricht der Jugend in den Land- und größern Schulen ausdrücklich verordnet, dessen Inhalt und Grundsätze zu bekannt geworden sind, als daß es noch Bemerkungen darüber bedürfte. Das Jahr 1814 ist indessen auch dazu bestimmt gewesen, diesen Mißbrauch in der Verbreitung willkührlicher Kirchen und Religions Lehren ab, und die bessern Grundsätze in dieser Hinsicht wieder aufrecht zu stellen.

Schon sind deßhalb in den General-Gouvernements des Nieder- und Mittel-Rheins die geeigneten Verfügungen an die sämmtlichen Herren General-Vicarien zur gänzlichen Niederschlagung und Entfernung dieses Katechismus ergangen, und obschon ich im Voraus überzeugt war, daß es bei denselben sowohl, als bei jedem rechtlich Gesinnten meiner Verwaltung, nur eines Winkes in dieser Hinsicht bedurfte, um jenen schädlichen Ueberrest der Vergangenheit gleich auser aller Anwendung zu setzen, so finde ich mich dennoch veranlaßt, hier allgemein jenes Religionsbuch ausdrücklich zu verbieten und den Gebrauch desjenigen Katechismus wieder einzusetzen, welcher früherhin bestanden hat, oder als zweckmäßig anerkannt, jetzt durch die Herren General-Vicarien angeordnet und verbreitet werden wird.

3584. — Den 30. Juny 1814. — A. P.

Der General-Gouverneur.

Da schon nach den allgemeinen Grundsätzen der Staatspolizey keine neue Mühlen ohne vorhergegangene Untersuchung ihres Nutzens oder Schadens, und ohne besondere Erlaubniß der Landes-Regierung angelegt werden dürfen, und selbst bei der durch das Decret vom 13. Sept. 1811 (Nro. 3261) erfolgten Aufhebung des Mühlenzwangs die Nothwendigkeit jener Untersuchung nicht aufgehoben worden ist: so wird hiermit die dieses Gegenstandes wegen in dem Herzogthume Berg früher schon bestandene Ordnung in der Art erneuert, daß es in Zukunft Niemand frey stehen soll, weder eine Mühle anzu-

legen, noch eine ſchon vorhandene und zu einem andern Gewerbs-Betriebe conceſſionirte Mühle in eine Getreide Mahl- oder Schrottmühle umzuändern, wenn er dazu nicht durch die geeignete Behörde bei dem unterzeichneten Gouvernement den Conſens nachgeſucht und erhalten hat. (Conf. Nro. 3674.)

3585. — Den 1ſten July 1814. — A. P.

An die Bewohner des Bergiſchen Landes.

Durch das gnädigſte Vertrauen S. Majeſtät des Königs von Preußen zu der Verwaltung des Herzogthums Berg zurückberufen, ſchätze ich mich glücklich, das Organ des gerechteſten und gütigſten Monarchen gegen ein Volk zu ſeyn, welches verdient hat, einſt das Seinige zu werden und ſich würdig an die Reihen ſeiner Tapfern anſchließt, die Deutſchland ſo glorreich verfechten. Keine einſeitige üble Nachrede wird jemals den hochverdienten Ruhm des Muthes, der Vaterlandsliebe, der freien Begeiſterung und der reinſten Aufopferung der braven Berger, in der großen Geſchichte unſerer Tage verdunkeln können. Mir ſelbſt iſt es die ſchönſte Belohnung eigner Thätigkeit und unveränderlicher Anhänglichkeit an die Sache Deutſchlands, wieder unter und mit einem Theile des gemeinſamen deutſchen Volkes zu ſeyn, das ich in der Stunde der Noth und Gefahr feſt erfunden, innig achte, brüderlich liebe, und im Namen eines väterlichen Regenten ganz glücklich zu machen unermüdet trachten werde.

Berger! Was uns damals zuſammen gebunden, halte uns fur immer vereint die einige treue Geſinnung. Im Frieden wollen wir voll Eintracht in allen Ständen, durch deutſchen Kunſt- und Gewerbfleiß, durch Wiſſenſchaft und Handel, in deutſcher Sitte und Recht, unſere Ehre und unſere Kraft befeſtigen, auf daß, wenn Krieg einſt wiederkehre, das Vaterland auf's neue uns da ſtehen ſehe, als würdige Söhne des freien Rheines und des unerſchütterlichen Siebengebürges.

Der General-Gouverneur,

Juſtus Gruner.

3586. — Den 3. July 1814. — A. P.

Der General-Gouverneur.

Die Verordnung vom 11. und 22. Febr. d. J., N. 3486 die Errichtung des Caſſationshofes betreffend, wird für die Caſſation in Civilſachen dahin näher erläutert und beſtimmt:

1) Wenn die Caſſation wegen einer in materialibus geſetzwidrigen Entſcheidung nachgeſucht wird: ſo muß in dem Caſſationsurtheile mit der Caſſation auch zugleich in der Sache ſelbſt geſprochen werden.

2) Iſt aber eine Caſſation bloß und allein wegen verletzter Formen oder wegen Incompetenz nachgeſucht: ſo muß ein beſonderes Caſſationsurtheil abgefaßt und hernächſt in der Hauptſache beſonders plädirt und erkannt werden. Hiezu wird in dem Caſſationsurtheil zugleich ein Audienztag präfigirt, und zwar mit einem nach den Umſtänden geräumig zu beſtimmenden Zwiſchenraume.

3) Dem Caſſationshofe ſteht es frey, wenn ein Erkenntniß wegen Incompetenz caſſirt wird, die Entſcheidung in der Hauptſache an den gehörigen Richter zu verweiſen, oder ſelbſt darin zu erkennen, was der Caſſationshof nach der Lage einer jeden Sache ermeſſen wird.

4) Die Introduction des Caſſationsgeſuches geſchiehet durch die Niederlegung der Beſcheinigung der dem Impetraten geſchehenen Bekanntmachung der nachgeſuchten Caſſation auf dem Secretariat des Caſſationshofes.

5) Weder von dem Impetranten noch von dem Impetraten werden Vorſtellungen oder Schriften, welche ſich auf das Caſſationsgeſuch beziehen, angenommen, wenn nicht zugleich mit ihnen die Beſcheinigung der Inſinuation derſelben an den Gegentheil auf dem Secretariat niedergelegt wird.

6) Der Impetrant muß die Prozeßverhandlungen der vorigen Inſtanzen auf dem Secretariat des Caſſationshofes deponiren, und die Beſcheinigung des Oberſecretairs darüber bey dem Präſidenten einreichen; erſt dann kann ein Audienztag angeſetzt werden. Dem Impetraten ſteht es frey, auch ſeine Actenſtücke zum Secretariat einzuliefern.

3587. — Den 6. July 1814. — A. P.

Der General-Gouverneur.

Es scheint in dem hiesigen Gouvernement zur Gewohnheit geworden zu seyn, gegen die Straferkenntnisse der Gerichte Begnadigung nachzusuchen. Wenn gleich das Gouvernement ſruherhin viele Strafen erlassen und gemildert hat, welche in den despotischen Instituten der vorigen Regierung und der zu scharfen französischen Gesetzgebung ihren Grund hatten; so darf dies nunmehr, da diese Ungerechtigkeiten gehoben sind, nicht weiter stattfinden. Die Gerechtigkeit muß hinführo ihren ungehinderten Lauf haben, und es bey demjenigen sein Bewenden behalten, was durch Urtheil und Recht erkannt worden.

Ich wünsche daher, daß man mich künftig mit Begnadigungsgesuchen verschone; und mache zugleich hiermit bekannt, daß dergleichen vergebliche Gesuche unbeantwortet bleiben werden.

3588. — Den 6. July 1814. — A. P.

Der General-Gouverneur.

Nach den ältern Verordnungen wurde Niemanden im Bergischen die Seelsorge bei einer katholischen Gemeinde anvertraut, von dessen Fähigkeit zu dem wichtigen Amte eines Volkslehrers die Regierung sich nicht vorher durch eigene Examinatoren überzeuget hatte.

Da dies aber in den Unruhen des Krieges und unter der französischen Regierung nicht immer beobachtet worden; dem Staate jedoch sehr daran gelegen ist, daß jeder Seelsorger die zu seinem Amte nöthigen Kenntnisse besitze: so setze ich hierdurch Folgendes fest:

1) Niemand kann hinführo zu einer Pfarre oder zu einer Curat-Vicarie gelangen, der sich nicht vorläufig vor den dazu bestellten Examinatoren der Prüfung unterworfen hat, und fähig befunden worden ist.

2) Zu Examinatoren werden hiermit ernannt: (Hier folgen die Namen der 5 Examinatoren.)

3) Jedem Candidaten, der sich bei künftigen Erledigungen von Pfarren oder Curat-Vicarien um dieselben zu bewerben gedenkt, steht es frey, sich schon früherhin der

Prüfung zu unterwerfen, damit bei einer Erledigung ſeiner Fähigkeit halber weiter kein Anſtand vorwalte.

3589. — Aachen den 6. July 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Sämmtliche Fabrik-Gebäude, worin der Eigenthümer nicht wohnt, ſondern worin ſich nur ein Aufſeher entweder der Gebaude oder der Arbeiter befindet, ſollen, bei den gegenwärtigen Cantonirungen und Durchmarſchen der Truppen der verſchiedenen Armeekorps, zur Erhaltung der Ungeſtörtheit der Landesinduſtrie durchaus von Einquartierungen freibleiben.

3590. — Aachen den 12. July 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Sämmtliche Verwaltungs-Behörden werden zur unverzüglichen Herſtellung der Landſtraßen und Wege angewieſen.

3591. — Den 15. July 1814. — A. P.

Der General-Gouverneur.

Damit die Gemeinen des hieſigen Landes künftig in dringenden Fällen, wenn die Communal-Caſſen zur Beſtreitung der auſſerordentlichen Ausgaben nicht hinreichen, ohne meine vorhergegangene Genehmigung Ausſchläge machen können, jedoch dabei und bei Berechnung früherer bisherigen Ausſchläge, feſte Vorſchriften haben, wird hierdurch folgendes deshalb verordnet:

1) Die dringende Nothwendigkeit des Ausſchlages muß vor allen Dingen von dem Bürgermeiſter und Stadträthen oder Schöffen gutachtlich feſtgeſetzt ſeyn, und demnächſt muß der Bürgermeiſter, mit Beyfügung der Repartition, die Genehmigung der Kreisdirection einholen; ehe dieſe aber erfolgt iſt, darf keine wirkliche Beynahme ſtattfinden.

2) In Rücksicht der Ausschläge, welche wirklich statt gehabt haben, müssen die Berechnungen der Kreisdirection innerhalb 4 Wochen zur Revision vorgelegt werden, wobei ich mir vorbehalte, dieselben näher revidiren zu lassen.

3) Eben dasselbe findet Anwendung bey allen künftigen Ausschlägen.

4) Die Anschläge bey den directen Steuern geben zwar in der Regel die Norm zur Festsetzung der einzelnen Beyträge bey jenen Ausschlägen; jedoch finden dabey diejenigen Modificationen Platz, welche in Ansehung der Vermögens-Verhältnisse einzelner Contribuenten nöthig werden.

5) Die Kreisdirectionen haben hiernach das Weitere zu verfügen, und den Bürgermeistern zu eröffnen, daß sie für die zweckmäßige Verwendung der Gelder zunächst verantwortlich bleiben.

3592. — Den 15. July 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Die Betrachtung des weiten Umfanges und der Wichtigkeit des dem Schul-Rathe übertragenen Geschäftes, führte schon bey Erlassung der Verordnung vom 6. May's d. J. zu der Ueberzeugung, daß diese Stelle, ohne die Beyhülfe untergeordneter Behörden, das ihr vorgesteckte Ziel nicht würde erreichen können; und es ist daher im §. 12. daselbst festgesetzt, das solche stufenweise sich anreihende Stellen angeordnet werden sollen, um die Leitung der Jugendbildung mit ihr zu theilen, und so das Heil des jetzigen und der künftigen Geschlechter begründen zu helfen.

In Beziehung auf diese Verfügung wird daher weiter verordnet, wie folgt:

1. In jedem Gerichtsbezirke werden eigene Schulbeamte, unter dem Namen Schulpfleger, und zwar in der Regel einer für die Schulen der Katholischen, und einer für die der Evangelischen Gemeinen beyder Confessionen, angestellt.

2. Zum Geschäftskreise der Schulpfleger gehört alles, was die Verbesserung der Erziehung überhaupt, und in's

beſondere die Verwaltung und das Emporkommen des Schulweſens in ihren Bezirken angeht.

3. Die von dem Schul-Rathe hier vorgelegte und genehmigte Dienſtanleitung wird den Schulpflegern in ihrem Geſchäftsbetriebe zur Richtſchnur dienen.

4. Den Schulpflegern untergeordnet, wird für jede Gemeinde-Schule, welche nach der im Jahr 1812, oder ſpäter vorgenommenen Eintheilung der Schulbezirke im ganzen Lande, beybehalten oder errichtet werden ſoll, ein eigener Schul-Vorſtand beſtehen.

5. Dieſer Schul-Vorſtand wird aus dem Pfarrer und zwei Einſaſſen des Schulbezirks, unter dem Nahmen Schulvorſteher, gebildet.

6. Die Schulvorſteher werden auf den gemeinſchaftlichen Vorſchlag des Schulpflegers, Bürgermeiſters und Pfarrers, vom Kreis-Direktor ernannt, und alle zwei Jahre erneuert. Doch können die Austretenden allezeit wieder ernannt oder beſtätiget werden.

7. Findet der Kreis-Direktor die ihm zu Schulvorſtehern vorgeſchlagenen Einſaſſen zu dieſem Geſchäfte nicht geeignet; ſo hat auf ſeine Bemerkung der angegebene Verein andere in Vorſchlag zu bringen.

8. Wo ſich von der nämlichen Confeſſion mehrere Schulen an einem Orte befinden, werden dieſe in der Art unter einem Vorſtande vereinigt, daß für jede Schule ein Vorſteher beyſitzt.

9. Der Vorſtand derjenigen Schulen, welche für verſchiedene Confeſſions-Genoſſen beſtimmt ſind, bildet ſich aus den Pfarrern der betheiligten Confeſſionen und aus einem Schulvorſteher von jeder Confeſſions-Gemeine, welche über 24 ſchulpflichtige Kinder in dem Schulbezirke hat.

10. Jeden Monat verſammelt ſich der Schul-Vorſtand an einem feſtbeſtimmten Tage, um das Wohl der ihm anvertrauten Schule zu berathen. Die Beſchlüſſe werden nach der Mehrheit der Stimmen gefaßt. Wo bey Schul-Vorſtänden, welche aus einer paaren Zahl von Mitgliedern beſtehen, Verſchiedenheit der Meinungen und Gleichheit der Stimmen eintritt, und beyde ſich gütlich nicht vereinigen können, giebt der Schulpfleger die Entſcheidung.

11. Im Falle der Erledigung von Lehrſtellen, welche in keinen Patronat-Verhältniſſen ſtehen, werden zu dem Schul-Vorſtande der Bürgermeiſter und diejenigen Einſaſſen des Schulbezirks gezogen, welche zu irgend einer Zeit in dem Kirchen-Vorſtande geweſen oder noch ſind, um drey

geprüfte Subjecte zu der erledigten Stelle durch den Schulpfleger in Vorschlag zu bringen, aus welchen der Schul-Rath darnach Eines wählen und zur Ernennung empfehlen wird. Damit durch den Vorschlag keiner ausgezeichnet werde, so sind die Nahmen nach der Ordnung des Alphabets zu setzen.

12. Aus den sämmtlichen Schul-Vorständen eines Gerichtsbezirks sollen kunftig, nach darüber zu erlassenden Vorschriften, Vereine gebildet werden, welche sich, unter Beywohnung der Gerichts- und Polizey-Beamten, wenigstens zwey Mahl im Jahre versammlen und das Beste des Schulwesens in dem ganzen Gerichts-Bezirke berathen sollen.

13. Die Schul-Vorstände werden sich in ihren Verrichtungen genau nach der, von dem Schul-Rathe hier vorgelegten und genehmigten, Dienstvorschrift richten; so wie diese Vorschrift überhaupt für alle und jede, welche darin bezogen sind, dieselbe verbindliche Kraft hat, wie die gegenwartige Verordnung.

Alle diejenigen, welche durch die vorstehenden Verfügungen zur Beförderung des Schulwesens mitberufen sind, vorzüglich die Schulpfleger und Schulvorsteher, können ihre guten Gesinnungen, Vaterlandsliebe und Eifer für die gute Sache nicht besser beurkunden, als wenn sie zur Erreichung der ihnen eröffneten Absicht mit reger, ausdaurender Thätigkeit und in steetem Einklange wirken. Kann auch die angewandte Muhe und Sorge nicht mit vergeltender Besoldung aufgewogen werden; so wird doch um so mehr, was jeder in diesem Geschäfte als Bürgertugend aus Pflichtgefühl übt, zu jeder Zeit als die beste Empfehlung für ihn gelten. Der Schul-Rath und die Kreis-Directoren werden demnach darauf sehen, daß kein Verdienst in diesem Fache unbemerkt bleibe. (Conf. Nro. 3535.)

Bemerk. Hier folgen die oben §. 3 und §. 13. bezeichneten Dienstvorschriften.

Dienstvorschrift
für die Schulpfleger.

§. 1. Unter der Aufsicht des Schulpflegers stehen sowohl die öffentlichen Orts-Schulen, als überhaupt alle Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten seines Bezirks, deren Wirkungskreis nicht auf eine einzelne Familie beschränkt ist.

Ueberhaupt richtet sich seine Aufmerksamkeit auf Alles, was die Erziehung und den öffentlichen Unterricht in seinem Kreise angeht.

§. 2. Er hat darüber zu wachen, daß keine Nebenschulen, Lehr- und Erziehungs-Anstalten geduldet werden, die nicht von der obern Behörde genehmigt und deren Lehrer und Vorsteher nicht geprüft sind

§. 3. Als der nächste Vorgesetzte aller öffentlichen Unterrichts-Anstalten seines Bezirks, ist er auch der Vermittler zwischen diesen an einer und dem Schul-Rathe sowohl als den Kreis- und Orts-Behörden, an der andern Seite; daher er sie in allen Fällen, wo es nöthig ist, daselbst zu vertreten, und eben so ihnen bei der Ausführung aller, allgemeine oder einzelne Anstalten betreffenden, Anordnungen und Verfügungen mit Rath und That an Hand zu gehen verpflichtet ist.

§. 4. Es besteht daher eine fortwährende Verbindung zwischen ihm und den einzelnen Lehrern sowohl, als den Schul-Vorständen, welche ihm ihre Berichte, Gutachten, Vorschläge, u. s. w zu senden; so jedoch, daß es denselben unbenommen bleibt, sich in außerordentlichen Fällen auch gerade an den Schul-Rath zu wenden.

§. 5. In gleicher fortwährender Verbindung steht er sowohl, wie sich von selbst versteht, mit dem Schul-Rath, als auch mit den Kreis- und Orts-Behörden, welche in der Regel alle, die öffentlichen Unterrichts-Anstalten seines Bezirks betreffenden Verfügungen an ihn befördern und die Ausführung derselben seiner Leitung überlassen werden.

Er wird daher allezeit bemüht seyn, mit den letztern Behörden ein gutes Vernehmen zu unterhalten; indem das Gedeihen der Schulen wesentlich von dem guten Ineinandergreifen aller fördernden Kräfte abhängt.

§ 6. Er wird von Zeit zu Zeit den Sitzungen der Orts-Schul-Vorstände beywohnen, oder außerordentliche Sitzungen derselben veranstalten, wenn er es für nothwendig oder der Sache dienlich achtet.

§. 7. Er geht den Lehrern in der zweckmäßigen Anordnung ihres Schulplanes, wie überhaupt in ihren Schulangelegenheiten an die Hand.

Diese haben ihm deshalb ihren Stundenplan vorzulegen, ihre Schulbücher und sonstigen Hülfsmittel zu nennen, und ihm jährlich einen Hauptbericht über den Zustand ihrer Schule zu erstatten.

§. 8. Er wird die Schule seines Bezirks so oft besuchen, als es seine übrigen Amtsverrichtungen erlauben, und er es selbst für dienlich hält, um eine jede derselben genau kennen zu lernen. Wenigstens muß dieses, auch bey den entfernteren, zweymahl in dem Jahre geschehen.

Die Vorzüge, welche der unerwartete Schulbesuch hat, brauchen nicht auseinandergesetzt zu werden. So oft es geschehen kann, ist er auch bey den Prüfungen gegenwärtig. Ist er jedoch mit der einen oder der andern Schule außer der Zeit schon näher bekannt geworden, so mag er den Vorsitz bey der Prüfung auch den Orts-Schul-Vorständen überlassen, welche ihm alsdann darüber zu berichten haben.

§. 9. Um dem Mißbrauche vorzubeugen, welcher hin und wieder mit den Schulprüfungen getrieben wird, da die Kinder oft Monate lang im Voraus für dieselben vorbereitet und so zum Scheinen gewöhnt werden; so wird die Zeit derselben künftig nicht von den Lehrern, sondern von den Schulpflegern bestimmt werden. Aus demselben Grunde werden diese dazu nicht eine bestimmte Zeit des Jahres wählen, sondern damit abwechseln; so jedoch, daß in dem Laufe des Jahres nur Eine feyerliche Prüfung einer jeden Schule gehalten werde.

Die Schulpfleger werden hiernach den, mit Rücksicht auf passende Zeit und Ortsverhältnisse, zu bestimmenden Tag der Prüfung den Schul-Vorständen und Lehrern eine kurze Zeit, höchstens acht Tage, vorher ansagen, und den erstern die Sorge auftragen, daß derselbe am Sonntage vorher der Gemeinde von der Kanzel bekannt gemacht, auch die Prüfung, wenn es der Raum gestattet, in der Schule selbst, sonst aber in der Pfarrkirche gehalten werde.

Es bleibt dem Ermessen der Schulpfleger, oder der sie vertretenden Schul-Vorstände, im einzelnen Falle überlassen, wie weit sie selbst den Gang der Prüfung leiten und darin eingreifen, oder sie den Lehrern überlassen wollen. Sie werden jedoch überhaupt darauf sehen, daß die Zeit nicht mit unwesentlichen Dingen verloren gehe, sondern für solche verwandt werde, welche in Wahrheit ein Urtheil über die Fortschritte der Kinder begründen können.

§. 10. Die Schulpfleger werden die Candidaten, welche sich dem Schul-Rathe zur Prüfung stellen wollen, einer vorläufigen Untersuchung ihrer Kenntnisse unterwerfen, und die ganz Unfähigen unter Anempfehlung einer gründlichern Vorbereitung davon zurückhalten.

Der Schul-Rath wird daher in Zukunft keinen Candidaten zur Prüfung lassen, welcher nicht ein Zeugniß seines Bezirkspflegers über diese vorläufige Untersuchung vorlegen kann.

§. 11. Eben so werden die Schulpfleger die jungen Leute, welche in das zu errichtende Schullehrer-Seminarium aufgenommen zu werden wünschen, vorher prüfen, ob sie die nöthigen Vorkenntnisse haben. Doch entscheidet ihr Urtheil noch nicht über die Aufnahme selbst, sondern soll vorzüglich dazu dienen, diejenigen, welche die nöthigen Forderungen nicht erfüllen, von dem vergeblichen Versuche abzuhalten.

§. 12. Bey Erledigung einer Lehrstelle ist die erste Pflicht des Schulpflegers, dem Schulrath von diesem Ereigniß Kenntniß zu geben.

In Verbindung mit dem Vorstande verfügt er hierauf über die einstweilige Versehung der erledigten Stelle, damit der Unterricht nur so kurze Zeit als immer möglich unterbrochen bleibe.

Sobald der Schul-Vorstand sich über seine Vorschläge zu der Wiederbesetzung der Stelle entschieden hat, bringt der Schulpfleger dieselben zur Kenntniß des Schul-Rathes und fügt die nöthigen Bemerkungen über die Fähigkeiten der vorgeschlagenen Candidaten, ihre Vorzüge in dem einen oder andern Lehrfache, ihren bisherigen Lebenslauf, ihre Familienverhältnisse, und welche Rücksichten sonst noch in wesentlichen Betracht kommen mögen, hinzu.

Endlich hat er, nach der Ernennung des neuen Lehrers, denselben in das ihm aufgetragene Amt einzusetzen.

§. 13. Der Schulpfleger wird außer seinem, durch die laufenden Angelegenheiten veranlaßten, Schriftwechsel mit dem Schul-Rath, demselben jährlich ein Hauptbericht über alle Schulen seines Bezirkes erstatten, und es sich besonders angelegen seyn lassen, daß derselbe dadurch eine klare Uebersicht des Zustandes einer jeden Schule, sowohl von der guten als von der mangelhaften Seite, mit den geeigneten Vorschlägen zu möglichen Verbesserungen, erhalte.

Die Hauptpunkte, welche dieser Bericht umfassen muß, sind folgende:

a) Das Objective des Unterrichts selbst; wobey er die, in den ihm mitgetheilten allgemeinen Ansichten über die Einrichtung des öffentlichen Unterrichts in diesem Lande, enthaltenen Grundzüge besonders vor Augen halten, und, was der Lehrer in Beziehung auf diese in jedem Theile leistet, darstellen wird.

b) Das Subjective des Unterrichts, d. h. die Unterrichtsweise des Lehrers und das wechselseitige Verhältniß zwischen ihm und den Kindern.

c) Der Stundenplan.

d) Das Verzeichniß der Schulbücher, die gebraucht werden, und der übrigen Hülfsmittel.

e) Die Beschaffenheit und der Zustand des Schulgebäudes und des Schulzimmers.

f) Ob Garten und Spielplatz vorhanden und wie dieselben beschaffen sind?

g) Wie es um den Schulbesuch steht?

h) Namentliche Angabe der vorzüglich ausgezeichneten Schüler, besonders derjenigen, die vielleicht dereinst zum Lehrfache gebraucht werden können, und der jungen Leute, die sich diesem Fache bestimmt widmen.

i) Angabe der ausgezeichneten Orts-Schul-Vorstände, der Schulfreunde u. s. w.

k) Einige Angaben über den Standtpunkt des Publikums eines Orts in Beziehung auf die Schule und die Erziehung überhaupt.

§. 14. Um das Anhäufen dieser Berichte in ein und derselben Zeit des Jahres zu verhüten, wird hiermit die regelmaßige Folge angeordnet, in welcher dieselben aus den verschiedenen Bezirken zu erstatten sind, und an die sich demnach die Schul-Pfleger punktlich zu halten haben.

Es werden nämlich die Berichte erwartet: aus den Gerichtsbezirken Düsseldorf und Ratingen im Januar; Mülheim an der Ruhr und Velbert im Februar; Mettmann und Richrath im März; Opladen und Mülheim am Rhein im April; Sohlingen und Wermelskirchen im May; Elberfeld und Barmen im Juny; Lennep und Ronsdorf im July; Wipperfurth und Lindlar im August; Gummersbach und Homburg im September; Eitorf und Waldbroel im October; Bensberg und Siegburg im November; Hennef und Königswinter im Dezember.

§. 15. Es bleibt dem Schulpfleger unbenommen, aus den Berichten der Schul-Vorstände oder den Eingaben der Lehrer, ein oder das andere Stück, welches er für besonders wichtig und bezeichnend hält, seinen Hauptberichten beyzulegen.

§. 16. Er wird die ihm zugegangenen Verhandlungen sorgfältig aufbewahren, und darüber ein Verzeichniß führen, damit nöthigenfalls ein jedes Actenstück aufgefunden werden könne.

Dienſtvorſchrift für die Schulvorſtände.

1) Die Verſammlung des Schulvorſtandes wird der Regel nach in derjenigen Schule ſtatt haben, für welche ſie gehalten wird. Die Verſammlungen für noch zu errichtende Schulen werden in der Wohnung des Pfarrers gehalten.

2) Die Tage der Verſammlung ſind ſo zu beſtimmen, daß der Pfarrer allen Berathſchlagungen beiwohnen kann. Wo mehrere Schulen in einer Pfarre ſind, wird für die Schule in dem Pfarrorte zuerſt, demnach für die nächſte und ſofort bis zur entfernteſten, für alle nacheinander in den erſten vierzehn Tagen des Monats Verſammlung gehalten. Bey der Einführung des Schulvorſtandes muß der Tag der Verſammlung für jede Schule feſt beſtimmt werden.

3) Befinden ſich in einer Pfarre mehr als drey Schulen, entfernt von dem Wohnorte des Pfarrers, ſo iſt der Pfarrer nicht verpflichtet, in mehr als zwey entfernten Schulen die Verſammlung zu halten. Er kann die Vorſteher der übrigen entfernten Schulen zu ſich berufen und in eigner Wohnung Berathung mit ihnen pflegen; er muß aber jedesmal hierin abwechſeln. Auch iſt es ſtatt deſſen in dem vorausgeſetzten Falle dem Pfarrer geſtattet, die Verſammlung des Vorſtandes an unbeſtimmten Tagen, jedoch in den erſten zwey Wochen des Monats, unvermuthet in der Schule abzuhalten; in welchem Falle der Pfarrer zugleich ſeiner beſondern Pflicht, monatlich alle Schulen ſeines Pfarrſprengels, auch die entlegenen, zu beſuchen, hierdurch Genüge thun kann.

4) Treten Fälle ein, welche eine außergewöhnliche Verſammlung nöthig machen, ſo kann der Pfarrer dieſe in ſeiner Wohnung halten.

5) Diejenigen Schulvorſteher, welche außer den Verſammlungstagen die Schule einzeln beſuchen, werden ſich hierdurch ein höheres Verdienſt um die gute Sache erwerben. Vorzüglich bey jenen Schulen, welche dem Pfarrer ſehr abgelegen ſind, und in jenen Pfarrgemeinen, wo ſich viele Schulen befinden, werden dieſe Schulbeſuche von unverkennbarem Nutzen ſeyn, und daher dringend empfohlen.

6) Jeder Schulvorſtand hat ſich in den gewöhnlichen und beſondern Verſammlungen nur mit dem zu beſchäfti-

gen, was dem Aufkommen der ihm eigens anvertrauten Schule förderlich oder hinderlich ist.

7) Er forsche bey jeder gewöhnlichen Versammlung, ob die Verordnungen des Schul-Rathes und die Vorschriften des Schulpflegers gehörig befolgt worden; ob irgend eine gegründete Klage gegen den Lehrer sich erhebe; ob der Lehrer selbst Klagen oder Erinnerungen vorzubringen habe. — Wo die Versammlung in der Schule stattfindet, lasse der Vorstand durch den Lehrer eine Uebung mit den verschiedenen Classen vornehmen, um die Fortschritte der Kinder zu bemessen; er lasse sich die Arbeiten derselben vorzeigen, um den Geist, welcher aus diesen spricht, zu beurtheilen; er lasse sich die fleißigen, folgsamen und in guten Sitten vorleuchtenden Schuler nennen, um den Wetteifer aller zu beleben und die Zurückgebliebenen durch seinen Zuspruch zu ermuntern.

8) Es hängt vom Schulvorstande ab, nach Beschaffenheit des abzuhandelnden Gegenstandes den Lehrer von der Berathung auszuschließen, oder Theil an derselben nehmen zu lassen. Bey der Entscheidung kann der Lehrer aber nicht mit stimmen.

9) Der Schulvorstand sey eine Stütze des Lehrers; nehme ihn gegen ungerechte Anfälle in Schutz; richte ihn auf, wenn er sich verkannt, wenn er seine guten Absichten und Anstrengungen vereitelt sieht; gebe durch seine Gegenwart den Handlungen des Lehrers, wo es nöthig ist, Feyerlichkeit; und suche ihm bey der Gemeine Achtung zu verschaffen, vorzüglich dadurch, daß er selbst ihm Achtung beweiset.

10) Der Schulvorstand sey der Vermittler zwischen Lehrer und Gemeine, wenn Mißhelligkeiten zwischen beyden entstehen; er räume die Vorurtheile weg, welche gegenseitig gehegt werden; er kläre die Mißverständnisse auf beyden Seiten auf; er wäge die Klagen und Beschwerden gegen einander ab, und ersticke durch klugen Zuspruch jede aufkeimende Erbitterung im Entstehen.

11) Auch ein treuer Rathgeber für den Lehrer sey der Schulvorstand. Bekannt mit den Gesinnungen der Gemeine, kann er den Entschluß des Lehrers in schwierigen Fällen am besten bestimmen; am sichersten ihn warnen, wenn er die Meinungen der Gemeine nicht schonend behandelt, und im Begriffe ist, durch unvorsichtige Schritte sich selbst und der guten Sache zu schaden.

12) Vorzüglich dem angehenden Lehrer ſey der Vorſtand ein unterrichtender Führer; er mache ihn bekannt mit den Eigenheiten der Gemeine; zeige ihm die Wege, wie er das allgemeine Vertrauen redlich erwerben kann; unterrichte ihn, wo die häusliche Erziehung das in der Schule ausgeſäete Gute zu erſticken droht; und biete ihm überall die Hand, wo es deſſen bedarf, um ihn in ſeinen Geſchäften ſicher zu leiten.

13) Wie der Vorſtand den Lehrer überall, wo es nöthig iſt, zu vertreten hat; ſo iſt es beſonders ſeine Pflicht, ſich deſſelben anzunehmen; damit ihm ſeine angewieſene Einnahme zur Verfallzeit unverkürzt zufließe. Auch wird er den fleißigen Lehrer dadurch ermuntern, daß er ihm da, wo die Mittel es geſtatten, eine Zulage zu ſeiner jährlichen Beſoldung erwirke.

14) Um dem Lehrer den richtigen Eingang des Schulgeldes zu ſichern, wird ſich der Vorſtand jeden Monat das Verzeichniß der Rückſtände vorlegen laſſen, und die Einziehung derſelben durch die Ortsbehörde betreiben, bis der Lehrer befriedigt iſt.

15) Der Vorſtand hat aber auch darüber zu wachen, daß der Lehrer ſein Amt gewiſſenhaft verſehe; daß er der Vater der Kinder ſey; daß er ohne Rückſicht auf äußere Verhältniſſe alle mit gleicher Liebe behandele; daß er mit ſanftem Ernſt die Schulzucht aufrecht erhalte; daß ſein Wandel und Benehmen der Würde ſeines Berufes entſprechen.

16) Der Vorſtand wird den Lehrer auf alle Gebrechen der Schule aufmerkſam machen; ihm über das, was darin zu ändern und zu beſſern iſt, väterliche Erinnerungen geben, und erſt dann, wenn dieſe fruchtlos bleiben, darüber die Anzeige an den Schulpfleger verfügen.

17) Die Beförderung des Schulbeſuches iſt eine der weſentlichſten Pflichten des Schulvorſtandes. Monatlich wird ihm der Lehrer das Verzeichniß der die Schule nicht beſuchenden, ſo wie der im Schulbeſuche nachläſſigen Kinder übergeben, und die Vorſteher werden alsdann alle Mittel der Belehrung und des herzlichen Zuſpruchs, anwenden, um die Aeltern dahin zu bringen, daß ſie ihre Kinder freywillig zur Schule ſchicken.

Bleibt aller gütlicher Zuſpruch vergeblich; ſo wird die Anzeige darüber an den Polizeyvogt verfügt.

18) Die übrigen den Schulbeſuch erſchwerenden oder ganz hemmenden Hinderniſſe ſucht der Vorſtand wegzuräu-

men. Er forscht, ob die Wege und Pfade, auf welchen die Kinder zur Schule gehen, gut unterhalten sind, und zeigt es dem Polizeyvogt ohne Aufschub an, wo ungangbare Wege, gefährliche Stege oder Unglück drohende Stellen sich finden.

19) Um die jedesmalige Aufnahme der schulpflichtigen Kinder zu erleichtern und zuverläßiger zu machen, werden die Taufbücher zur Hand genommen, und in den Sitzungen von März und September jedes Mahl dem Lehrer die Verzeichnisse der im nächsten halben Jahre, vom April und Octob. nahmlich anfangend, dem Alter nach schulpflichtig werdenden Kinder übergeben. Diese Verzeichnisse sind nach den dazu gedruckten Mustern zu fertigen.

20) Das Alter der Schulpflichtigkeit wird hinfür von dem angehenden 9ten bis zu dem vollendeten 12ten Jahre gerechnet. Die Fähigkeit zu dem Schulbesuche hebt jedoch, wie bisher mit dem vollendeten 6ten Lebensjahre an, und es kann daher der Lehrer die Aufnahme derjenigen Kinder, welche dieses Alter erreicht haben, auf das Verlangen der Aeltern in den dazu bestimmten Jahreszeiten nicht verweigern.

21) Der Schulvorstand erkennt über die Befreyung von der Schulpflichtigkeit wegen Körper- und Geistesgebrechen.

22) Bey Ueberreichung der Verzeichnisse der schulpflichtigen Kinder weiset der Vorstand den Lehrer an, mit dem Ersten Aprils und dem Ersten Octobers diejenigen aufzunehmen, welche dann das 8te Jahr vollendet haben. Außer dieser Zeit darf der Lehrer nur noch den Ersten Jänners und Ersten July Kinder aufnehmen, welche alsdann zu dem schulfähigen Alter gelangt sind, wenn er es der Schule unschädlich achtet.

23) Das Verzeichniß aller Kinder, welche ihrem Alter nach für jedes halbe Jahr zur Schule geeignet sind, wird vor dem Ersten Aprils und Octobers vom Schulvorstand im Schulzimmer aufgehängt, und bey jeder Versammlung darauf gesehen, daß der Lehrer keine Kinder unter dem vollendeten 6ten Jahre, und keine außer der vorbemerkten Zeit aufnehme.

Der Pfarrer wird bey jeder Gelegenheit und nahmentlich in den oben bemerkten Zeitpunkten, sowohl von der Kanzel als bey dem Hausbesuche, die Aeltern ernstlich ermahnen, die Kinder ununterbrochen zur Schule zu schicken.

24) Der Schulvorstand hat darauf zu achten, daß die

nöthigen Bücher, Schreibgeräthe und Kleidungsstücke für die Kinder der Armen angeschafft werden. Er wird sich hierüber mit der Verwaltung der Wohlthätigkeits-Anstalt, und nöthigen Falls mit dem Bürgermeister benehmen.

25) Er wird dem Bürgermeister jährlich das Verzeichniß der schulpflichtigen Armenkinder vorlegen, und darauf halten, daß das Schulgeld für diese Kinder aus dem Wohlthätigkeits-Fond flüssig gemacht werde.

26) Wo die Mittel es gestatten, wird der Vorstand auch dafür sorgen, daß jährlich einige Bücher als Ermunterungsgeschenke für die besten Schüler bey der Prüfung ausgetheilt werden.

27) Eben so wird der Vorstand, wo es möglich ist, zu befördern suchen, daß jährlich einige Bücher für die Schule, einige für den Lehrer und einige für die Schüler, zum fortwährenden Gebrauche angeschafft werden.

28) Jedes Kind, welches bis zu Ende des schulpflichtigen Alters die Schule gehörig besucht hat, erhält von dem Vorstande einen Entlassungsschein, in welchen denjenigen, die es verdienen, über sittlichen Wandel und Fleiß ein ehrenvolles Zeugniß beygefügt wird, welches als Empfehlung für sie in ihrem künftigen bürgerlichen Leben und Berufe dienen kann.

29) Der Schulvorstand bestimmt die jährlich auf vier Wochen festgesetzte freye Zeit, wann keine Schule gehalten wird. In den Städten und städtischen Orten sind hierzu 14 Tagen im Sommer, zur Aerntezeit, eine Woche im Frühling, und eine im Winter zu bestimmen. Auf dem Lande werden vier Wochen hintereinander, nach den Umständen, um die Zeit der Aernte oder der Weinlese ausgesetzt. Wo besondere Verhältnisse eine abweichende Vertheilung oder auch auf dem Lande eine Verlängerung der freyen Zeit wünschenswerth machen, muß die Bewilligung des Schul-Rathes dazu nachgesucht werden.

30) Der Schulvorstand verhütet, daß außer der gestatteten freyen Zeit der Unterricht auch nur einige Tage ausgesetzt werde. Wird der Lehrer krank, oder ruft ihn ein nicht zu umgehendes Geschäft auf einige Zeit ab, so hat der Vorstand ohne Verzug einen zeitlichen Stellvertreter von dem Schulpfleger zu begehren. — Geht ein Lehrer durch Tod, oder auf eine andere Art ab; so ist auf gleiche Art zu verfahren; und die Wiederbesetzung der Stelle mit Eifer zu betreiben.

31) Der Erhaltung des Schulgebäudes wird der Vorstand die erforderliche Aufmerksamkeit widmen. Die nöthigen Herstellungen, die angemessenen Verbesserungen desselben, die zweckmäßigen Einrichtungen der Schulzimmer, die Versehung derselben mit bequemen Bänken, die Anschaffung des nöthigen Schulgeräthes, wird er in dem vorschriftsmäßigen Wege durch seine Vorschläge und Anträge bey der Ortsbehörde befördern und die Vollziehung der deßhalb ergangenen Verfügungen betreiben. In dem Falle aber, daß die mit dem Schulhause vorzunehmende Veränderung in die innere Einrichtung eingreift, oder überhaupt von größerer Bedeutung seyn sollte, ist darüber, ehe die Sache bei der Verwaltungsstelle eingeleitet wird, an den Schulpfleger Bericht zu erstatten.

Besonders ist dieses zu beobachten, wenn von der Erbauung eines neuen Schulhauses, oder der Auswahl des Platzes für Schulhaus und Spielplatz die Rede ist.

32) Dem Schulvorstand ist zugleich die Mit-Aufsicht über die Schulmittel, wo deren sind, und die Sorge für die Erhaltung der Schulgeräthe, und der Bücher befohlen, welche der Schule gehören. Bey dem Tode oder Austritt des Lehrers nimmt er alles Eigenthum der Schule in Verwahr und übergibt es dem neuen Lehrer gegen Bescheinigung. Diese Bescheinigung welche das vollständige Verzeichniß aller überlieferten Sachen enthalten muß, ist wohl zu verwahren, und Abgang sowohl als Zuwachs genau zu bemerken. — Es wird überhaupt der Vorstand das Eigenthum der Schule als eigenes besorgen, Schaden und Verderben desselben abwenden, und den Nutzen nach Kräften befördern.

33) Wo Stiftungen für die Schule bestehen, ist es die Pflicht des Vorstandes, darauf zu wachen und mit der Ortsbehörde das nöthige Benehmen zu pflegen, damit der Zweck derselben möglichst erreicht, deßgleichen, wenn in der Folge der Schule Vermächtnisse zufallen, daß diese gesichert und die Absichten der Stifter erfüllt werden.

34) Die Vorstände noch zu errichtender Schulen werden sich eifrig bemühen, die Erbauung des Schulhauses bald zu Stande zu bringen; bey der Auswahl des Platzes werden sie vorzüglich auf eine freye, gesunde Lage, einen geräumigen Spielplatz und Garten sehen.

35) Der Vorstand hat indessen nicht bloß das Wohl der Kinder in der Schule zu befördern; sondern er muß auch darauf sein Augenmerk richten, daß die Kleinen weder von ihren Aeltern noch andern über ihre Kräfte zu

körperlicher Arbeit angeſtrengt werden, damit ſie hierdurch nicht ſchon in ihrer frühen Jugend verkruppeln und ein freudenloſes Leben von der Wiege bis zum Grabe ihr Loos werde.

Je größer die Schwierigkeiten ſind, deſto angeſtrengter müſſen ſeine Bemühungen, aber auch deſto ſchonender und beſonnener ſeine Schritte ſeyn, um das vorgeſetzte Ziel in der Güte zu erreichen. Sollte dabey gleichwohl ſeine Vermittlung durchaus fruchtlos bleiben, ſo wird er darüber höhern Orts Bericht erſtatten.

36) Alle Verhandlungen und Beſchlüſſe des Schul-Vorſtandes werden während der Verſammlung in ein Buch geſchrieben, welches bey dem Pfarrer in Verwahr bleibt. Die Berichte und Vorſtellungen werden von allen Gliedern des Vorſtandes unterſchrieben.

37) In allen vorkommenden Fällen, wo nach den beſtehenden Geſetzen und Vorſchriften der Bürgermeiſter aushelfen kann, wird dieſer, und eben ſo der Polizeyvogt in den Fällen, wo deſſen Einwirkung nöthig iſt, ſchriftlich darum erſucht. Wo aber die Verfügung des Kreis-Directors oder der höhern Behörde erforderlich iſt, muß in der Regel der Bericht an den Schulpfleger erſtattet werden. Nur aus erheblichen Gründen können die Schulvorſtände ſich unmittelbar an den Schul-Rath oder den Kreis-Direktor wenden.

38) Ueberhaupt wird der Vorſtand dem Schulpfleger von allen weſentlichen Vorgängen und Verhandlungen Kenntniß geben, und in jedem erheblichen Falle, der nicht Abhülfe ohne Verzug erheiſcht, deſſen Rath oder Weiſung einhohlen.

39) Der Schulvorſtand wird immer darauf bedacht ſeyn, dem Schulpfleger mit Vorſchlägen zum Beſten der Schule und der Erziehung an Hand zu gehen.

Wo Sonn- und Feyertags- wo Abend- wo Wartſchulen nützlich ſeyn können, und wie dieſelben am paſſendſten für die eigenen Ortsverhältniße einzurichten ſind; wo Induſtrie-Zweige mit der Schule verbunden, oder durch die Schule zum beſſern Gedeihen können gebracht werden, und was zur Verbeſſerung der Landwirthſchaft von der Schule ausgehen kann, wird der Schulvorſtand mit Umſicht berathen und gutachtlich angeben.

40) Einmal im Jahre, und zwar einen Monat früher, als der Schulpfleger ſeinen Hauptbericht über den Zuſtand des Schulweſens in ſeinem Bezirke an den Schul-

Rath einzusenden hat, muß jeder Schulvorstand einen Hauptbericht an diesen erstatten, in welchem er sich über die zum Nachtheile des Schulwesens noch vorwaltenden Hindernisse und Mängel, Vorurtheile und Mißbräuche; über die Mittel denselben abzuhelfen und entgegenzuwirken; über die Amtsversehung des Lehrers, über dessen Einnahme; über die Stimmung der Gemeine; über die Folgen des Unterrichtes bey Kindern und Aeltern, und über alles, was zum Wesen der Jugendbildung gehört, äußern und gutachtliche Vorschläge machen wird.

41) Wie zur Belebung des allgemeinen Wetteifers und zur schnellern Ausbreitung des Guten in der Folge die Schulvorstände mehrerer Gemeinen in eine Versammlung sich zu vereinigen haben, und wie in diesem Vereine die Geschäfte zu fördern sind, wird nach vorhergegangener Vernehmung der Schulpfleger näher bestimmt werden.

3593. — Aachen den 16. July 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Unter Darstellung der von der vorigen Regierung beabsichtigten, und planmäßig durchgeführten Vernachläßigung der Volksbildung, durch Verwahrlosung und Entwürdigung des Schul- und Religions-Unterrichtes, wird die gefaßte und nächstens auszuführende Absicht des jetzigen Gouvernements, das Schulwesen zu verbessern, bekannt gemacht, und alle wohldenkenden und gebildeten, für diese heiligste Angelegenheit der Menschheit sich interessirenden Einwohner aufgefordert, desfallsige allgemeine und spezielle Vorschläge mit Berücksichtigung der Lokalverhältnisse einzureichen. (Conf. Nro. 3598.)

3594. — Aachen den 17. July 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Der Gensdarmerie des bergischen General-Gouvernements, wenn sie im Gebiete des Gouvernement vom N. u. M. R. zur Verfolgung von Individuen beauftragt ist, und sich bei den Ortspolizei-Behörden darüber legitimirt,

ſoll alle Hülfe und Vorſchub geleiſtet werden, wie dieſes auch im bergiſchen Gen.-Gouvernement gegen dieſſeitige Gensdarmen beobachtet werden wird.

3595. — Aachen den 20. July 1814 — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Vom 1ſten k. M. an wird die Truppenverpflegung aus den Magazinen nach vorgeſchriebenen Sätzen erfolgen, und iſt der Quartiergeber zur Beköſtigung der kantonnirenden Truppen nicht weiter verpflichtet. (Conf. Nro. 3609.)

3596. — Aachen den 20. July 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Nachträglich zu den Verordnungen vom 28. April u. 22. Juny d. J. (Nro. 3531 u. 3581) werden über das Kaſſations-Verfahren in Civilſachen und über die dem Kaſſationshofe ertheilte Befugniß zur gleichzeitigen Erkennung in der Sache ſelbſt, die in der Verordnung Nro. 3586 wörtlich aufgeführten, für das ganze General-Gouvernement gültigen Beſtimmungen publizirt.

3597. — Aachen den 21. July 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Die vorig- und diesjährigen Steuer-Rückſtände ſollen, in ſofern ſie mit Abfluß dieſes Monates nicht abgetragen ſind, durch militairiſche Exekution von den Renitenten eingetrieben werden, und wird die Exekutionsgebühr pr. Tag für 1 Offizier auf 6 Fr., für einen Unteroffizier auf 1 Fr. 20 Ct. und für einen Soldaten auf 60 Ct. auſſer der freien Natural-Verpflegung beſtimmt.

Bemerk. Am 26. d. M. iſt dieſe Vorſchrift dahin abgeändert worden, daß den Offizieren gar keine, dagegen den Unteroffizieren 2 Fr. und den Soldaten 1 Fr. tägliche Exekutionsgebühr ausgezahlt werden ſoll.

3598. — Aachen den 24. July 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung unter Nr. 3593 und zur Förderung der neuen Organisation des Schul- und Erziehungs-Wesens im ganzen Umfange des General-Gouvernements, werden für den Mittel-Rhein und für den Nieder-Rhein zwei Direktoren des öffentlichen Unterrichts und zwei Schul-Inspektoren ernannt, welche angewiesen sind, als Vorarbeit der künftigen Verbesserungen, sich die genaue Kenntniß der vorhandenen Mittel zum Zwecke zu erwerben.

3599. — Aachen den 26. July 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Bei Anstellung öffentlicher Beamten müssen dieselben ausser dem vorgeschriebenen Angelöbniß der Treue und des Gehorsams, zugleich den gewöhnlichen Dienst-Eid in der bisherigen Art leisten, jedoch wird nachgelassen, daß die Kreisgerichte anstatt der höhern Justizhöfe den Dienst-eid von den zu ihrem Bezirk gehörigen Justizoffizianten können ablegen lassen.

3600. — Aachen den 27. July 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Verordnung, die Bezahlung der Entschädigungs-Gelder für begangene Forstfrevel in Gemeinde-Waldungen betreffend.

Die Art, wie bisher die Entschädigungs-Gelder bezahlt wurden, welche den Gemeinden für die in ihren Waldungen begangenen Forstfrevel von den Gerichten zugesprochen waren, ist wesentlich fehlerhaft, indem die Gemeinden entweder gar nicht, oder erst sehr spät Kenntniß von den Urtheilen bekamen. Um diesem Mißstande abzuhelfen, habe ich Folgendes beschlossen und verordne hiemit:

1) In Zukunft sind die Gerichtschreiber gehalten, den Bürgermeistern der betreffenden Gemeinden sogleich einen

kurzen Auszug von jedem Urtheile zuzufertigen, durch welches der Gemeinde Entschädigungs-Gelder für begangene Forstfrevel zuerkannt sind.

2) Die Bürgermeister lassen durch den Communal-Empfänger diese Gelder direct erheben und in der Gemeinde-Kasse vereinnahmen.

3) Die Domainen-Rentmeister sind angewiesen, die seit dem ersten Jänner dieses Jahres empfangenen und den Gemeinden zustehenden Entschädigungs-Gelder sogleich an die betreffenden Bürgermeister gegen Quittung auszuzahlen.

4) Gegenwärtiges soll zur Nachachtung, sowohl der Gerichtschreiber, als der Bürgermeister und Domainen-Rentmeister, wie auch der Forstbeamten in dem Journal für den Nieder- und Mittel-Rhein öffentlich bekannt gemacht werden.

3601. — Aachen den 29. July 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Verordnung, zur Regulirung verschiedener, aus dem französischen Konscriptionswesen entsprungenen Verhältnisse.

Da gemäß der früher hier bestandenen Konscriptionsverfassung, viele Konscribirte Stellvertreter gedungen haben, um durch diese den Militärdienst für sie leisten zu lassen; die von den kontrahirenden Theilen, nicht geahnete, und daher nicht berücksichtigte gänzliche Aenderung der Umstände aber, eine reiche Quelle von Prozessen werden würde; so setze ich, um diesem vorzubeugen, Folgendes fest.

§. 1. Alle Vertreter der Konscribirten, welche zwei volle Jahre den Militärdienst in der französischen Armee versehen haben, sind berechtigt, die ihnen vertragsmäßig von dem Vertretenen zugesicherte Summe zu verlangen.

§. 2. Den Gefangenen wird die Dauer der Gefangenschaft, bis dahin, wo sie zur Heimath zurückkehren konnten, als Dienstzeit angerechnet; den durch Krankheit oder Verwundung ausser Dienst gesetzten, die bis zur vollkommenen Herstellung erforderliche Zeit; — hat die Verwun-

dung oder Krankheit bleibende Folgen zurückgelassen, so tritt auf allen Fall die Bestimmung des § 1 ein.

§. 3. Wenn der Stellvertreter durch ein späteres Gesetz selbst zum Dienst gerufen wurde, und der Vertretene nun entweder für diesen selbst dienen, oder einen neuen Stellvertreter besorgen mußte, so wird dem ersten Stellvertreter nur dann die volle Summe ausgezahlt, wenn die zweijährige Frist vor Erlassung dieses neuen Aufrufs schon abgelaufen war.

§. 4. Ueberall, wo die Entlassung oder Heimkehr vor Ablauf der zweijährigen Frist erfolgt ist, kann der Stellvertreter die vertragsmäßig stipulirte Summe nur nach Verhältniß der Dienstzeit verlangen; auf gleiche Weise wird die Entschädigung berechnet, wenn der im §. 3 angenommene Fall, vor Ablauf des zweijährigen Zeitraums eingetreten ist; bei Verwundung oder Krankheit wird dem Stellvertreter die Zeit, bis er wieder vollkommen zum Dienste oder zur Arbeit tüchtig war, auf gleiche Weise angerechnet.

§. 5. Allen denjenigen, welche nach dem 1sten Januar 1814 ihre Regimenter verlassen haben, soll der Dienst bis zum Tage der Desertion, nach den in den vorstehenden §. §. aufgestellten Grundsätzen, berechnet werden.

§. 6. Denjenigen, welche sich noch jetzt in französischen Diensten befinden könnten, wird ihre Dienstzeit nur bis zum ersten May d. J. angerechnet.

§. 7. Wenn über die Dauer der Dienstzeit, der Gefangenschaft, oder Unfähigkeit zur Arbeit, beide Theile uneinig sind; so liegt dem Stellvertreter hierüber der Beweis ob; er kann denselben durch Certificate, oder andere schriftliche Beweise, über deren Zulänglichkeit der Richter zu urtheilen hat, führen; im Fall aber schriftliche Beweise durch besondere Umstände, deren Beurtheilung ebenmäßig dem Ermessen des Richters überlassen bleibt, nicht geliefert werden können, kann der Zeugenbeweis aufgenommen werden.

Im Allgemeinen ist bei zum Theil geführtem Beweise, und wenn sich der Stellvertreter nicht des richterlichen Zutrauens unwürdig gemacht hat, diesem eher als dem Konscribirten ein nothwendiger Eid aufzulegen.

§. 8. Wenn der Stellvertreter das Leben verloren hat, und die stipulirte Summe an dessen Erben gezahlt werden muß, diese indessen nicht im Stande sind, den Tod-

tenſchein beizubringen; ſo ſoll der Beweis über den Tod nach den §. 7 aufgeſtellten Grundſätzen geführt werden können.

§. 9. Sind die Erben indeſſen außer Stande, auch hiernach den Tod auf eine genügende Weiſe darzuthun, ſo muß die Lehre von den Verſchollenen (§. 112 ſeq. des bürgerlichen Geſetzbuches) eintreten, wobei jedoch zu dieſem Behuf folgende Modificationen feſtgeſetzt werden: Kann durch Zeugen, Krankheit oder Verwundung des Stellvertreters nachgewieſen werden, und iſt keine ſpätere Nachricht von ihm zu erhalten geweſen, ſo wird die Friſt des §. 115 in allen Fällen auf den 1ſten October 1814, und die des § 119 auf 6 Monate abgekürzt.

Kann auch dieſer Nachweis nicht geführt werden, und der Stellvertreter hat ſeit dem Ende des Krieges nichts von ſich hören laſſen; ſo wird die Friſt des §. 115 auf den 1ſten July 1815 feſtgeſetzt, und die des §. 119 gleichfalls auf 6 Monate abgekürzt.

§. 10 Endlich verordne ich noch, daß alle wegen Uebertretung der ehemaligen franzöſiſchen Konſcriptionsgeſetze etwa noch anhängigen Unterſuchungen und gerichtlichen Verfolgungen niedergeſchlagen werden ſollen.

§. 11. Zugleich werden hierdurch alle dieſerhalb etwa noch zu vollziehenden Strafen und zu bezahlenden Bußen erlaſſen, und überall, wo aus dieſem Grunde ein Beſchlag auf das Vermögen eines Eingeſeſſenen gelegt ſeyn möchte, iſt derſelbe ſofort durch die kompetente Behorde aufzuheben, jedoch unter Vorbehalt der Privatrechte, welche aus jenen Verhältniſſen entſprungen ſeyn könnten, und welche, im Falle der Conteſtation, im gerichtlichen Wege ihre Erledigung erhalten müſſen.

Dieſe Verordnung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und werden alle Behörden angewieſen, ſich nach derſelben auf das Genaueſte zu achten.

3602. — Aachen den 1. Aug. 1814 — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Zur fernern Verhütung der, aus der Unbekanntſchaft mit den beſtehenden Geſetzen und aus dem Mangel zweckmäßiger Vorbauungs-Maaßregeln, hauptſächlich entſprin-

genden häufigen Schlägereien bei öffentlichen Festen und Lustbarkeiten, wird Folgendes verordnet;

1. Der Abschnitt des Strafgesetzbuches, welcher die Strafbestimmungen gegen unerlaubte Thätlichkeiten und die daraus entspringenden Verletzungen enthält, soll am ersten Sonntage jedes Monats, in jeder Kirche durch den Prediger, in der Landessprache, deutlich und langsam von der Kanzel verlesen, und diese Vorlesungen von Zeit zu Zeit mit passenden Erläuterungen und Ermahnungen abseiten des Predigers verbunden werden. Die respektiven Herren General-Vikarien und Konsistorial-Präsidenten haben deßhalb an die Pfarrer ihrer Diöcesen die nöthige Instruktion zu erlassen, die Orts-Bürgermeister aber die Befolgung dieser Vorschrift in dem §. 7 näher bestimmten Maaße zu controlliren.

2. Die Orts-Polizeybehörden auf dem platten Lande sollen mit Strenge darüber wachen, daß die Wirthshäuser zu einer gewissen bestimmten Polizeistunde und zwar spätestens um zehn Uhr Abends in der Regel geschlossen werden, und in solchen Oertern, welche etwa keinen Glockenthurm besitzen, müssen die Einwohner jeden Abend durch irgend ein anderes zu substituirendes Signal von dem Eintritte jener Stunde benachrichtigt werden. Die Ortspolizei soll durch häufiges Visitiren sich überzeugen, ob der Vorschrift Genüge geschehe, und jeden im Contraventions-Falle betroffenen Wirth zur gerichtlichen Verantwortung ziehn. Vorzüglich werden in dieser Hinsicht von der am 5ten dieses Monats auf ihre Stationen ausrückenden Gouvernementsmiliz thätige und nützliche Dienste erwartet.

3. So oft irgend ein Volksfest den Einwohnern erlaubte Veranlassung giebt, ihr fröhliches Beisammensein über die als Regel vorgeschriebene Stunde zu verlängern, sollen immer einige Gouvernementsmilizen und wo möglich auch irgend eine Person der Orts-Polizei-Behörde von Anfang bis zu Ende dabei zugegen sein, nicht um durch ihre Gegenwart irgend eine erlaubte Freude zu stören, wohl aber, um die etwa entstehenden Händel durch gütliche und vernünftige Vorstellungen im Keime zu ersticken, oder, wenn ihnen dieses nicht gelingt, ihre gewaltsamen und gefährlichen Ausbrüche durch zweckmäßige Mittel zu hindern.

4. Sehr gut würde es seyn, wenn der hin und wieder schon bestehende Gebrauch allgemein eingeführt werden könnte, daß bey solchen Volksfesten auf dem platten Lande, aus der Mitte der Versammlung selbst sich ein Ausschuß kräftiger und wohlbernfener junger Männer bildet,

welcher es ſich zur Pflicht macht, Ordnung und Ruhe unter den übrigen zu handhaben. Es werden daher die Ortsbehörden eingeladen, eine ſolche Einrichtung nach Möglichkeit zu veranlaſſen und zu befördern.

5. Um nun aber alle Mitglieder ſolcher feſtlichen Zuſammenkünfte auf gleiche Art für Erhaltung der Ruhe und Ordnung dabei zu intreſſiren, wird hiedurch feſtgeſetzt, daß in jedem Dorfe, wo bei einer ſolchen Zuſammenkunft es zur Schlägerei gekommen ſeyn würde, die nächſtfolgende öffentliche Luſtbarkeit dafür zur Strafe unterſagt, und falls bei der Schlägerei irgend jemand gefährlich verwundet, oder gar getödtet worden wäre, dieſes Verbot auf das laufende Jahr ausgedehnt ſeyn ſoll. Alles, wie ſich von ſelbſt verſteht, unbeſchadet der, den oder die Thäter beſonders treffenden geſetzlichen Ahndung. Es geſchieht durch dieſe Verordnung der Geſammtheit einer Dorf-Geſellſchaft gewiß kein Unrecht; denn es wird niemals zu einer Schlägerei kommen, wenn alle Anweſende ſolches zu verhindern recht ernſtlich entſchloſſen ſind.

6. Da auch vorgekommen iſt, daß hin und wieder eine Lokalbehörde es ſich aus unzeitiger Nachſicht, oder gar aus ſträflicher Connivenz beigehen laſſen ſolle, die Urheber von Schlägereien und Verletzungen nicht vor Gericht zu ziehen, ſondern die Sache mittelſt gütlicher Uebereinkunft unter den Partheien, oder auch wohl mittelſt willkührlich aufgelegter Geldbußen abzumachen, ſo wird dieſer Mißbrauch, welcher eben ſo ſehr die Gerechtigkeitspflege beeinträchtigt, als einer gefährlichen Unordnung Vorſchub leiſtet, hiedurch auf's ſtrengſte unterſagt.

7. Vom 1ten September c. an, ſoll jeder Orts-Bürgermeiſter monatlich an den ihm vorgeſetzten Kreisdirektor einen beſondern Bericht über die, in ſeiner Gemeinde, während des letzten Monats, etwa vorgefallenen Schlägereien und die deßhalb ergriffenen Maaßregeln erſtatten, oder wenn nichts dergleichen vorgefallen iſt, dieſes ausdrücklich erwähnen; in dieſen Berichten ſoll zugleich jedesmal angeführt werden, ob die Vorſchrift des §. 1 von den Ortspfarrern befolgt worden ſey, oder nicht. Die Kreisdirektoren haben ſodann aus vorgedachten Berichten eine tabellariſche Ueberſicht anfertigen zu laſſen, und ſelbige ihren, an die Gouvernements-Commiſſarien zu erſtattenden Polizeiberichten anzufügen, von welchen letztern darauf eine, das Departement umfaſſende, Tabelle in den monatlichen Departemental-Polizeiberichten zu meiner Kenntniß zu bringen iſt.

Die Herren General-Vikarien, Konsistorial-Präsidenten und Gouvernements-Commissarien und der Herr Ober-Brigadier der Gouvernementsmiliz werden nun, jeder, so weit es ihn angeht, und innerhalb des ihm angewiesenen Wirkungskreises, gegenwärtiger Verordnung die nöthige Folge zu verschaffen, eifrigst bemüht seyn, und indem sie den Geist derselben richtig erkennen, zwar dem darin bezeichneten Uebel kräftigst zu steuern, zugleich aber alles zu vermeiden suchen, was einer zwecklosen und willkührlichen Beschränkung des Volks in unschuldiger Freude und erlaubter Lustbarkeit ähnlich sehen könnte.

3603. — Aachen den 2. August 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Die am 8. Juny d. J. (Nr. 3566) das Paßwesen und die Fremden-Polizei regulirende Verordnung wird, mit Festsetzung einiger, durch die veränderten Zeit-Umstände nöthig gewordenen Modifikationen, für den ganzen jetzigen Umfang des General-Gouvernements anwendbar und verpflichtend erklärt.

3604. — Aachen 4. August 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Ueber die aus französischen Kriegsdiensten vermöge des Friedenstraktates zurückgekehrten oder noch zu reklamirenden diesseitigen Unterthanen sollen die Lokal-Behörden Verzeichnisse einreichen, und werden diejenigen Verbindlichkeiten bestimmt, wozu die zurückgekehrten Unterthanen in Beziehung auf ihren zu erwählenden Wohnort und Erwerbzweig ꝛc. verpflichtet sind.

3605. — Aachen den 4. August 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Ueber die zulässige Errichtung von Schützen- und Reuter-Abtheilungen und über die Organisation der Miliz-Bataillone in den Städten, neben der am 6. April d. J. (Nro. 3518) verordneten Errichtung einer Landes-Bürger-Miliz, werden nachträgliche Bestimmungen ertheilt.

3606. — Den 4. August 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Einführung eines besondern Gouvernements-Blattes zur Publication aller Verordnungen und gesetzlichen Vorschriften des General-Gouvernements im Herzogthum Berg. Zugleich wird dessen Preis bestimmt, jeder Beamte ohne Unterschied zu dessen Haltung verpflichtet, und mehrere unentgeldliche Ablieferungen an Justiz- und Verwaltungs-Behörden verordnet. Letztere sind außerdem befugt, Verordnungen, Erläuterungen ꝛc. in dem Gouvernements-Blatt auf ihre Verantwortlichkeit erscheinen zu lassen.

3607. — Aachen den 5. August 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Verordnung zur Verhütung der unglücklichen Folgen der Hundswuth.

Die seit kurzem eingetretenen Hundstage und die damit verbundene große Hitze lassen befürchten, daß an manchen Orten wieder Hunde von Tollheit in mehr oder minderm Grade befallen werden, und dies mancherlei Unglück verursachen möge.

Da die bisher bestandenen französischen Gesetze keine besondern Verordnungen über diesen Gegenstand enthalten; so nehme ich, bis zur Feststellung bestimmterer polizeilicher Vorschriften in dieser Hinsicht, hievon Veranlassung, im Allgemeinen jede mögliche Vorsicht gegen das Tollwerden der Hunde und die daher entstehenden traurigen Folgen dringend zu empfehlen; ausserdem aber vorläufig noch Folgendes zu verordnen:

1) In den Städten sollen künftig in der Art, wie dieses bisher geschehen, Zeichen gelöset werden, welche allen Hunden daselbst anzuhängen sind. Hunde, die ohne dieses Zeichen, hauptsächlich in der großen Hitze, herumlaufen oder nicht an einem Bande ausgeführt werden, oder zur Nachtzeit auf den Straßen betroffen werden, sollen als Herrenlos betrachtet und todtgeschlagen werden.

2) Es soll derjenige, welcher ein solches Zeichen vom Halse eines Hundes wegstiehlt, in eine Strafe von einmonatlicher Verhaftung verfallen.

3) Auf dem Lande sind alle Hunde während der gro-

ßen Hitze und strengen Kälte anzulegen, und zwar an einem Orte, wo sie nicht ohne Schutz gegen die Sonne sich befinden.

4) Da die Erfahrung lehrt, daß hauptsächlich alte Hunde dem Tollwerden sehr unterworfen sind, so müssen letztere von den Eigenthümern fleißig durch junge ersetzt und die alten aus der Welt geschafft werden; hauptsächlich aber muß

5) dafür gesorgt werden, daß die festliegenden Hunde eine reinliche, wenigstens unverdorbene Kost und oft frisches Getränk erhalten, indem das Gegentheil sehr oft das Tollwerden herbeiführt. Es wird endlich

6) strenge, und bei zweimonatlicher Gefängnißstrafe, allen Scharfrichtern und sonstigen Arzeneikrämern untersagt, Mittel gegen die Wuth für die von Hunden gebissenen Personen zu verkaufen, und ist sogar jeder derselben bei persönlicher Verantwortlichkeit verpflichtet, diejenigen, welche solche Arzeneien von ihnen und nicht von Aerzten und Wundärzten verlangen würden, den Lokalbehörden anzuzeigen; dagegen wird das Publikum auf das dringendste erinnert, wenn sich das Unglück ereignen sollte, daß ein Mensch nur von einem verdächtigen Hunde gebissen würde; sofort und schleunigst bei dem nächsten Arzte oder Wundarzte Hülfe zu suchen, indem die bisher allein vorhandenen Mittel des Skarrificirens und ätzender Arzneien, nur von der schnellen Anwendung eine Hülfe hoffen lassen.

7) Für den Fall, daß irgend ein nur verdächtiger Hund sich zeigt, haben alle Obrigkeiten, Forstbedienten u. s. w., so wie jeder im Publikum, sich das Tödten oder doch der Einsperrung desselben äusserst angelegen seyn zu lassen.

8) Sämmtliche hiebei einwirkenden Behörden haben nunmehr gleich das sie betreffende in Vollzug zu setzen u. auf die Befolgung dieser Vorschriften zu wachen.

Bemerk. Am 8. d. M. sind die Kennzeichen der Hundswuth ausführlich bezeichnet und nachträglich bekannt gemacht worden.

3608. — Den 6. August 1814. — A.

Der General-Gouverneur an den Herrn General-Procurator.

Die Herrn Avoués des Appellhofes haben die Beschwernisse vorgestellt, mit welchen die Beitreibung ihrer Gebühren und Auslagen in dem Falle verbunden ist, wenn ihre eigene Parthey unterliegt, und sie ihre Ansprüche an dieselbe nur durch eine Vorladung zur Audienz geltend machen können.

Auf den Vortrag der Gesetz-Commission habe ich zur Abhülfe dieser gegründeten Beschwerde beschlossen, daß es den Anwälden und Advokaten nach wie vor zwar unbenommen bleiben soll, ihre Forderungen an Gebühren und Auslagen gegen ihre Partheien auf dem bisherigen Wege geltend zu machen, jedoch wird denselben zugleich die Befugniß ertheilt, diese Forderungen ganz nach den Vorschriften, welche rücksichtlich jener Kosten und Gebühren geltend sind, zu deren Erstattung die Gegenparthey verurtheilt und mit Beibehaltung der den Partheien gestatteten Oppositionsfrist, zur Feststellung einzureichen, und demnach eben so und mit gleicher Wirkung ein Exekutorium extrahiren zu lassen. Diese Festsetzung bleibt indessen lediglich auf solche Kosten und Gebühren eingeschränkt, welche durch das Gesetz bereits anerkannt und durch den gesetzlichen Tarif bestimmt sind; alle anderen in dieser Categorie nicht begriffenen Kosten und Gebühren aber müssen durch den feststellenden Richter ausgehoben, und zum bisherigen Verfahren, nämlich der Vorladung zur Audienz, hinverwiesen werden.

Diese Verfügung findet übrigens nicht allein für die Anwälde und Advokaten des Appellhofes, sondern auch für jene der Instanz-Tribunäle ihre Anwendung.

Sie, Herr General-Prokurator, wollen diesen Beschluß zur Kenntniß der sämmtlichen Justiz-Behörden bringen, und die Anwälde und Advokaten darnach bescheiden lassen.

3609. — Aachen den 8. August 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Nachträglich zur Verordnung vom 20. v. M. (Nro.

3595) wird festgesetzt, daß in denjenigen Gegenden, wo kein Mangel an Lebensmittel zu befürchten ist, die Truppenverpflegung, anstatt aus den Magazinen, durch die Bequartirten gegen eine Geldentschädigung (für die Offiziere vom wirklichen Kapitain aufwärts 80 Ct. und abwärts 60 Ct. für jede Portion, für die Unteroff. und Soldaten 50 Ct. täglich) beschafft werden soll. Zugleich wird ein Tarif der jeder Militairperson nach ihrem Grade zustehenden Portionen-Zahl publicirt.

3610. — Aachen den 8. August 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Verordnung über den Reukauf von Domainen und die Rückzahlung der darauf bereits entrichteten Summen.

Bekanntlich wurde nach den, unter französischer, einstweilen beibehaltener Verfassung, bestandenen Gesetzen jeder Ankäufer eines Domainengutes, welcher zur Verfallzeit den fälligen Termin des Kaufschillings nach vorheriger Aufforderung nicht entrichtete, durch einen Beschluß des Präfekten, des Gutes für verlustig erklärt, und dasselbe fiel dem Staate als Eigenthum wieder anheim; dagegen wurde dem Ankäufer das von demselben schon entrichtete Kapital (nach Abzug des 10ten und respektive des 20ten Theils des Kaufschillings, als Strafgelder, der Remisen des Empfängers und sonstiger für Deteriorationen zu machende Anrechnungen u. s. w.) wieder zurück bezahlt.

Da nun mehrere Ankäufer von Domainen innerhalb dem General-Gouvernement des Nieder- und Mittel-Rheins sich, ohngeachtet aller zulässigen Nachsicht, in dem Falle des Reukaufs befinden, so ist es nöthig, wegen Zurückzahlung der bereits abschläglich entrichteten Summen solche Bestimmungen zu treffen, wie sie einerseits dem provisorischen Zustande der Verwaltung, anderseits aber der Sicherheit des Eigenthums der gewesenen Käufer angemessen sind.

Zu dem Ende habe ich Folgendes beschlossen, und verordne hiemit:

1. Die Renthei-Empfänger haben die Summen genau auszumitteln, welche auf solche Domainengüter bezahlt sind, deren Eigenthum dem Staate durch Reukauf wieder anheim gefallen ist.

Die Ausmittellung geschiehet dadurch, daß von dem

Kapital die Strafe des Reukaufs von respective $\frac{1}{10}$ oder $\frac{1}{20}$ des Kaufschillings, ferner die Remisen des Empfängers, die Deteriorationen, kurz alles andere abgezogen wird, was nach den Gesetzen und Verkaufsbedingungen davon abgezogen werden kann. Der Rest, welcher dem Gouvernements-Commissair durch den Renthei-Oberaufseher zur Bestätigung vorgelegt wird, bildet alsdann die Summe, die dem gewesenen Käufer zurückgezahlt werden muß.

2. Da es bei dem provisorischen Zustande der Dinge nicht zulässig ist, beträchtliche und zu andern Zwecken bestimmte Summen aus den Verwaltungskassen zur Zurückzahlung solcher Kapitalien zu nehmen, um so mehr da der Zeitpunkt nahe ist, wo der künftige Landesherr bekannt wird, dem als Eigenthümer dieser Domainen-Güter die Rückzahlung der Kapitalien, so wie die näheren Bestimmungen über den Zeitpunkt und die Art der Rückzahlung überlassen bleibt; so wird, um andererseits auch den gewesenen Käufer völlig sicher zu stellen und sein Interesse nicht zu gefährden, die ihm zustehende Summe auf das durch Reukauf zurückgefallene Grundstück hypothekarisch eingetragen, von dem Tage der Inscription mit 5 Procent verzinset und dem Betheiligten eine förmliche Obligation kostenfrei darüber eingehändigt.

3) Gegenwärtige Verordnung soll in dem Journal vom Nieder- und Mittel-Rhein, zur Nachachtung für die Herren Gouvernements-Commissarien, Renthei-Oberaufseher und Renthei-Empfänger, publicirt werden.

3611. — Aachen den 10. August 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Errichtung einer unmittelbar unter dem General-Gouvernement stehenden Central-Forstdirektion, nebst Ernennung eines Ober-Forstmeisters und dreier Forstmeister, welchen die Verwaltung des Forstwesens im ganzen General-Gouvernement überwiesen ist.

3612. — Den 10. August 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Das Gutachten des Staatsrathes vom 19. März 1813,

Geſetz-Bülletin Nro. 48 (Nro. 3405 d.S.), die Reclamation der Colonen der Munizipalität Lohne wegen der Steuern betreffend, hat zu der irrigen Vorſtellung Veranlaſſung gegeben, als wenn dieſes in die Rechte der Partheyen aus ältern Verträgen eingreifende Gutachten als ein allgemeines Landes-Geſetz angeſehen, und auf ſämmtliche Erbpächter und Schuldner von Grund-Renten in dem Großherzogthum Berg anwendbar ſey.

Es wird daher bekannt gemacht, daß dieſes, blos die Colonen der Munizipalität Lohne im Canton Soeſt betreffende Gutachten für den, dem hieſigen General-Gouvernement untergebenen, Theil des Großherzogthums Berg keine Geſetzkraft hat, es vielmehr dem künftigen Geſetzgeber vorbehalten bleibt, zu beſtimmen: ob und in welchem Verhältniſſe die Erbverpächter und Berechtigten der Grund-Renten zu den Grund-Steuern beyzutragen haben, und welche Rechte deshalb den Erbpächtern zuſtehen ſollen.

Dieſem gemäß ſind daher die Schuldner von Grund- und Erbpachts-Renten nicht befugt, ein Fünftel von der verſchuldeten Rente einzubehalten; es können ferner keine aus jenem Gutachten abgeleitete Klagen bey den Gerichten angenommen und müſſen vielmehr die auf den Grund deſſelben bereits anhängig gemachten Prozeſſe ſofort ſiſtirt werden.

3613. — Aachen den 12. Auguſt 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Alle Bürgermeiſter-Beſtallungen im ganzen Umfange des General-Gouvernements ſollen mit dem 1ſten Januar k. J. als erloſchen betrachtet werden, in ſofern ſie nicht bis dahin erneuert worden; zugleich ſollen die Bürgermeiſterei-Bezirke vergrößert, und ſo viel als möglich mit den Grenzen der Steuer-Empfangs-Bezirke in Einklang gebracht werden, wozu Vorſchriften ertheilt werden. (Conf. Nro. 3690.)

3614. — Den 13. Auguſt 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Das früherhin ſpeziell verbotene Ausſpielen in einer

auswärtigen Lotterie eines im Herzogthum Berg gelegenen Gutes wird ausnahmsweise, wegen der damit verbundenen patriotischen und wohlthätigen Zwecke, gestattet.

3615. — Den 13. August 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Alle streitigen Gegenstände, welche nach der Verwaltungsordnung vom 18. December 1808 Tit. 3. vor den damaligen Präfecturrath, und späterhin nach der Vorschrift des Decrets über die Organisation des Staatsrathes, Art. 9. vor die aus dem Tribunal erster Instanz gebildete Verwaltungs-Deputation, und in der Appellations-Instanz vor den Staatsrath gehört haben, gehören fortan aus allen Kreisen vor die hiesige Verwaltungs-Deputation, unter dem Vorsitze des Herrn Landes-Directors; und die Appellation von ihren Erkenntnissen geht an das General-Gouvernement.

Hiernach haben sich die Partheyen, Advokaten und Anwälte zu achten.

3616. — Aachen den 17. August 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Ueber die provisorische Verwaltung der Forsten im ganzen Umfange des General-Gouvernements wird den Forstbeamten eine ausführliche Dienstinstruktion (in 33 §§.) ertheilt.

3617. — Den 18. August 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Um den nöthigen steten Fortgang des öffentlichen Unterrichtes so viel möglich sicher zu stellen, und zugleich um das General-Gouvernement nicht mit Geschäften zu überhäufen, von welchen dasselbe aus seinem Standpunkte keine nähere Kenntniß nehmen, und deßhalb gewöhnlich dabey nur in Beziehung auf die Form eintreten kann,

ist die Ernennung zu den Elementar-Schullehrer-Stellen für die Zukunft dem Schulrathe übertragen worden. Die Bestimmung in dem §. 3 der Verordnung von dem 6ten May d. J. (Nro. 3535), wodurch die Ernennung zu allen öffentlichen Lehrämtern ohne Unterschied der Ober-Verwaltungs-Stelle vorbehalten worden ist, wird also in sofern hierdurch aufgehoben, und solches hiermit zur allgemeinen Kunde gebracht.

3618. — Aachen den 18. August 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Verordnung, die Ausübung der Jagden und Fischereien in dem Umfange des General-Gouvernements vom Nieder- und Mittel-Rhein betreffend.

Die nach französischer Verfassung bisher über die Ausübung der Jagden und Fischereien bestandenen Gesetze und Verordnungen bedürfen in manchen Punkten einer Modification, um die so ganz in Verfall gerathenen Jagden u. Fischereien in den herrschaftlichen Domainenwaldungen, wie auf Gemeinde- und Privat-Grundstücken wiederum in einige Aufnahme zu bringen.

Ich verordne deßhalb hiermit Folgendes:

§. 1. Die Administration und Oberaufsicht über sämmtliche Jagden und Fischereien in dem Umfange des General-Gouvernements vom Nieder- und Mittel-Rhein soll zum Wirkungskreise der hieselbst niedergesetzten Forstdirektion gehören, und hat dieselbe daher nicht allein für die bestmöglichste pflegliche Administration der sämmtlichen herrschaftlichen Jagden und Fischereien durch das der Forstdirektion untergebene Personal in eben dem Maaße, wie demselben die Administration der Forsten anvertraut worden, Sorge zu tragen, sondern auch die Aufrechterhaltung der Jagdpolizeigesetze, insbesondere für die den Gemeinden, öffentlichen Anstalten, Privaten, u. s. w. zustehenden Jagd- und Fischerei-Gerechtigkeiten, sich angelegen seyn zu lassen.

§. 2. Die unter der vormaligen französischen Regierung angesetzten besonderen Jagdbedienten, namentlich die Jagdoffiziere, Capitains oder Lieutenants de la louveterie sind hiermit ihrer bisherigen Funktionen entlassen, und

erhalten den Auftrag, binnen 14 Tagen nach Publikation dieſes, die in ihren Händen befindlichen, auf das Jagd- u. Fiſchereiweſen Bezug habenden Akten, Karten und ſonſtige Papiere, ſo wie das etwa in ihrem Gewahrſam annoch beruhende herrſchaftliche Jagd- und Fiſchereizeug, nebſt allen dahin gehörigen Geräthſchaften pflichtmäßig detaillirt zu inventariſiren, und das Inventarium davon binnen obiger Zeitfriſt an die Forſtdirektion einzuſenden, damit von derſelben die Ablieferung der in dem Inventario bezeichneten Gegenſtände weiter verfügt werden kann.

Die Gouvernements-Commiſſarien, ſo wie die Forſtdirektion, werden beſonders darauf achten, daß die bisherigen Jagdbedienten dieſer Vorſchrift nachkommen.

§. 3. Alle Jagd-Erlaubnißſcheine, welche unter der franzöſiſchen Regierung von der obern Behörde oder unter ſonſt einem Titel ertheilt worden ſind, werden hiermit für ungültig erklärt, und ſollen diejenigen als Jagdfrevler verfolgt und beſtraft werden, welche etwa aus dieſen Erlaubnißſcheinen fernerhin eine Jagdbefugniß herzuleiten ſich ermächtigen wollten.

§. 4. Die Adminiſtration der herrſchaftlichen Jagden in den Domainenwaldungen und auf den Domainengrundſtücken ſoll unter der Oberaufſicht der Forſtdirektion in der Regel von denjenigen Lokalforſtbedienten beſorgt werden, in deren Revieren dieſe Jagden belegen ſind.

Die Forſtdirektion hat jedoch eine Auswahl derjenigen Reviere zu treffen, welche nach ihrer örtlichen Lage zweckmäßig unter eigene Adminiſtrationen zu nehmen ſind, ſo wie derjenigen Forſtbedienten, welchen in einem oder auch den Umſtänden nach in mehreren Revieren die Adminiſtration der Jagd, ſo wie die Rechnungsführung davon, übertragen werden kann. Da die Jagden in den herrſchaftlichen Domainenwaldungen durch die bisherige Art der Benutzung derſelben ganz in Verfall gerathen ſind, ſo iſt eine ſtrenge Schonung der Jagdreviere nothwendig, und ſoll vorzüglich in Rückſicht des Hochwildſtandes, einſchließlich der Rehe, beachtet werden.

Jeder Forſtbediente, welcher ein Jagdrevier im Beſchuß hat, ſoll nur dasjenige Wildprett zu ſchieſſen befugt ſeyn, wozu er von der obern Forſtbehörde Erlaubniß erhalten hat. Eine eigenmächtige Ueberſchreitung des Schuß-Etats zieht, auſſer beſonderer Beſtrafung, den Verluſt des Jagdreviers nach ſich. Nur als Ausnahme

von der vorbestimmten Regel kann eine Verpachtung der Jagd in den Domainenwaldungen stattfinden.

Dasjenige erlegte Wildprett, welches auf besondern Befehl des General-Gouvernements nicht in natura abgeliefert wird, soll von den Forstbedienten nach der, in der Anlage A, genehmigten Wildprett-Taxe verkauft und berechnet werden.

Ob in den Hauptorten und wie demnächst Wildprettschaaren angelegt werden können, darüber hat sich die Forstdirektion zu seiner Zeit gutachtlich zu äussern.

Die Forstbedienten, welche ein Jagdrevier in Beschuß haben, sollen zur Haltung der Hunde, auch als eine Vergütung für Pulver und Blei das in der Anlage A verzeichnete Schußgeld für dasjenige Wildprett, welches sie in natura abliefern müssen, ausbezahlt erhalten. Der Betrag dieses Schußgeldes, so wie auch die Transportkosten für das in natura abzuliefernde Wild, soll den Forstbedienten durch den Empfänger des Wildprettes ausbezahlt werden.

§. 5. Die unter der französischen Regierung bei Aufhebung des Lehnsystems jedem Grundbesitzer ertheilte Befugniß, auf seinen Grundstücken jagen zu dürfen, soll noch ferner provisorisch fortbestehen, da jedoch dadurch, daß jedes Individuum die Erlaubniß erhalten hatte, auf seinem Grund und Boden die Jagd ausüben zu dürfen, der Ruin der Jagden herbeigeführt, auch manche Jagdexcesse und Mißbräuche dadurch veranlaßt worden, so wird diese Befugniß hiermit folgendergestalt beschränkt:

1) Den einzelnen Mitgliedern der Gemeinden soll es nicht ferner gestattet seyn, auf den ihnen zugehörigen Grundstücken zu jagen, sondern es sollen die zu einer Gemeinde oder Gemarkung gehörigen Grundstücke zum Besten der Gemeindekasse, unter Oberaufsicht der Gouvernements-Commissarien und der Forstbehörde, verpachtet werden, und zwar in der Regel nach dem Meistgebote. Die Erträge aus solchen Jagdpachten sollen zum ausschließlichen Nutzen der Gemeinden, und vorzüglich zur Besoldung der Feldschützen oder Bestreitung solcher Ausgaben, wozu die Grundbesitzer nach Maaßgabe der Größe ihrer Besitzungen beizutragen haben wurden, verwendet werden.

2) Jedes einzelne Mitglied der Gemeinde, welches sich erlauben sollte, in dem Bezirke der Gemeindegrundstücke zu jagen, nachdem darin die Jagd an einen Dritten ver-

pachtet worden, ſoll als Jagdfrevler nach §. 7 angeſehen, und als ſolcher beſtraft werden.

3) Die Gouvernements-Commiſſarien werden hiermit beauftragt, zur unverzüglichen Verpachtung der Gemeinde-Jagden, nach vorgängiger Communikation mit der Forſtbehörde und den Orts-Bürgermeiſtern, zu ſchreiten.

Dem pflichtmäßigen Ermeſſen dieſer Behörden bleibt es überlaſſen, nach Befinden der Umſtände die Grundſtücke mehrerer Gemeinden in einen Jagdpachtbezirk zuſammen zu faſſen, oder auch aus den Grundſtücken einer großen Gemeinde mehrere Jagdpachtbezirke zu bilden.

Denjenigen einzelnen Grundbeſitzern, welche zuſammenhängende eigenthümliche Grundſtücke von 50 Hectaren Flächeninhalte beſitzen, verbleibt die Befugniß zur Mitbenutzung der Jagd auf ihren eigenthümlichen Grundſtücken neben dem Pächter, jedoch nur für ihre Perſon.

In den über die Verpachtung der Gemeindejagden auszufertigenden Contrakten iſt die Bedingung aufzunehmen, daß die Contrakte ſofort als erloſchen anzuſehen ſind, wenn die jetzige proviſoriſche Verordnung, wegen der den Grundbeſitzern auf ihren Grundſtücken zugeſtandenen Jagdgerechtigkeit ganz oder theilweiſe wieder aufgehoben werden mögte.

4) Wenn einzelne den Gemeinden oder Privaten oder öffentlichen Anſtalten zuſtehende Grundſtücke von den herrſchaftlichen Jagdbezirken dergeſtalt eingeſchloſſen ſind, daß eine pflegliche Erhaltung der letztern nicht anders ſtattfinden kann, als wenn die Jagd auf den Grundſtücken der Gemeinden u. ſ. w. mit denjenigen auf den Domainengrundſtücken vereinigt wird, ſo ſoll in dieſem Falle eine Verpachtung der Jagd auf ſolchen Gemeinden- u. ſ. w. Grundſtücken nicht ſtattfinden, vielmehr der herrſchaftlichen Forſtbehörde der Beſchuß ſolcher Jagddiſtrikte gegen ein an die Gemeinde zu entrichtendes Aequivalent zuſtehen.

Dieſes Aequivalent ſoll auf die pflichtmäßigen Anträge der Gouvernements-Commiſſarien und Forſtbehörde durch das General-Gouvernement beſtimmt werden, und auf den bisherigen Jagdertrag ſolcher Grundſtücke ſich begründen.

§. 6. Niemand ſoll befugt ſeyn, zu jagen, der dazu nicht mit einem beſondern, von dem General-Gouvernement ausgefertigten, Jagderlaubnißſchein verſehen iſt.

Ein ſolcher Jagderlaubnißſchein iſt durchaus perſön-

lich und soll bei Ausübung der Jagd von den Jagdberechtigten und Jagdpächtern oder jedem Jagdliebhaber, dem die Erlaubniß, den Jagden in den unter Selbstbeschuß gestellten Domainenwaldungen und in Gesellschaft der betreffenden Forstbedienten beiwohnen zu dürfen, ertheilt worden, stets bei sich geführt werden.

Wird jemand ohne einen solchen Jagderlaubnißschein bei sich zu führen jagend betroffen, so verfällt derselbe in eine Strafe von 30 Franken.

Den angestellten Forstbedienten, welche mit der Administration der Jagden beauftragt worden, sollen ebenfalls zu ihrer Legitimation Jagderlaubnißscheine zugestellt werden; jedoch ohne daß sie die Ausfertigungsgebühren dafür entrichten dürfen.

Die Jagderlaubnißscheine, mit Ausnahme derer, welche die Forstbedienten erhalten, sind nur auf Ein Jahr gültig, mithin nach Ablauf desselben der Erneuerung unterworfen.

Für die Jagderlaubnißscheine sollen bei deren Aushändigung folgende Gebühren erlegt werden:

1) Für jeden Jagderlaubnißschein, den ein Jagdberechtigter oder Jagdpächter erhält, zehn Franken.

2) Für jeden Jagderlaubniß chein an die Jagdliebhaber, nämlich an diejenigen, welche eine besondere Erlaubniß, in den Domainenwaldungen jagen zu dürfen, erhalten, dreißig Franken; insofern der General-Gouverneur sich nicht veranlaßt findet, dergleichen Erlaubnißscheine an Jagdliebhaber aus besondern Rücksichten unentgeldlich ertheilen zu lassen.

Die von Seiten der Polizeibehörde der persönlichen Sicherheit wegen, oder zum Scheibenschießen zu ertheilenden Waffenscheine begründen kein Recht zu Ausübung der Jagd. Wegen der Art der Ertheilung dieser Sicherheitswaffenscheine soll an die Polizeibehörde nähere Verfügung ergehen.

§. 7. Jedes Individuum, welches jagend betroffen wird, ohne dazu berechtigt zu seyn, oder sich diese Befugniß durch einen Pachtcontract erworben zu haben, wird als Jagdfrevler angesehen, soll als solcher verfolgt, und von der richterlichen Behörde bestraft werden.

Als jagend sind diejenigen zu betrachten, welche ausserhalb der Heerstraßen, auf den Gemarken der Gemeinden, Feldern, Wiesen, Holzungen, an den Flüssen, Seen, u. s. w. mit einem Gewehre betroffen werden.

Jeder unbefugte Jäger soll, ausser dem Verluste des bei sich führenden Gewehres, welches zum Besten desjenigen Forstbedienten, Feldschützen und Polizeibedienten, welcher den Jagdfrevler ertappt, confiscirt wird, in eine Strafe von sechzig Franken verfallen, welche Strafe verdoppelt wird, wenn das Vergehen wiederholentlich, oder bei Nachtzeiten, oder an Fest- und Sonntagen verübt worden.

Beim Unvermögen des Jagdfrevlers kann die Strafe in Leibes- und Gefängnißstrafe nach Ermessen der richterlichen Behörde verwandelt, und für den ersten Fall die Dauer des Arrestes von Einem bis zu drei Monaten; im Wiederholungsfalle aber dieselbe bis auf sechs Monate bestimmt werden.

Besondere Bestrafung soll eintreten, wenn die Jagdfrevler sich Widersetzlichkeiten zu Schulden kommen lassen, und diese den Umständen nach criminel behandelt und bestraft werden.

Den Forstbedienten, den Feldschützen und Polizeibedienten wird hiermit die Befugniß ertheit, die Jagdfrevler, insofern sie diese nicht kennen, oder sich dieselben ihnen widersetzen wollen, zu entwaffnen, auch den Umständen nach sie an die nächste Gemeinde abzuliefern.

Sowohl die Orts- als auch Militairbehörden werden den Forstbedienten u. s. w. in dieser Rücksicht den erforderlichen Beistand leisten.

Das Stellen der Schlingen, Schneufen und Fallen, nach dem in der Wildprettstare bezeichneten Wildprett, gehört ebenfalls zu den Jagdfreveln und soll jeder zuwiderhandelnde mit einer Strafe von fünfzehn Franken belegt werden.

Eben so ist das Aufgreifen der jungen Wildkälber, Frischlinge, Rehkälber, der jungen Haasen, so wie das Zerstören und die Aushebung der Nester des Federwildpretts als eine Jagd-Contravention zu betrachten, welche folgender Gestalt bestraft werden soll:

1) Für das Aufgreifen eines Wildkalbes und Frischlings 30 Fr. Strafe.
2) Für das Aufgreifen eines Rehkalbes 20
3) Idem eines jungen Haasen . . . 5
4) Für das Zerstören und Ausheben eines Nestes von einem Auerhahn, Haselhuhne und Birkhuhne . . . 10
6) Für das Zerstören und Ausheben eines Nestes von einem Rebhuhn, ei-

ner Schnepfe, einer wilden Gans
und Ente . . . . . 6 Fr. Strafe.
6) Desgleichen eines Vogelnestes von
Nachtigallen, Krametsvögel . . . 3

§. 8. Zur Erhaltung der Jagd wird eine strenge Setze- oder Hegezeit verordnet.

Der Zugang der Jagd wird hiermit in jedem Jahre auf den 1sten März bestimmt; der Zeitpunkt des Aufganges der Jagden, welcher mit davon abhängt, ob die Felder in einem Jahre früher oder später abgeerndtet werden, soll jedesmal durch eine besondere Verordnung des General-Gouvernements bestimmt werden, und in der Regel zwischen den 24sten August und 25sten September fallen.

Während der Setze- und Hegezeit ist sowohl den Forstbedienten, welche die herrschaftlichen Jagden administriren, als sämmtlichen Jagdberechtigten, Jagdpächtern und Jagdliebhabern verboten, irgend eine Art von Hoch- und Niederwildprett männlichen oder weiblichen Geschlechtes zu schießen oder zu fangen. Jeder Zuwiderhandelnde soll, ausser dem Verluste des erlegten Wildpretts, welches zum Besten des Denuncianten confiscirt wird, den vierfachen Werth des gefällten Wildpretts, auch des Schießgeldes, als Strafe entrichten.

Den Werth des Wildpretts weiset die beigefügte Wildprettstare, einschließlich des darin bemerkten Schießgeldes nach.

Die Polizey- und Ortsbehörden haben während der Setze- und Hegezeit ihr Augenmerk darauf zu richten, daß kein Wildprett zum Verkauf herum getragen wird, und es sollen die Verkäufer in die vorbemerkte Strafe, ausser der Confiscation des zum Verkaufe gebrachten Wildpretts, welches die Polizey- und Ortsbehörden erhalten, verfallen seyn.

Ausnahmen von der Regel machen folgende Gegenstände:

a) Zugvögel, als: Schnepfen, Becassinen, wilde Gänse, Enten, Tüten, Brachvögel, Blessen, u. s. w. dürfen zu jeder Jahreszeit geschossen werden; jedoch haben sich die Jäger dabei besonders aller Beschädigungen an den Feldern, Wiesen, u. s. w. zu enthalten.

b) Roth- und Dammwildprett männlichen Geschlechts, als Hirsche und Rehböcke, dürfen nach Johanni, also nach dem 24sten Juni, schon geschossen werden, weil dies Wildprett sich dann schon in der Feistzeit befindet, und dann am nutzbarsten ist.

c) Besondere Ausnahmen von der Regel treten ein, wenn auf Befehl des General-Gouvernements aus den herrschaftlichen Jagden Wildprett verlangt wird. Ueber dergleichen Lieferungen sollen die Forstbedienten jedoch jedesmal ganz besonders beauftragt werden.

d) Wenn das Wildprett zu sehr die Felder beschädigt, so können einzelne Stücke zum Abschrecken auch in der Hegezeit, jedoch nur mit besonderer Genehmigung der Forstdirektion, geschossen werden.

§. 9. Außer den vorstehenden Jagdgesetzen sollen folgende Jagdpolizeigesetze streng beachtet werden:

1) Vorerst und bis der Wildstand wieder in einige Aufnahme gekommen, ist es zu jeder Jahreszeit untersagt, Rothwildprett vom weiblichen Geschlechte, als alte Thiere, Schmalthiere, Wildkälber, Rehgeiße, Schmalrehe zu erlegen; bei Vermeidung der in dem §. 8 bestimmten Strafe. Ausnahme von dieser Bestimmung machen nur Naturallieferungen, welche etwa von dem General-Gouvernement ausgeschrieben werden sollten.

2) Soll es im Allgemeinen untersagt sein, mit sogenannten Bracken zu jagen; nur da, wo es das Lokal mit sich bringt, und die Jagd nicht anders als durch Bracken exercirt werden kann, wird der Gebrauch derselben auf besonders einzuholende Genehmigung der Forstdirection, nachgegeben.

3) Es ist ferner verbothen, daß die Landesbewohner die Hunde mit aus den Dörfern nehmen, oder gar frei, ohne Anhängung eines Knittels, in den Feldern und Holzungen herum lauffen lassen.

In den Fällen Nr. 2 und 3 dieses Paragraphen sind die Förster authorisirt, die Hunde, Katzen u. s. w. todt zu schießen, und haben die Eigenthümer außerdem noch eine Strafe von fünf Franken zu entrichten.

Insbesondere müssen in der Hegezeit die Hirten ihre Hunde immer an der Leine halten und dürfen solche von den Heerden nicht entfernen.

4) Alle bisherigen sogenannten Klopfjagden, welche durch die Eingesessenen der Ortschaften zur Verscheuchung des Wildpretts angestellt wurden, werden hiermit untersagt. Klagen über Wildschäden sollen jedoch von der Forstbehörde genau untersucht, und nach Befinden der Umstände zur Verminderung des Wildpretts die erforderlichen besondern Jagden angestellt werden; und wird die Forstdirektion ausdrücklich und bei eigener Verantwortlichkeit hier

durch angewiesen, nirgend einen übermäßigen und den Eingesessenen lästig werdenden Wildstand zu gestatten.

§. 10. Es wird hiermit zu den besondern Dienstobliegenheiten der sämmtlichen Forstbedienten, Ortsbürgermeister, Polizeidiener und Feldschützen gemacht, auf die Aufrechthaltung der vorstehend gegebenen Jagdgesetze und jagdpolizeilichen Verfügungen zu wachen. Es ist in dieser Rücksicht den Forstbedienten, welche die Administration einer Jagd erhalten haben, gestattet, die in dem Umfange ihres Reviers belegenen Gemeinde- und Privat-Jagden, mit dem Gewehr zu begehen. Jedoch haben sich dieselben in diesen Jagden, unter nachdrücklicher Bestrafung, alles Schießens zu enthalten, auch die etwa bei sich führenden Hunde an die Leine zu nehmen.

Ueber sämmtliche Jagdfrevel und Jagd-Contraventionen, sowohl in herrschaftlichen als Gemeinde-Jagden, sind die nach der bisherigen Gesetzgebung erforderlichen Frevel-Protocolle aufzunehmen, und zur weitern Bestrafung bei den competenten Gerichten einzureichen.

§. 11. Die Berechnung der Jagdstrafen soll für denselben Fond geschehen, als die der Forststrafen.

§. 12. Die Forstbediente haben sich die Ausrottung der schädlichen Raubthiere, sowohl zum allgemeinen Besten als zur Erhaltung der Jagd, angelegen seyn zu lassen, nemlich der Wölfe, Füchse, wilden Katzen, Iltisse, Marder, Geier, Adler, Habichte, Milanen und Sperber. Besonders aber in dem Falle, wenn Wölfe herumstreifen, und Spuren davon vorhanden sind, müssen sich die Forstbedienten vereinigen, um derselben habhaft zu werden. Bei den dieserhalb anzustellenden Jagden sollen alle Ackerbau treibende Einwohner, sowohl in den Dörfern als Städten, desgleichen diejenigen, welche gar keine Aecker besitzen, jedoch Pferde, Rindvieh und Schaafe halten, Hülfe leisten. Die Gouvernements-Commissarien und Bürgermeister haben wegen der von jeder Gemeinde zu gestellenden Mannschaft die erforderliche Repartition zu machen, und es hat sich diese Mannschaft, wenn Wolfsjagden angeordnet werden, auf weitere Requisition der Forstbehörde zu stellen.

Jede Gemeinde, welche nur zwei Stunden von dem Orte entfernt ist, wo der Wolf mit Wahrscheinlichkeit sich aufhält, soll zu der Theilnahme an solchen Jagden verbunden seyn. Im Uebrigen sollen für die Erlegung der Wölfe die durch das französische Gesetz bestimmte Prämien fernerhin gezahlt und bei erfolgter legalen Beweisführung

von den Gouvernements-Commissarien angewiesen werden.

§. 13. Die Administration und Benutzung der herrschaftlichen Fischereien in den Strömen, Flüssen, Seen und Waldbächen, so wie derjenigen, welche Gemeinden, öffentlichen Anstalten und Privaten zustehen, soll auf eben die Weise bewirkt werden, als in dem §. 4 und 5 dieses Regulatives wegen der Jagd bestimmt worden.

Die Fischereien sollen in der Regel zum Besten der herrschaftlichen und Gemeinde-Kassen verpachtet werden, weil eine Administration derselben nur in sehr wenigen Fällen mit Vortheil verbunden seyn kann.

In Ansehung der Administration der herrschaftlichen Fischereien, woraus Natural-Lieferungen erfolgen sollen, wird die weitere Bestimmung vorbehalten.

Das bisher bei der Fischerei bestandene Polizeigesetz, wegen des Verbotes des sogenannten Rümpgensfangs, soll fernerhin in Kraft bleiben.

§. 14. Alle frühere Jagd- u. Fischerei-Gesetze u. Verordnungen, welche mit dem gegenwärtigen Regulative nicht zu vereinigen sind, werden hierdurch aufgehoben.

Taxe,

nach welcher das in den administrirten herrschaftlichen Jagden des General-Gouvernements des Mittel- und Nieder-Rheins erlegt oder gefangen werdende Wildprett berechnet werden soll.

Ein jagdbarer Hirsch (ein Hirsch der 8 und mehrere Enden trägt) . .	36 Fr.	» C.
Ein geringer Hirsch oder Thier . .	27	»
Ein Spießhirsch und Schmalthier .	22	»
Ein Wildkalb	15	»
Ein Rehbock	12	»
Ein Schmalreh	8	»
Ein Hauptschwein (ein Schwein über 3 Jahre)	30	»
Ein Keiler oder Bache	25	»
Eine jährige Sau oder Ueberläufer .	16	»
Ein Frischling	12	»
Ein Haase	1	»
Ein dito im November, Dezember, Januar, Februar	1	50
Ein wildes Kaninchen	»	80
Eine Trappe	2	80
Ein Auerhahn	2	50
Ein Birkhahn	1	70
Ein Haselhuhn	2	»

Ein Feldhuhn	»	50
Eine Waldschneppe	1	»
Eine Becassine und Wachtel	»	15
Eine wilde Gans	1	»
Eine wilde Ente	»	60
Ein Dutzend Schneusen-Vögel	»	50
Ein Dutzend Lerchen	»	30

Für diese Tare, mit Hinzurechnung des weiter unten bestimmten Schieß- und Fange-Geldes soll in der Regel der Forstbediente das nach den ertheilten Vorschriften in seinem Reviere erlegte oder gefangene Wildprett verkaufen.

Werden aber Natural-Wildprett-Lieferungen befohlen, so erhält der Forstbediente blos folgendes Schieß- und Fangegeld:

	Fr.	C.
Ein jagdbarer Hirsch	8	»
Ein geringer Hirsch oder Thier	6	»
Ein Schmalthier oder Spiesser	5	»
Ein Wildkalb	4	»
Ein Rehbock	3	»
Ein Schmalreh	1	50
Ein Hauptschwein	8	»
Ein Keiler oder Bache	6	»
Eine jährige Sau oder Ueberläufer	4	»
Ein Frischling	3	»
Ein Haase	»	60
Ein Kaninchen	»	50
Eine Trappe und Auerhahn	1	30
Ein Birkhuhn oder Haselhuhn	1	»
Ein Feldhuhn	»	40
Eine Schnepfe	»	70
Eine wilde Gans, wilde Ente	»	70
Eine Becassine, Wachtel, Wachtelkönig	»	40
Ein Dutzend Schneusen- oder Kramets-Vögel	»	80
Ein Dutzend Lerchen	»	60

An Vergütung für Fallwildprett wieder bezahlt:

	Fr.	C.
Ein jagdbarer Hirsch	4	»
Ein geringer Hirsch oder Thier	3	»
Ein Schmalthier oder Spiesser	2	50
Ein Wildkalb	1	50
Ein Rehbock	1	50
Ein Schmalreh	»	75

Ein Hauptschwein	4 F.	» C.
Ein Keiler oder Bache	3	»
Eine jährige Sau oder Ueberläufer . .	2	»
Ein Frischling	1	50

Vom Fallwildprett so wie von dem Wildprett, was ausser der Zeit nothgedrungen zur Vorbeugung der Wildschäden geschossen werden muß, wird der so aufgenommene Betrag gegen Beziehung des Schußgeldes für das Schaden thuende oder Vergütung für das Fallwildprett pflichtmäßig berechnet. (Conf. Nro. 3620, 3647 u. 3700.)

3619. — Aachen den 19. August 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Der von der französischen Regierung früherhin auf Güter im Bereich des General-Gouvernements gelegte Sequester, wegen Auswanderung der Eigenthümer oder wegen sonstiger ungerechten Ursachen, soll auf Anmelden der Eigenthümer aufgehoben und jedesmal offiziell publizirt werden.

3620. — Aachen den 20. August 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Verordnung wegen der Jagd-Erlaubnißscheine.

In Verfolg des Artikels 6 der Jagd-Verordnung vom 18 d. M. (Nr. 3618), die Jagd-Erlaubnißscheine betreffend, wird hiedurch Nachstehendes näher verordnet:

§. 1. Das hiesige Hauptstempel-Materialiendepot hat den Abdruck der Jagd-Erlaubnißscheine nach dem vorgeschriebenen Formular, und die Distribution derselben zu besorgen, und sollen die dafür aufkommenden Gebühren bei den Domainen-Bureaux berechnet werden.

§. 2. Die Scheine für diejenigen Personen, welche Seitens des General-Gouvernements die Erlaubniß erhalten haben, die herrschaftlichen Jagden zu begehen, werden, bei dem General-Gouvernement ausgefertigt, den betreffenden Herren Gouvernements-Commissarien zugestellt werden, um sie den Personen, für welche sie bestimmt

ſind, durch das Domainen-Bureau des Hauptorts des Kreiſes, gegen Empfang der beſtimmten Gebühren von 30 Franken, zugehen zu laſſen.

Von denjenigen Scheinen, welche den Jagdberechtigten und Jagdpächtern gegen die Gebühr von 10 Franken zu ertheilen ſind, wird Seitens der Departements-Domainenverwaltung den Herren Kreisdirektoren die gehörige Anzahl von Exemplaren zugefertigt werden, und haben dieſe bei Aushändigung der Scheine die Gebühren davon einzuziehen, und den Betrag ſolcher Gelder am 25ſten jedes Monats an das Domainen-Bureau des Kreishauptortes abzuliefern.

Die Jagdberechtigten und Jagdpächter ſind, wenn ſie ihre Jagdbefugniß ausführen wollen, gehalten, letztere bei dem Kreisdirektor nachzuweiſen, und einen Jagd-Erlaubnißſchein bei demſelben nachzuſuchen.

3621. — Aachen den 21ſten Auguſt 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Diejenigen ausnahmsweiſen Fälle, in welchen den marſchirenden Truppen auf ihre Requiſition kleine Bedürfniſſe aus Gemeinde-Mitteln, gegen vollſtändigen Empfangſchein und hierauf erfolgende Erſtattung aus der Kriegskaſſe, geliefert werden müſſen, werden beſtimmt, und zugleich feſtgeſetzt, daß jeder Ort auf eigene Koſten zur Lieferung der Heitzungs- und Erleuchtungs-Materialien und des Strohes für die Wachten, verpflichtet iſt.

3622. — Aachen den 21. Auguſt 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Die Publikation der Verordnungen und geſetzlichen Beſtimmungen muß durch Anſchlag an den Gemeindehäuſern oder andern öffentlichen Orten, oder auf jedem andern herkömmlichen, bürgerlichen Wege, nicht aber in der Regel durch Kanzelverkündigung geſchehen. In den ausnahmsweiſen Fällen, wo das letztere wegen beſondrer Nützlichkeit von dem General-Gouvernement verfügt werden mögte, können die Pfarrgeiſtlichen nur durch ihre

geiſtliche Oberbehörde zur Kanzelverkündigung angewieſen werden.

3623. — Den 25. Auguſt 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Von der bergiſchen Geiſtlichkeit der drey chriſtlichen Confeſſionen ſind von allen Seiten darüber Beſchwerden eingekommen, daß durch die Beſteuerung der Pfarrgüter und durch die Kriegsſteuern und Kriegslaſten viele Pfarrer und Curatbeneficiaten dermaßen gedrückt werden, daß ſie fernerhin nicht beſtehen können.

Aehnliche Klagen ſind von den Schullehrern geführt worden.

Bey der angeſtellten Unterſuchung hat ſich auch wirklich ergeben, daß dieſe Klagen, bey den ohnehin durchgängig ſchwachen Competenzen der meiſten Pfarrer, Curatbeneficiaten und Schullehrer, vollkommen gegründet ſind.

Daher nehme ich, nach dem Beiſpiele mehrerer Staaten Deutſchlands, in denen dieſe Laſten von den Religions- und Schullehrern in jüngerer Zeit wieder ganz abgenommen worden, keinen Anſtand, folgendes zu verordnen.

1) Jede Sammtgemeinde iſt ſchuldig, den in ihrem Gemeinde-Bezirke befindlichen Pfarrern, Curatbeneficiaten und Schullehrern die ihnen, als ſolchen, zu zahlen obliegenden directen Steuern, wie auch die Kriegsſteuern und übrigen Kriegslaſten zu erſetzen.

2) Die Beträge dieſes Erſatzes werden für das laufende ſowohl, als das künftige Jahr mit auf die Communal-Budjets gebracht, jedoch iſt da, wo der Zuſtand der Gemeindecaſſe es erlaubt, die Erſtattung für 1814 ſogleich vorſchußweiſe aus denſelben zu verfügen.

3) Wenn die Pfarrer, Curatbeneficiaten und Schullehrer außer dem Einkommen von ihren Stellen noch ein beſonderes Vermögen beſitzen; ſo ſpricht es von ſelbſt, daß ſie alle auf dieſes Privatvermögen fallende ordentliche und außerordentliche Steuern und Laſten ohne allen Erſatz zu tragen verbunden ſind.

4) Wenn für das laufende Jahr jene Geiſtlichen und die Schullehrer, in Rückſicht ihres Dienſteinkommens, wie

auch ihres Privatvermögens, in den directen und auſſerordentlichen Steuern in Einer Summe angeſchlagen ſind; ſo müſſen die Quoten, welche ſie in ihrer Amtseigenſchaft, von denen, die ſie als Privateigenthümer zu entrichten haben, abgeſondert werden, indem ihnen nur erſtere von der Sammtgemeinde erſetzt werden; für die Zukunft aber werden bey der Steuerrepartition die Steuerbeyträge, welche ſie von ihren Stellen zu leiſten haben, und diejenigen, die ſie als Privateigenthümer tragen müſſen, von einander abgeſondert, und jede insbeſondere eingeführt.

3624. — Den 27. Aug. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Publication einer allerhöchſten Cabinets-Ordre Sr. Maj. des Königs von Preußen d.d. Paris den 3. Juny c. a. die Organiſation und das Reſſortverhältniß des Königl. Staats-Miniſteriums betreffend.

3625. — Den 31. Auguſt. 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Mir iſt die Frage vorgelegt worden, ob bey freywilligen öffentlichen Veräußerungen von Grundſtücken oder Mobilien, Private oder Gemeinen und Wohlthätigkeits-Anſtalten einen Notar oder Gerichts-Executor zuzuziehen verbunden ſeyen.

Nach vorläufiger Vernehmung der Geſetz-Commiſſion habe ich hierüber folgendes feſtgeſetzt:

1) Jeder kann ſeine Grundſtücke oder Mobilien entweder ſelbſt, oder durch wen er will, aus freier Hand öffentlich veräuſſern oder verpachten, ohne daß er nöthig habe, einen Notar oder Gerichts-Executor zuzuziehen.

2) Die Gemeinen und Wohlthätigkeits-Anſtalten ſind aber bei ſolchen freywilligen Veräußerungen oder Verpachtungen fortwährend verbunden, die Vorſchriften der Verwaltungs-Ordnung vom 18. Dezember 1808, des Dekrets vom 3. November 1809 über die Wohlthätigkeits-Anſtalten, des Dekrets vom 12. November 1809 über die Anwendung des franzöſiſchen bürgerlichen Geſetzbuches, und des Decrets vom 17. Dezbr. 1811 über die Verwaltung der öffentlichen Anſtalten genau zu beobachten.

3) Alle Behörden haben ſich hiernach zu achten, und darauf zu ſehen, daß bey den freywilligen Veräußerungen und Verpachtungen alle unnöthigen Koſten vermieden werden.

3626. — Den 1. Septb. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Die Poſt-Taxe für Eſtaffetten und Extraposten wird auf 1 Rthl. rheiniſch pr. Pferd und pr. Station von 2 Meilen vermindert.

3627. — Den 1. Sept. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Publication eines von des Königs von Preußen Majeſtät bewilligten General-Pardons für die bis zum 31. k. M. zu ihrer Pflicht zurückkehrenden bergiſchen Deſerteure und ausgetretenen Militairpflichtigen (Refractaire).

3628. — Aachen den 1. Septb. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Publication der von der Thurn- und Taxiſchen General-Poſt-Direktion, wie nachſtehend, feſtgeſetzten Taxe der Extrapoſt-Gelder. Auf die Entfernung einer einfachen Poſt, von einer deutſchen Meile, wird für 1 Pferd 1 Fr. 75 Ct., für eine halb gedeckte Poſt-Chaiſe 75 Ct., für einen vierſitzigen gedeckten Wagen 1 Fr. und an Trinkgeld für den Poſtillion, für zwei Pferde 75 Ct. und für vier Pferde das Doppelte gezahlt.

3629. — Den 2. Septbr. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Feſtſetzung der bey dem Landſturms-Inſtitut an-

zuwendenden Strafen (Geldbußen, Hausarrest und Gefängniß) bey Vergehen gegen den Gehorsam und die Subordination, als Nachtrag zur Verordnung vom 1. März d. J. (Nr. 3489.)

3630. — Aachen den 5. Septb. 1814 — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Beleuchtung und Würdigung der revolutionairen Tendenz einer kürzlich unter dem folgenden Titel erschienenen und verbreiteten Flugschrift: «Europa in Bezug auf den Frieden, Adresse an die Germanen des linken Rhein-Ufers».

3631. — Den 6. Septb. 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Die Verwirrung der Meinungen und die mannigfachen ärgerlichen Vorgänge, welche durch die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches über die bürgerlichen Heirathen zum Nachtheil des deutschen Sinnes für Religion und Sitten veranlaßt worden sind, machen es höchst nöthig, den daher entstehenden tiefgreifenden Uebeln auf eine Art zu begegnen, welche die Absicht jener noch bestehenden gesetzlichen Vorschriften mit den kirchlichen Satzungen über die Heiligung des Ehestandes und ihren erhabenen Zwecken in Uebereinstimmung bringen. Es wird deßhalb nach vorhergegangener Vernehmung der Gesetzgebungs-Commission folgendes verordnet.

§. 1. Die Ehe wird künftig, wie vormals, nur durch die priesterliche Trauung vollzogen.

§. 2. Der Tag und die Stunde der Einsegnung bestimmen demnach den Anfang der Ehe.

§. 3. Die bürgerlichen Wirkungen des Ehebündnisses können gleichwohl, so lange das seitherige Gesetzbuch und die Gerichts-Verfassung bestehen, nur aus der bürgerlichen Ehelichungs-Verhandlung rechtlich in Anspruch genommen werden.

§. 4. Nach diesen Grundsätzen kann, vom Tage der Bekanntmachung der gegenwärtigen Verordnung an, die

bürgerliche Ehelichungs-Verhandlung nicht vollzogen werden, bevor die kirchliche Einsegnung geschehen ist.

§. 5. Der kirchlichen Einsegnung muß gleichwohl jedesmal das bürgerliche Aufgebot vorhergehen, und überhaupt allen bürgerlich gesetzlichen Erfordernissen zu der Schließung des Ehebündnisses vollkommenes Genüge geschehen seyn.

Der Personenstandsbeamte ertheilt darauf den Verlobten unentgeldlich ein auf Freypapier ausgestelltes Zeugniß, daß das bürgerliche Aufgebot nach der Vorschrift des Gesetzes erfolgt ist, und überhaupt der Vollziehung der bürgerlichen Ehelichungs-Verhandlung kein Hinderniß entgegen steht.

§. 6. Auf Vorzeigung dieses förmlichen Zeugnisses kann der gesetzliche Pfarrer die kirchliche Einsegnung vollziehen, wenn ihm, nach dem ebenfalls vorhergegangenen kirchlichen Aufgebot, keine kirchlichen Hindernisse bekannt geworden sind. Der Pfarrer, welcher die kirchliche Einsegnung verrichtet hat, ertheilt den Verlobten hierüber ein ebenfalls unentgeldlich und auf Freypapier geschriebenes Zeugniß. In diesem Zeugniß müssen Tag und Stunde, wann die Einsegnung geschehen ist, so wie auch die Namen der Zeugen genau verzeichnet seyn.

§. 7. Der Personenstandsbeamte hat dieses Zeugniß vorab zu prüfen, und darnach, ohne andere Förmlichkeiten als die Gegenwart der Verlobten und der Zeugen, die Ehelichungs-Verhandlung zu vollziehen. In dieser Verhandlung muß jedoch die geschehene Beybringung jenes Zeugnisses sowohl als der Tag und die Stunde, wann die priesterliche Einsegnung geschehen ist, ausdrücklich bemerkt werden.

§. 8. Das kirchliche Aufgebot kann mit dem bürgerlichen gleichzeitig geschehen. Der Pfarrer braucht daher, um dieses Aufgebot vorgehen zu lassen, die Vorlegung der in dem §. 5 erwähnten Bescheinigung nicht abzuwarten.

§. 9. Die priesterliche Trauung darf unter den in dem Art. 65 des bürgerlichen Gesetzbuches bestimmten Nachtheilen in keinem Falle über Ein Jahr nach dem Ablauf der bürgerlichen Aufgebotsfristen verschoben werden.

§. 10. Die bürgerliche Ehelichungs-Verhandlung muß bey einer Geldstrafe von 3 Rthlr. für jeden Tag der längeren Verzögerung innerhalb 24 Stunden nach der erfolgten priesterlichen Trauung vollzogen werden.

§. 11. Sollten die Verlobten in der Beobachtung dieſer letzteren Friſt durch Natur oder andere Zufälle ein Hinderniß erfahren, deſſen Hebung nicht in ihrer Macht ſteht, ſo haben ſie dieſes ſogleich dem Procurator bey dem Tribunal erſter Inſtanz anzuzeigen, und eine Ausdehnung der Friſt nachzuſuchen, welche jedoch durchaus nicht weiter als für die Dauer des Hinderniſſes erſtreckt werden darf. Iſt dieſe Friſt bewilligt worden, ſo muß dieſe Bewilligung dem Perſonenſtandsbeamten bey der bürgerlichen Heirath vorgezeigt, und in der Ehelichungs-Verhandlung ausdrücklich erwähnt werden.

§. 12. Wird die Ehe innerhalb der bewilligten Friſt getrennt, ſo wird nach deren Ablauf die bürgerliche Ehelichungs-Verhandlung nichts deſtoweniger als vollzogen in die Perſonenſtands-Regiſter eingetragen.

§. 13. In Anſehung des kirchlichen Aufgebots und der prieſterlichen Trauungen, treten übrigens, neben den obigen Beſtimmungen, diejenigen Verordnungen wieder in Kraft und Wirkſamkeit, welche vor der Einführung des Civil-Geſetzbuches hierüber beſtanden haben; namentlich die Verordnungen vom 8. November 1802 (Nro. 2669), 28. Oct. 1803 (Nro. 2719) und 16. April. 1804. (Conf. Nro. 3666 u. 3667.)

3632. — Aachen den 7. Sept. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Die zu Gymnaſien, Schulen und Erziehungs-Anſtalten jeder Art benutzt werdenden Gebäude und Lokale ſind von aller Einquartierung befreiet; auch die an ſolchen Anſtalten arbeitenden öffentlichen oder Privat-Lehrer und Lehrerinnen ſollen mit Natural-Einquartierung verſchont werden, dagegen aber für ihren Antheil in der Einquartierung, welcher durch die Lokalbehörden anderweitig für Geld unterzubringen iſt, den Preis entrichten.

3633. — Aachen den 7. Sept. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Wegen der verſpäteten Herſtellung der Domainen- und

Enregiſtrements-Verwaltung, wird die Friſt zur Nachholung der verſäumten Erbſchafts-Deklarationen, mit Beſeitigung der geſetzlichen Strafen, ferner erweitert.

3634. — Den 10. Sept. 1814. — U.

Der General Gouverneur.

Die Beobachtung des Inſtanzen-Zuges zur Anbringung von Geſuchen und Beſchwerden bei den Verwaltungs-Behörden wird wiederholt befohlen.

3635. — Den 10. Sept. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Aufforderung zur pünktlichen Zahlung der pr. 1814 nach einem neuen Repartitionsfuße ausgeſchriebenen Kriegsſteuer.

3635. — Aachen den 12. Sept. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Publication von Vorſichts- und Präſervativ-Mitteln gegen die an mehrern Orten herrſchende Seuche der rothen Ruhr.

3636. — Aachen den 12. Sept. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Verordnung, wegen des gegenwärtigen Umfangs, der Eintheilung und Verwaltung des General-Gouvernements vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Die, in Gemäßheit der zwiſchen den höchſten verbündeten Mächten abgeſchloſſenen Convention vom 31. Mai d. J., eingetretenen Veränderungen in der Umgrenzung des General-Gouvernements vom Nieder- und Mittel-

Rhein haben einige neue Dispositionen in Beziehung auf die Departemental- und Kreis-Eintheilung und die provisorische Landes-Verwaltung nothwendig gemacht, welche zur Nachricht und Achtung hiemit bekannt gemacht wird.

(Nach Aufzählung der verschiedenen Bestandtheile und speziellen Eintheilungen werden sodann nachstehende allgemeine Bestimmungen festgesetzt.)

XVI. Solchergestalt besteht das General-Gouvernement jetzt aus den folgenden vier Departements:

Dem der Roer — der Maas und Ourthe — des Rheins und der Mosel — und dem Walder-Departement,

deren jedem ein General-Gouvernements-Commissair nebst den Kreisdirektoren und deren Gehalfen für die allgemeine und Polizei-Verwaltung vorsteht; welchem auch die Finanzverwaltungen überall folgen; dagegen die forstmeisterlichen Kreise nächstens besonders werden bestimmt und bekannt gemacht werden.

XVII. Alle diese Departements stehen unter dem obersten Justizhofe zu Luttich, der deshalb aus zwei Abtheilungen, einer deutschen und einer französischen, mit den erforderlichen Präsidenten und Staatsprokuratoren gehörig besetzt ist.

XIX. Zum Kassationshof wird der in Koblenz früher errichtete Ober-Revisionshof einstweilen beibehalten und wird das Nähere deshalb noch bekannt gemacht werden. (Conf. Nro. 3657.)

3637. — Den 13. Sept. 1814. — A.

Der General-Gouverneur.

Publication der Grundsätze, wonach die auf dem Feld-Etat stehenden bergischen Truppen auf Quartier, Portionen und Rationen Anspruch haben.

3638. — Aachen den 16. Sept. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Bezeichnung derjenigen höhern Verwaltungs-Behörden,

welche, rücksichtlich der für Frankreich bestimmten Certificate, zur Legalisation der Unterschriften öffentlicher Beamten und Pfarrgeistlichen befugt sind, und deren Unterschriften durch den General-Gouverneur certifizirt werden müssen.

3639. — Den 16. Sept. 1814 — U.

Der General-Gouverneur.

Die im verwichenen Kriege freiwillig geleisteten Dienste bei den Jäger-Corps und bei der Landwehr soll den Handwerks-Lehrlingen vom Tage des Eintritts bis zum Frieden von Paris als Lehrzeit angerechnet, und bei dem Lossprechen derselben als Gesellen, denselben keine unnöthigen Schwierigkeiten gemacht werden.

3640. — Den 17. September 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Von Seiten der hiesigen Fürstlich-Thurn und Taxischen Postinspection wird darüber Beschwerde geführt, daß die ehemaligen Königlich-Baierischen Verordnungen wegen der Miethkutscher, von diesen zum größten Nachtheil der Posthalter nicht mehr beobachtet werden.

Ich habe daher, nach Einsicht jener Verordnungen und namentlich der jüngsten vom 3. Sept. 1805, dieselben folgendermaßen erneuert.

1) Kein Miethkutscher darf einen Fremden, welcher an einem Orte im Lande, wo ein Poststall ist, mit Extrapost angekommen, weiter fahren, es sey denn, daß der Fremde sich drey Tage lang daselbst aufgehalten habe.

2) Jeder Gastwirth ist schuldig, den Fremden, der bey ihm abgetreten ist, und sich dem Verbote zuwider eines Miethkutschers bedienen will, mit dieser Vorschrift bekannt zu machen; und wenn der Fremde sich alsdenn gleichwohl eines Miethkutschers bedient, solches hernach der Polizeybehörde anzuzeigen.

3) Der Miethkutscher, welcher diesem Verbote entgegen handelt, ist schuldig, dem Posthalter das völlige Postgeld zu entrichten, der Gastgeber aber, welcher obige An-

zeige unterläßt, verfällt in eine der Größe des Postgeldes gleiche Geldstrafe.

Die Ortspolizeybehörden haben besonders auf die Beobachtung dieser Vorschrift zu wachen.

3641. — Aachen den 18. Sept. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

In Erwartung der Beendigung der Vorarbeiten, welche der beschlossenen vollständigen Reorganisation des Gelehrten-Schulwesens zur Basis dienen müssen, werden den Vorstehern und Lehrern solcher Anstalten vorläufig einige, in 12 §§. aufgestellte, Winke über den allgemeinen Geist ertheilt, in welchem das ihnen anvertraute Geschäft der Jugendbildung künftig geführt werden soll; zugleich werden die Vorsteher der Gymnasien und Collegien angewiesen, die vorbezeichneten Grundsätze und Bestimmungen bei der baldigen Wiedereröffnung des Lehrcurses so viel wie möglich in Anwendung zu bringen.

3642. — Den 19. Sept. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Anweisung für die Kreisdirektoren über die von ihnen anzuwendenden Zwangsmittel zur Beschleunigung der Repartition und der Erhebung der Kriegessteuer.

3643. — Den 19. Sept. 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Um die bisher in Gefolg der gesetzlichen Bestimmungen des Artikels 179 des Gesetzbuchs über das Verfahren in Strafsachen und des Artikels 63 des Forst-Organisations-Decrets vom 22. Juny 1811 — wornach die in den Landesherrlichen- und Gemarken-Waldungen verübten Forstfrevel nur an die korrektionellen Tribunäle gebracht werden können — bestandenen, sowohl der Forst-Cultur

nachtheiligen als die Delinquenten drückenden Weitläuftigkeiten abzustellen, wird hierdurch der zwischen den öffentlichen und privaten Forsten aufgestellte Unterschied aufgehoben. Beyde werden in Beziehung auf die Straf-Gerichtsbarkeit völlig gleich gestellt, und demnach die Polizey-Gerichte für kompetent erklärt, über die in den Landesherrlichen- und Gemarken-Waldungen verübten Forstfrevel, in so weit diese keine größere Strafe als eine Geldbuße von 15 Francs oder fünftägigem Gefängnisse nach sich ziehen, zu erkennen. (Conf. Nro. 3702.)

3644. — Aachen den 20. Sept. 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Verordnung wider die Anreitzung diesseitiger Fabrikarbeiter zum Auswandern, die Exportation der Fabrik-Maschinerien und die Offenbarung der Fabrik-Geheimnisse an Auswärtige.

Das Fabrikwesen ist ein so wichtiger Bestandtheil der öffentlichen Wohlfahrt dieser Provinzen, daß auf die Erhaltung und Beförderung desselben nicht genug Rücksicht genommen werden kann.

Wenn nun gleich mehrere, zur Sicherung und Belebung der hiesigen Industrie, rücksichtlich ihrer auswärtigen Handelsverhaltnisse, nothwendige Vorkehrungen von der Art sind, daß sie eine definitive Entscheidung des Besitzstandes dieser Länder voraussetzen, und folglich eine ganz glückliche Beendigung der Krise, in welcher Handel und Industrie sich gegenwärtig bei uns befangen finden, auch dann erst erwartet werden kann; so ist es nichts destoweniger Pflicht der provisorischen Verwaltungs-Behörde, solchen Uebeln nach Möglichkeit zu steuern, welche, eben aus jenem Zustand der Krise hervorgehend, einen permanent schadlichen Einfluß auf die Landes-Industrie auszuüben drohen.

Zu diesen Uebeln gehört ganz vorzüglich, daß auswärtige Fabrikanten den vorübergehenden Zustand der Ungewißheit und mindern Beschäftigung, in welchem mehrere Theile des hiesigen Fabrik-Wesens sich befinden, dazu benutzen, um geschickte aber durch jenen Drang der Umstände für den Augenblick ausser Thätigkeit befindliche Fabrik-Arbeiter und selbst Fabrikanten, unter mancherlei Aner-

erbietungen und zum Theil eiteln Vorspiegelungen, zu sich in's Ausland hinüberzuziehen; um ferner Fabrik-Geheimnisse mancher Art, auf diesen und andern Wegen, zu erspähen; um endlich bei unsern geschickten und für das Einland jetzt vielleicht weniger beschäftigten Mechanikern Bestellungen auf Maschinerien zu machen, und durch dieses alles die Industrie des Auslandes auf unsere Kosten zu bereichern.

Solche Beeinträchtigungen des National-Gewerbfleißes werden von keiner Regierung geduldet, welche über den innigen Zusammenhang desselben mit der allgemeinen National-Wohlfahrt richtige staatswirthschaftliche Ansichten hegt. England verdankt einen Theil des Flors seiner Manufakturen dem strengen, in dieser Hinsicht bestehenden, selbst Todesstrafe wider den Uebertreter aussprechenden Gesetze; und in der preußischen Monarchie bestehen ähnliche, wenn gleich minder scharfe Gesetze, und werden, wenn der National-Industrie wirkliche Gefahr droht, nachdrücklich und mit glücklichem Erfolge gehandhabt. Auch der französischen, jetzt noch hier in Kraft bestehenden Verfassung sind dergleichen Schutz-Waffen für die einländische Industrie gegen die Habsucht des Ausländers nicht fremd geblieben, und wenn die deshalb im Artikel 417 des französischen Straf-Gesetzbuchs enthaltenen Bestimmungen, wie so manche andere, unzureichend und mangelhaft sind; so wurde dagegen, durch mancherlei polizeiliche und administrative Maaßregeln, selbst durch willkührliche Befehle der obersten Behörde, diese Lücke der Criminal-Gesetzgebung häufig ergänzt.

Da es nun aber nicht im Geiste der gegenwärtigen Verwaltung liegt, Mittel der administrativen oder polizeilichen Willkühr anzuwenden, wo mit rechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen ausgereicht werden kann; so habe ich, in Erwägung der vorangeführten wichtigen Rücksichten, beschlossen, und verordne hiedurch, wie folgt:

1) Wer Fabriken-Vorsteher, Fabriken-Bediente und Arbeiter, sie mögen für den Augenblick im Dienste einer Fabrik wirklich angestellt seyn oder nicht, eben so wie auch die für hiesige Fabriken arbeitenden Mechaniker oder deren Gehülfen, zum Auswandern verleitet, oder ihnen dabei behülflich ist; wer ihm anvertraute Fabriken- oder Handlungs-Geheimnisse an Ausländer verräth; ingleichem, wer seinem Vaterlande andere Vortheile dieser Art zu Gunsten fremder Staaten vorsätzlich entzieht, der hat, er sey Ein-

länder, oder im Einlande betroffener Ausländer, vier bis achtjährige Festungs- oder Zuchthausstrafe verwirkt.

2) Der Begriff des Auslandes wird hiebei provisorisch dergestalt angenommen, daß alles darunter verstanden werden soll, was nicht gegenwärtig unter der Verwaltung des General-Gouvernements vom Nieder- und Mittel-Rhein begriffen ist.

3) Die Ausfuhr aller zum Fabrikwesen hiesiger Provinzen gehörigen Maschinerien, namentlich aber der Spinn-, Rauh- und Scheer-Maschinen ist verboten, und kann nur in einzelnen Fällen auf besonders erhaltene Erlaubniß verstattet werden.

Es sollen alle solche auf den Versuch der unerlaubten Exportation betroffenen Artikel konfiscirt und, halb zum Vortheil des Denunzianten, halb zur Unterstützung verarmter Fabrikanten, öffentlich verkauft werden. Zugleich hat sowohl der einländische Absender, als der etwa im Lande betroffene ausländische Besteller derselben ein bis zweijährige Gefängnißstrafe verwirkt.

4) Sämmtliche Justiz-, Polizei- und Zollbehörden sind mit Vollziehung gegenwärtiger Verordnung, welche auf Betrieb der Herren Gouvernements-Commissaire in alle öffentliche Blätter des General-Gouvernements inserirt, und auf jedem andern Wege zur möglichsten Publicität gebracht werden soll, beauftragt, und ist künftig in den Gerichten bei vorkommenden Contraventions-Fällen nach ihr allein zu sprechen ꝛc.

3645. — Den 21. September 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Die zur Haltung des Gouvernements-Blattes verbundenen Beamten werden verpflichtet, dasselbe pünktlich zu sammlen, und bei Personal-Veränderungen als amtliches Aktenstück an ihre Nachfolger im Dienste abzuliefern.

3646. — Den 21. Sept. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Publication einer Verordnung des königl. preuß. Staats-

kanzlers, Fürſten von Hardenberg Durchlaucht, über die Beobachtung der Reſſortverhältniſſe und des Inſtanzenzuges der Behörden bei Anbringung von Geſuchen und Beſchwerden.

3647. — Aachen den 22. Sept. 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Bekanntmachung, die Vollziehung des Jagd-Reglements vom 18. Auguſt d. J. betreffend.

Gegen die Verordnung vom 18. Auguſt (Nro. 3618), wegen Ausübung der Jagd, ſind von einzelnen Gutsbeſitzern Vorſtellungen bei mir eingereicht worden, welche theils auf einer irrigen Anſicht beruhen, theils zu unerheblich ſind, um in dem gegenwärtigen, blos proviſoriſchen Zuſtande der Verwaltung eine beſondere Erörterung zu verdienen.

Wer in den Geiſt der Verordnung vom 18. Auguſt eingeht, wird leicht finden, daß der eigentliche Zweck derſelben dahin geht, die beiden Extreme, nämlich die Jagd-Einſchränkung älterer und die Jagd-Licenz neuerer Zeit, bis zum Regierungs-Antritt des künftigen Landesherrn (der allein definitiv geſetzliche Beſtimmungen geben kann) zu Erhaltung eines pfleglichen Wildſtandes und Verhütung mehrerer Mißbräuche, in eine gemäßigte Mittelſtraße zuſammen zu bringen, und zwar auf eine liberale Art, ſo daß der Staat, weit entfernt, aus der Verpachtung der Communal-Jagden eine Finanz-Speculation für das öffentliche Aerarium zu machen, vielmehr durch den verminderten Preis der Jagdſcheine von dreißig auf zehn Francs verliert, während die Gemeinden, als die Geſammtheit der einzelnen Grundbeſitzer, für den Verluſt des einzelnen Jagdrechts auf dem Grundeigenthume, dadurch entſchädigt werden, daß der Pachtpreis in die Communal-Caſſe fließt, an welcher jeder Einzelne (immer im Verhältniß mit der Größe ſeiner Grundſtücke, alſo auch mit der Größe ſeines Verluſtes) indirecten Antheil hat.

Von dieſem Grundſatze ausgehend, kann ſich nunmehr jeder Reclamant ſelbſt beſcheiden, ſey es, daß er auf alte, vor 1794 beſeſſene Jagd-Privilegien, Anſprüche macht, oder daß er die, mit Aufhebung derſelben durch ſpätere

Geſetze, ausgeſprochene allgemeine Jagd-Freiheit auf eigenen Grundſtücken beibehalten wünſcht.

Zur Verhütung einzelner Mißverſtändniſſe wird übrigens hiermit nachträglich noch Folgendes verordnet:

1) Es verſteht ſich von ſelbſt, daß, da der Grund-Eigenthümer ſein Jagd-Recht der Gemeinde überlaſſen muß, derjenige Pächter ſich in dem nämlichen Falle befindet, welcher von einzelnen Grundbeſitzern die Befugniß, auf ihren Grundſtücken zu jagen, früherhin erhalten haben möchte.

2) Jeder Gemeinde-Jagd-Pächter kann den in ſeinem Sold und Brode ſtehenden Jäger auf die Jagd mitnehmen oder an ſeiner Stelle jagen laſſen. Er kann überdies, nach Maaßgabe der Größe des Jagddiſtriktes, einen oder zwei Compagnons haben, welches im Contracte oder nachträglich zu beſtimmen iſt.

3) Jeder Eigenthümer von 50 Hektaren aneinanderhängenden Landes kann die ihm nach der Verordnung vom 18 Auguſt zuſtehende perſönliche Jagdbefugniß an einen andern übertragen, jedoch ohne dieſe Uebertragung vervielfältigen, oder innerhalb der Jagd-Saiſon damit wechſeln zu können.

4) Alle befriedigten Gärten, oder alles völlig eingeſchloſſene Land (terrain clos) iſt von der Verpachtung ausgenommen. Hierunter wird verſtanden: alles Land, was mit ununterbrochenen Mauern, unzugänglichen Paliſaden, oder dergleichen Verzäunungen, oder durch Graben, mit Waſſer gefüllt, rundum eingeſchloſſen iſt.

5) Bei Beſtimmnng der Jagd-Reviere können die Behörden darauf Rückſicht nehmen, daß die Befugniß zu jagen ſich nicht zu nahe an die Wohnungen größerer oder kleinerer Gutsbeſitzer ausdehne.

6) Wenn ein großer Gutsbeſitzer ein annehmliches Pachtquantum bietet, und die Gemeinde es zufrieden iſt, ſo kann eine Jagd, auch ohne öffentliche Licitation, jedoch mit Vorbehalt der Genehmigung, verpachtet werden.

7) Da, wo die Verpachtung auf mehrere Jahre geſchieht, kann eine jährliche Aufkündigung bedungen werden, welche jedesmal vor dem 1ſten July geſchehen muß.

8) Uebrigens bleibt es bei der Beſtimmung, daß jeder Jagende einen individuellen Jagdſchein haben muß, und daß (nach §. 5 der Verordnung vom 18ten Auguſt) jede Verpachtung von Gemeinde-Jagden von ſelbſt aufhört, wenn die proviſoriſche Verordnung, wegen der den Grund-

Besitzern auf ihren Grundstücken zugestandenen Jagd-Gerechtigkeit, ganz oder theilweise aufgehoben werden möchte.

Da Gegenwärtiges als Antwort auf die eingegangenen Anfragen und Reclamationen dient, so soll es durch das Journal vom Nieder- und Mittel-Rhein und durch alle öffentliche Blätter des General-Gouvernements zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

3648. — Aachen den 22. Sept. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Die Erhebung der Schiffahrts-Octroy-Gebühren auf der Mosel soll, unter Modification der frühern gesetzlichen Vorschriften, vom 1sten k. M. an an mehreren veränderten und bestimmten Empfangsorten stattfinden.

3649. — Aachen den 22. Sept. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Die Erhebung der Schiffahrts-Octroy-Gebühren auf der Ober-Maaß in dem Gebiet des General-Gouvernements soll nach Maaßgabe der Verordnung (Nro. 3564), und unter Bestimmung der Empfangsorte, vom 1sten k. M. an wieder stattfinden.

3650. — Aachen den 22. Sept. 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Nachträgliche Verordnung wegen der bei Gelegenheit von Festlichkeiten begangenen Forst-Verheerungen.

Es ist unter dem 11. Juny dieses Jahres (Nr. 3570) der an mehreren Orten des General-Gouvernements noch herrschende Gebrauch, an Kirchweihen und andern Festtagen die Straßen und Häuser mit Bäumen und Baumzweigen zu verzieren, wegen der daraus entstehenden Verheerungen der Forsten und Büsche, gerügt worden.

Obgleich bei dem dabei gegebenen Verbot, zum Ausschmücken der Häuser und Straßen, Bäume, Zweige oder Blätter aus den Waldungen unbefugter Weise abzuhauen, die Festlichkeiten aller Art und Gattung, wenn auch nicht dem Buchstaben, dennoch dem Sinne nach, einbegriffen waren; so beweisen doch kürzlich eingegangene Berichte, daß man es nicht so verstanden zu haben scheint, indem bei mehreren Veranlassungen und zuletzt noch bei Gelegenheit der letzten Geburtsfeier Sr. Maj. des Königs von Preußen und der dabei geäusserten so gerechten Freude, um die Straßen und Häuser in den Städten und Dorfschaften meines General-Gouvernements festlich auszuschmücken, in einigen herrschaftlichen Waldungen mehrere Verheerungen begangen sind, so daß sogar die nach dem Feste verkauften Aeste und Zweige nicht unbedeutende Summen eingebracht haben.

So werth es dem, nur für das Wohl und das Glück Seiner Unterthanen und der gesammten Menschheit stets wirkenden, Fürsten seyn muß, wenn nicht Sein Volk allein, sondern die Menschen aller Gegenden und Zungen das, was Er für das allgemeine Beste gethan, dankbar und froh anerkennen; so unangenehm muß es Demselben seyn, wenn, anstatt ihre Freude auf eine anständige und schickliche Weise auszudrücken, sie solche in Uebertretung der vorhandenen zweckmäßigsten Gesetze und Verheerung des öffentlichen oder Privat-Vermögens ausarten lassen, und zu Handlungen verleitet werden, deren Folgen den künftigen Generationen, die Sein schaffender Geist in Seiner wohlwollenden Liebe, gleich der gegenwärtigen, umfaßt, noch schädlich fühlbar werden müssen;

Daher ich denn hiemit nachträglich und wiederholentlich verordne:

Daß derjenige, welcher nicht allein bei Kirchweihen und andern Festtagen, sondern bei öffentlichen Feierlichkeiten und Privatfesten jeder Art und Gattung, ohne irgend eine Ausnahme, Bäume und Zweige aus Staats- oder Privat-Waldungen unbefugter Weise abhauet, abreißt und fortbringt, dafür, wie bei jedem andern Forstfrevel, nach Qualität und Quantität des entfremdeten Holzes, mit Geldstrafe, Restitution und Schadenersatz bestraft werden soll, und kann nichts den Denunziaten von der gesetzlichen Strafe und Entschädigungsleistung befreien, als der Beweis, auf eine ge-

setzmäßige Weise, und ohne den betreffenden Forsten dadurch geschadet zu haben, in den Besitz der verbrauchten Baumzweige gekommen zu seyn.

Es haben daher sämmtliche Forstbedienten, Polizei- u. andere Lokal-Behörden auf die strengste Befolgung dieser Verordnung pünktlich zu achten, und alle Contraventions-Fälle zur Einleitung eines polizei-gerichtlichen Verfahrens sogleich anzuzeigen, alle Einwohner meines General-Gouvernements aber, was noch wünschenswerther ist, sich vor dieser, dem Forstwesen so nachtheiligen Uebertretung des eben vorgeschriebenen Gesetzes — die Veranlassung dazu mag auch noch so erfreulich und wohlthätig seyn — genau zu hüten, da es eben in diesen Fällen der Regierung doppelt unangenehm seyn muß, genöthigt zu seyn, die strafende Gewalt dagegen in Ausübung zu bringen.

3651. — Den 23. Sept. 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Um die seither öfter bey Arrest-Anlegungen, auf die von Privat-Personen bey der Landes-Casse zu erhebenden Gelder, entstandenen Irrungen und Weitläuftigkeiten zu beseitigen, wird hierdurch festgesetzt, daß für die Zukunft, zwar wie bisher die Arrestanlegung nach Art. 69 Nr. 2 der Civil-Prozeß-Ordnung den Agenten des öffentlichen Schatzes, nunmehr dem Rendanten der Haupt-Casse, bekannt gemacht werden muß; daß aber der Gläubiger, um die wirkliche Auszahlung des arrestirten Betrages zu erhalten, sein desfallsiges Gesuch mit Beylegung des Urtheils, wodurch er zur Erhebung berechtigt wird, und eines Certificats des Rendanten der Haupt-Casse, daß keine weiteren Arreste auf die in Beschlag genommene Hebung haften, unmittelbar bey dem Gouvernement einzureichen, und demnächst eine förmliche Zahlungs-Anweisung zu gewärtigen hat.

Das Urtheil muß die Summe, welche der Arrestanleger zu erheben hat, in Buchstaben ausdrücken, und es muß ausdrücklich darin enthalten seyn, daß solche von der Casse gezahlt werden könne.

Der Rendant der Haupt-Casse führt über die angelegten Arreste ein eignes Buch, worin der Ertrag der Summe, wofür der Arrest angelegt worden, und der

Tag, wann die Arreſtanlegung geſchehen, vermerkt werden muß. Die gegenüberſtehende Seite muß dem Vermerk der geleiſteten Zahlung und der Aufhebung des Arreſtes gewidmet werden.

Die der Caſſe inſinuirte Bekanntmachung des Arreſtſchlages, und die Urtheile, welche die Zahlung oder die Aufhebung des Arreſtes verordnen, werden in einem General-Convolut geſammlet, und bilden die Belege jenes Buches über die angelegten Arreſte.

Sobald ein Arreſt bey der Haupt-Caſſe angelegt wird, muß ſie ſofort ſolches dem Gouvernement unter abſchriftlicher Beyfügung der Arreſt-Urkunde anzeigen.

Auf gleiche Weiſe iſt es bey andern öffentlichen Caſſen, wobey Arreſte angelegt werden, zu halten, und müſſen die Anzeigen und Geſuche, welche die Anlegung des Arreſtes, und die aus dem arreſtirten Object zu leiſtende Zahlung betreffen, bey der der Caſſe unmittelbar vorgeſetzten Behörde eingereicht werden.

3652. — Den 23. Sept. 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Aus mehrern mir überreichten Beſchwerdeführungen habe ich mich überzeugt, daß die unterm 16. Dezbr. v. J. durch die Präfectur-Akten des Rheindepartements bekannt gemachte Verordnung (Nro. 3464), wodurch die durch Privat-Contracte übernommenen Verbindlichkeiten nach Eintritt eines oder des andern Contrahenten in dem Militair-Dienſt für aufgehoben erklärt worden ſind, irrigerweiſe auch auf die nach den früher beſtandenen Geſetzen geſchloſſenen Remplacements-Contracte ausgedehnt, und darnach den Remplacenten von den früher Remplacirten die Zahlung der contractmäßigen Summen verweigert wird.

So wie nun zwar die Entſcheidung dieſer Fälle im Einzelnen zu dem Reſſort der Juſtiz-Behörden gehört, ſo finde ich mich doch veranlaßt, hierdurch zu erklären, daß die obengedachte Verordnung vom 16. Dezbr. v. J. nur auf ſolche Verbindlichkeiten, deren perſönliche Erfüllung durch den Eintritt des Contrahenten in den Militair-Dienſt unmöglich gemacht werden, Bezug hat, durchaus aber nicht auf die beſtehenden Remplacirungs-Contracte

ausgedehnt werden darf, da den Remplacenten das vollkommenste Recht auf die ihnen zugesicherten Summen, in sofern sie nämlich die gegen den Remplacirten übernommenen Verbindlichkeiten erfüllt haben, nicht abgesprochen werden kann.

3653. — Den 24. Sept. 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Da, wie ich jetzt erfahre, die Bewohner des hiesigen Landes von dem Betrage und der Verwendung der im vorigen Winter zu den Kosten des großen Rettungs-Kampfes geleisteten freywilligen Beiträge noch nicht unterrichtet worden sind; so eile ich, solche jetzt durch nachstehende Berechnung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Die Berger werden daraus ersehen, daß mit dem Betrage sämmtlicher freywilligen Gaben von 123,289 Fr. 60 Ct. u. einem Zuschusse von 7371 Fr. 60 Ct. aus der Staatskasse sämmtliche unvermögende freywillige Jäger, nämlich 900 zu Fuße und 42 zu Pferde, ausgerüstet worden sind.

Wem etwa daran gelegen seyn möchte, die Belege der Rechnung einzusehen, dem sollen selbige auf der Hauptkasse vorgezeigt werden.

Die freywilligen Jäger sind im Besitze ihrer Equipirungsstücke geblieben. Sie sind ihnen als ein freies Geschenk ihrer Mitbürger, für welche sie das Leben zu opfern bereit gewesen, belassen worden. Mögen sie solche künftig als wahrhafte Ehrenkleider tragen, und sich dabey stets der frey übernommenen, noch nicht erledigten heiligen Verpflichtung erinnern, willig für das Vaterland zu kämpfen, wenn dieses ihrer wieder bedürfen sollte.

Wenn die gegenwärtige Kundmachung denen Zufriedenheit gewährt, welche in der Zeit der Gefahr willig das Ihrige für das Vaterland geopfert; dann möge sie auch diejenigen, welche damals zweifelhaft oder egoistisch zurückgeblieben, dringend auffordern, auf andere Weise jetzt noch durch patriotische Opfer sich der neuen Wohlfahrt würdig zu beweisen.

Bemerk. Die Aufnahme der speziellen Berechnung des Empfangs u. der Ausgabe ist hier übergangen.

3654. — Den 28. Sept. 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Es iſt mir angezeigt worden, daß Beerdigungen vorgenommen worden ſind, bevor der Todesfall dem Beamten des Perſonenſtandes angezeigt war.

Ich ſehe mich dadurch veranlaßt, die ſämmtlichen Herren Pfarrer auf die Vorſchrift aufmerkſam zu machen; daß keine Beerdigung vorgenommen werden kann, bevor die Beſcheinigung des Perſonenſtandsbeamten über die geſchehene Eintragung des Geſtorbenen in die Sterberegiſter beygebracht iſt, und verordne zugleich, zur ſichern Vorbeugung ſolcher Unregelmäßigkeiten, daß jeder Pfarrer, ſo wie dieſes in Betreff der Getauften unter dem 17. Febr. verordnet worden, verbunden iſt, dem betreffenden Beamten des Perſonenſtandes am erſten eines jeden Monats ein genaues Verzeichniß der im verfloſſenen Monat beerdigten Perſonen einzureichen, und demſelben die ſämmtlichen von dem Perſonenſtandsbeamten ausgeſtellten Eintragungsbeſcheinigungen beyzufügen.

Die Perſonenſtandsbeamten haben ſich durch Vergleichung dieſer Verzeichniſſe und Beſcheinigungen mit den öffentlichen Regiſtern von der gehörigen Beobachtung der geſetzlichen Vorſchriften zu überzeugen, und die Uebertretungsfälle dem Prokurator des Kreistribunals anzuzeigen.

3655. — Aachen den 28. Sept. 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Verordnung wegen der Qualification zum Armenrechte.

Alle gerechte und menſchenfreundliche Staats-Verwaltungen haben es für Pflicht erkannt, dem armen und bedürftigen Unterthan, wie dem reichen und wohlhabenden, volle Gerechtigkeit widerfahren zu laſſen.

Darum verſtatten die Geſetzbücher ſolcher Staaten, z. B. das preußiſche, den Armen in ihren zu führenden Prozeſſen, unter gewiſſen Beſtimmungen, das ſogenannte Armenrecht. In den letzten franzöſiſchen, mit Unrecht als vollſtändig gelobten Geſetzbüchern fehlt dieſe Wohlthat ganz, und da ſolche einſtweilen noch gelten, ſo hat

dieſelbe in dem hieſigen General-Gouvernement bis jetzt nicht eintreten können.

Um jedoch ſchon ſofort unvermögende Partheien in den Stand zu ſetzen, zu ihrem Rechte zu gelangen, wird hiedurch feſtgeſetzt:

§. 1. Ein jeder, welcher weder an unbeweglichen oder beweglichen Gütern, noch an ausſtehenden Forderungen ſoviel beſitzt, noch auch in ſeinem Amte oder Gewerbe ſo viel verdienen kann, daß ihm, nach Abzug des nothdürftigen Unterhalts, für ſich und die Seinigen, annoch etwas zur Beſtreitung der Prozeßkoſten, nach einem ungefähren Ueberſchlage derſelben, frei bleibt, kann auf das Armenrecht Anſpruch machen.

§. 2. Wer hiernach des Armenrechts ſich bedienen will, wendet ſich deshalb an den Präſidenten des betreffenden Kreis-Gerichtes, und reicht dieſem ein:

1) Ein Atteſt des Steuereinnehmers ſeiner Gemeinde, welches den Beitrag des Supplicanten zu den directen Steuern angiebt.

2) Ein Atteſt des Bürgermeiſters der Gemeinde, über die häußlichen und Vermögensumſtände des Supplikanten; z. B. ob derſelbe verheirathet, wie viel Kinder er habe, wie viele derſelben noch unerzogen und unverſorgt ſind, und wie viel Einkünfte er ungefähr habe, oder wie viel er in ſeinen Verhältniſſen erwerben könne.

3) Eine Anzeige des anzufangenden Rechtsſtreites, oder der wider ihn angeſtellten Klage, in welcher er ſich des Armenrechts bedienen will.

§. 3. Das Kreis-Gericht, auf Veranlaſſung des Präſidenten, erkennt, nach Anhörung des Staats-Procurators, über die Zuläßigkeit des Geſuchs. Findet daſſelbe hiernach die Armuth hinlänglich beſcheinigt, ſo wird dem Impetranten auf ſtempelfreiem Papier ein Atteſt dahin ertheilt:

daß dem N. N. in dem Prozeſſe wider den N. N. unentgeltlich Juſtiz adminiſtrirt werden ſolle.

Findet das Gericht bedenklich, auf den Grund der von dem Bittſteller eingereichten Beweiſe, ihn zum Armenrechte zu verſtatten; ſo bleibt es demſelben überlaſſen, ſich von ihm Zeugen, welche mit ſeinen perſönlichen Verhältniſſen bekannt ſind, namhaft machen, und dieſe durch den Friedensrichter, oder einen aus ſeiner Mitte zu delegirenden Richter vernehmen zu laſſen; und dem Armen demnächſt das gedachte Atteſt zu ertheilen oder zu verſagen.

§. 4. Wird das Armenrecht erſt in weiterer Inſtanz nachgeſucht, ſo hat der oberſte Juſtizhof ſodann das §. 2 und 3 dem Kreis-Gericht vorgeſchriebene Verfahren zu beachten.

§. 5. Hat der Arme ſich bei einem Prozeſſe zum Armenrechte qualifizirt, und er bedarf deſſelben in einem zweiten oder dritten u. ſ. w. ſo wird es dem Ermeſſen des Gerichtes anheim geſtellt, demſelben auf den Grund der frühern Ausmittelungen ein gleiches Atteſt auszuſtellen, oder neue geeignete Ausmittelungen zu veranlaſſen.

§. 6. Von demjenigen, welcher ſolchergeſtalt zum Armenrechte verſtattet iſt, können nicht weiter Koſten verlangt, ſo wie die etwa rückſtändigen nicht nachgefordert werden.

§. 7. Unter Vorzeigung des Atteſtes wendet derſelbe ſich an die Kammern der Anwälde und Gerichtsvollzieher, welche Einen aus ihrer Mitte beauftragen, ihn vor Gericht zu vertreten, oder die Ladungen, Vollſtreckungen des Urtheils u. ſ. w. zu bewirken.

Die Kammern haben hiebei eine billige Reihenfolge zu beobachten; und die etwaigen Beſchwerden, daß die von der Kammer zu dieſen Akten beauftragten Perſonen ihr Geſchäft nachläßig verwalten, ſorgfaltig zu prüfen, und nöthigenfalls ſtrenge zu rugen.

§. 8. Die Akte und übrigen Verhandlungen, welche auf Stempelpapier geſchrieben werden müſſen, werden nunmehr da, wo der Arme ſonſt den Stempel zu berichtigen haben würde, auf freies Papier aufgeſetzt, und, unter Vorzeigung des oben bemeldeten Atteſtes, von dem betreffenden Rentmeiſter blos viſirt.

Auf gleiche Weiſe werden die Einregiſtrirungs- und Gerichtsſchreiberei-Gebühren im Debet eingetragen.

Um dieſe Vorzeigung des Atteſtes zu erleichtern, können, wo es nöthig iſt, vidimirte Abſchriften von demſelben gefertigt werden.

§. 9. Das Armenrecht kann die Parthei in keinem Falle vorſchützen, wo ſie verurtheilt werden möchte, der entgegengeſetzten Parthei Koſten zu erſtatten; ſondern dieſe können durch jedes exekutoriſche Mittel von derſelben beigetrieben werden.

Dagegen iſt aber auch die vermögende Parthei nicht befugt, Koſtenfreiheit, oder Koſtenſtundung zu verlangen, unter dem Vorwande, daß dieſelben ihr nicht würden erſtattet werden können.

§. 10. Ergiebt ſich aus dem Vortrage des mit dem Armenrechte verſehenen Klägers der Ungrund der Klage, ſo iſt es Pflicht des ihm beigeordneten Anwaldes, den Kläger hierüber zu belehren, ihn von Anſtellung des Prozeſſes, unter Hinweiſung der auf muthwilliges Prozeſſiren geordneten Strafen, abzurathen, darüber eine beſondere Verhandlung aufzunehmen, und dieſe auf der Gerichtsſchreiberei (Greffe) niederzulegen.

§. 11. Beſteht die ſolchergeſtalt belehrte Parthei auf Anſtellung des Prozeſſes, ſo hat es dabei ſein Bewenden; dagegen aber ſoll dieſelbe, bei grundloſen Klagen, wenn ſie über den Ungrund belehrt iſt, oder wenn ſie wiſſentlich unrichtige Thatſachen zu Unterſtützung ihres Antrages vorgebracht hat, und demnächſt unterliegt, auf Antrag des Staats-Prokuratores, wegen dieſer Prozeßſucht, durch das Gericht in 8 Tage bis 4 Wochen Gefängnißſtrafe verurtheilt werden, ohne daß gegen dieſe Ordnungsſtrafe ein weiteres Rechtsmittel ſtattfande.

§. 12. Wenn eine ſolche Parthei, durch den anzuſtellenden Prozeß über zweihundert Franken erſtreitet; ſo ſoll ſie jedesmal die Hälfte des Erſtrittenen zu Berichtigung der Koſten verwenden, und zwar in der Art, daß

1) der Gerichtsvollzieher ganz befriedigt,

2) der Anwald,

und daß erſt der Reſt verwendet wird, um die geſtundeten Stempel-, Einregiſtrirungs- und Gerichtsſchreiberei-Gebühren zu berichtigen.

§. 13. Wenn der Arme in der Folge wieder zu beſſern Vermögens-Umſtänden gelangt, ſo iſt er zu nachträglicher Zahlung der Koſten verbunden, und iſt es Pflicht des öffentlichen Miniſteriums, und der Rentmeiſter, hierauf zu wachen.

§. 14. Wenn Jemand überführt wird, ſich des Armenrechts zur Ungebühr angemaßt zu haben, ſo ſind nicht nur ſämmtliche Koſten von ihm beizutreiben, ſondern es muß noch außerdem eine Unterſuchung wider ihn eingeleitet, und er, nach Beſchaffenheit der Umſtände, von dem Korrektionalgericht mit vierwöchiger bis achtmonatlicher Strafe belegt werden.

§. 15. Verſtehende Verordnung wird hiemit durch das offizielle Blatt zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und haben ſich die betreffenden Behörden nach derſelben auf das Genaueſte zu achten.

3656. — Aachen den 29. Sept. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Bekanntmachung über die zweien Commissarien aufgetragene Untersuchung des Zustandes des Medizinal-Polizeiwesens, als Vorarbeit der künftigen Reorganisation dieses Zweiges der Staatsverwaltung.

3657. — Aachen den 1sten October 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Nachträglich zur Verordnung (Nro. 3636) werden rücksichtlich der Justizverwaltung die Gränzen der einzelnen Gerichtsbezirke, der desfallsige Instanzenzug, und sodann auch bestimmt, daß der Revisionshof zu Coblenz alle schwebenden Corrections- und Criminal-Sachen von den Höfen zu Düsseldorf und Lüttich abfordern soll.

Bemerk. Am 17. Novbr. d. J. sind nachträglich zu den obigen Bestimmungen mehrere Modificationen und Erläuterungen publizirt worden. (Conf. Quellw. Lit. V.)

3658. — Den 5. October 1814. — U.

Der General-Gouvernements Polizei-Direktor.

Zur Verminderung der herrenlosen Hunde und zur Verhütung der daraus entstehenden Hundswuth wird die Haltung eines Hundes mit Ausnahme einiger der Hunde bedürftigen Stände nur gegen Auslösung eines blechenen Zeichens, welches jeder Hund am Halse tragen muß, wofür 2 Franken an die Gemeinde-Casse entrichtet werden, gestattet; zugleich werden Vorschriften gegen das Herumlaufen der Hunde und über die Polizei-Maaßregeln bei einer ausbrechenden Hundswuth ertheilt.

3659. — Den 10. October 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Damit die Bewohner des hiesigen Landes bey der ge-

genwärtigen Eintreibung der Kriegssteuer wissen, wozu dieselbe verwendet worden und noch gebraucht wird; so bringe ich solches hierdurch zur öffentlichen allgemeinen Kunde.

Die Ausgaben, welche davon bestritten sind, und noch getilgt werden müssen, betragen:

1) für die Ausrüstung der bergischen Truppen . .	2,246,668	Fr. 58 Ct.
2) für Lieferungen an die vereinigte schlesische Armee .	800,658	» 37 »
überhaupt .	3,047,326	Fr. 95 Ct.

Die Spezial-Etats über beiderley Ausgaben, worin sämmtliche einzelne Posten derselben vorkommen, sind auf den Kreisdirectionen zu Jedermanns Einsicht niedergelegt worden.

Die Hauptberechnung nebst allen Belegen findet sich auf der hiesigen Generalkasse, welche, sie allen Betheiligten auf Verlangen vorzuzeigen, angewiesen ist.

Die ausgeschriebene, zur Deckung obiger Kosten bestimmte Kriegssteuer beträgt nur die Summe von .	2,699,291	Fr. — Ct.
von dieser Summe gehen für Ausfälle und Hebegebühren ab .	67,500	» — »
Es bleibt also nun Einnahme	2,631,791	» — »
mithin bleibt zu völliger Bezahlung obiger Kosten noch ein Ausfall von .	415,535	Fr. 95 Ct.

welcher, bis zu anderweiter höheren Bestimmung, aus den gewöhnlichen Landes-Einnahmen gedeckt werden wird.

Ich hoffe, daß die Berger sich aus dieser Darstellung nicht nur von der Rechtlichkeit und Schonung, welche bey Bestimmung der Kriegssteuer obgewaltet, sondern auch desto lebhafter von ihrer Pflicht überzeugen werden, solche gern und bald abzutragen, da sie das einzige Mittel ist, die gezwungenen Anleihen zurück zu geben, eine Menge dringender Gläubiger zu befriedigen, und da dieses Mittel sie zu der Theilnahme an einer bessern Zeit berechtigt, welche schon jetzt hier im Lande durch wieder aufleben den Wohlstand sich so sichtlich äußert, und bald durch eine bleibende, beglückende Regierung sich für immer befestigen wird.

3660. — Aachen den 10. October 1814 — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Vorschriften über die Buchführung wegen den bei den Kreis-Cassen stattfindenden Neben-Erhebungen für Rechnung von Gemeinden und öffentlichen Anstalten, über welche den Gouvernements-Commissarien die Disposition zusteht.

3661. — Aachen den 14. October 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Verordnung, die Abänderung verschiedener Dispositionen des bürgerlichen und peinlichen Rechts betreffend.

Wenn bei der bald zu erwartenden definitiven Organisation dieses Gouvernements es wünschenswerth ist, um Ungewißheit des Rechts zu vermeiden, in den bestehenden Gesetzen so wenig Abänderungen zu machen, wie nur möglich; so sind doch mehrere Dispositionen der französischen Gesetze dem Geiste der Einwohner dieses Gouvernements so wenig angemessen, andere aber durch die veränderten Verhältnisse so unpassend geworden, daß ich in dieser Beziehung, schon jetzt Folgendes zu verordnen, für nöthig erachte:

Erster Abschnitt.

(Zum Artikel 1 des bürgerlichen Gesetzbuches.)

In Erwägung, daß die, im ersten Artikel des bürgerlichen Gesetzbuches und im Decrete des 25. Prairial des Jahres 13 bestimmte Form der Verkündigung, und die Zeit, binnen welcher nach der Verkündigung die Gesetze verbindliche Kraft erhalten sollen, mit der Art und Weise der Abfassung der Gesetze, und der vorhergehenden öffentlichen Verhandlung über dieselben zusammenhangt, und daher für die gegenwärtige Lage der Dinge unpassend ist; wird hiedurch festgesetzt:

§. 1. Die Verordnungen des General-Gouvernements vom Nieder- und Mittel-Rhein, welche das bürgerliche oder peinliche Recht betreffen, verbinden einen jeden von dem Augenblicke an, wo sie zu seiner Wissenschaft gelangt seyn werden.

§. 2. Sieben Tage lang, nachdem der Abdruck derſelben in dem Journal vom Nieder- und Mittel-Rhein erfolgt iſt, ſoll Jedermann der Einwand der Unbekanntſchaft zu ſtatten kommen, bis ihm das Gegentheil nachgewieſen wird. Vom achten Tage an, ſoll er mit dieſem Einwand nicht weiter gehört werden.

Zweiter Abſchnitt.

(Zum Art. 34 Seq. des bürgerlichen Geſetzbuches.)

In Erwägung, daß in verſchiedenen Gemeinden des General-Gouvernements die Regiſter des Civilſtandes gar nicht, oder nicht ordentlich geführt, oder durch Kriegsunfälle verloren gegangen ſind;

wird hierdurch feſtgeſetzt:

§. 1. Alle Staats-Prokuratoren bei den Bezirks-Gerichten werden hierdurch angewieſen, gemeinſchaftlich mit den Gerichtsſchreibern die in die Archive des Gerichts eingeſchickten Regiſter des Jahre 1813 durchzuſehen, ob ſich in denſelben Lücken oder Vernachläſſigungen finden, und demnächſt binnen drei Wochen an das General-Gouvernement zu berichten, ob dieſe Regiſter auf irgend eine Weiſe fehlerhaft geführt, ſo wie auch, ob alle Regiſter dieſes Jahres richtig eingeſendet ſind, oder nicht.

§. 2. Ein gleicher Bericht wird im Febr. 1815 über die Regiſter des Jahrs 1814 von denſelben gewärtigt.

Dritter Abſchnitt.

Der Artikel 162 des bürgerlichen Geſetzbuches wird dahin abgeändert:

§. 1. Die Ehe mit Geſchwiſtern eines der verſtorbenen Ehegatten iſt erlaubt.

§. 2. Iſt die vorige Ehe durch Scheidung aufgelöſet, ſo findet die Wiederverheirathung nur nach vorgängiger, von dem General-Gouvernement zu ertheilender Dispenſation ſtatt.

Vierter Abſchnitt.

Der Artikel 228 des bürgerlichen Geſetzbuches wird dahin abgeändert:

§. 1. Wittwen und geſchiedene Frauen, welche ſich aus der vorigen Ehe geſtändlich oder notoriſch ſchwanger befinden, können, nachdem ihre Entbindung erfolgt ſeyn wird, auch innerhalb der zehnmonatlichen Friſt zu einer ferneren Ehe ſchreiten.

§. 2 Auch in andern Fällen kann der betreffende Kreis-Direktor einer Wittwe oder geschiedenen Frau die Dispensation zu anderweitiger Verheirathung derselben, noch vor Ablauf der zehn Monate, ertheilen, wenn nach den Umständen, und dem Urtheil der Sachverständigen eine Schwangerschaft nicht wahrscheinlich ist.

§. 3. Doch soll dergleichen Dispensation vor Ablauf dreier Monate nach getrennter voriger Ehe niemals ertheilt werden.

Fünfter Abschnitt.

Der Artikel 156 der bürgerlichen Prozeßordnung wird dahin abgeändert:

Die sechsmonatliche Frist, binnen welcher die Vollstreckung des Contumacial-Urtheils nachgesucht werden mußte, wird für alle diejenigen Urtheile, bei denen diese Frist am 1. Januar 1814 noch nicht abgelaufen war, ohne alle Ausnahme, bis zum 1. Januar 1815 verlängert.

Sechster Abschnitt.

In Betreff der Vollstreckung von Ausländern erstrittener rechtskräftiger Erkenntnisse gegen Einländer, wird hierdurch festgesetzt:

Hat der Beklagte gegen ein rechtskräftiges Erkenntniß Kassation eingelegt, und der klägerische Ausländer sucht aus diesem Exekution nach, so hat es zwar bei der Vollstreckung der Exekution sein Bewenden, dem Beklagten steht es aber frei, sofern der Kläger kein, zur etwaigen Deckung des Beklagten, zureichendes Vermögen im Gouvernement besitzt, auf das von ihm beigetriebene Objekt einen Arrestschlag anlegen zu lassen, und soll der Nachweis der einaelegten Kassation zu Begründung des Arrestschlages hinreichen. — Uebrigens bleibt es den Partheien überlassen, wenn sie es zu ihrer Sicherheit für nöthig halten, die Deposition der mit Arrest verstrikten Objekte zu veranlassen.

Siebenter Abschnitt.

(Zum Artikel 154, 189 und 315 der peinlichen Prozeßordnung.)

§. 1. Der Instruktions-Richter soll vor dem Schlusse der Untersuchung alle Zeugen-Verhöre, welche bis dahin noch nicht beeidigt sind, beschwören lassen.

§. 2. Vor dem Schluſſe der Inſtruktion iſt der Angeſchuldigte über die gegen ihn aufgetretenen Zeugen zu vernehmen, und mit der Auſſage derſelben im Allgemeinen bekannt zu machen.

§. 3. Alle erheblichen Zeugen müſſen, wie bisher, in der Audienz perſönlich erſcheinen.

§. 4. Sind bei Kriminal-Sachen die Zeugen verſtorben, oder die Urſachen, welche ihr Erſcheinen verhindert haben, von der Art, daß man mit Gewißheit abnehmen kann, daß ſie auch bei der nächſten Sitzung nicht angehalten werden können, zu erſcheinen, ſo ſoll deren ſchriftliche Auſſage, ſofern ſie von dem Inſtruktions-Richter, oder einer von ihm beauftragten Gerichtsperſon aufgenommen, und von dem Zeugen beſchworen iſt, verleſen werden; und bleibt es dem Gewiſſen der Geſchwornen ganz überlaſſen, welcher Glaube einer ſolchen Vernehmung beizulegen.

§. 5. In Korrektions-Sachen kann die Verleſung der ſchriftlichen und beſchwornen Zeugen-Auſſage erfolgen, ſobald der gehörig abgeladene Zeuge nicht erſcheint; jedoch bleibt die Vertagung der Sachen dem Gerichte freigeſtellt, wenn es von dem perſönlichen Erſcheinen des Zeugen in einer folgenden Audienz eine vollſtändigere Ausmittelung hofft.

§. 6. Unbeeidigte Auſſagen dürfen nur, wenn der Staats-Prokurator und der Inkulpat darauf übereinſtimmend antragen, in der Audienz verleſen werden.

Vorſtehende Abänderungen werden hiedurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und werden alle Staats-Beamten, ſo wie jeder, den ſie betreffen, hierdurch angewieſen, ſich nach denſelben auf das Genaueſte zu achten.

3662. — Aachen den 15. October 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Publikation eines Regulativs über die den Einquartirten und den Wachen zuſtehenden Quantitäten von Feuerungs- und Erleuchtungs-Materialien, und einer Zuſammenſtellung der über die Truppen-Verpflegung in Kriegs- und Friedenszeiten ergangenen frühern Beſtimmungen.

3663. — Aachen den 15. Octob. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Publication einer Bekanntmachung des königl. preuß. Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten über die Anmeldung der auf Contracte gegründeten Reklamationen gegen Frankreich, zu deren Zahlung ſich der König von Frankreich durch den am 30. May d. J. geſchloſſenen Friedenstraktat verbindlich gemacht hat; nebſt Anweiſung über die von den Reklamanten dabei zu beobachtenden Formen.

Bemerk. Am 22. October hat der General-Gouverneur im Herzogthum Berg eine gleichartige Bekanntmachung erlaſſen. (Conf. das Quellwerk Lit. U.)

3664. — Den 25. October 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Bei Gelegenheit zweier ſtattgefundenen bedeutenden Feuersbrünſten werden die Beſtimmungen der bergiſchen allgem. Feuer-Aſſekuranz-Ordnung erneuert, daß die nicht zu dieſem gegen Brandſchaden ſichernden Inſtitute gehörigen Brandbeſchädigten weder Collekten-Erlaubniſſe, Steuernachläſſe, noch auch andere Unterſtützungen von Seiten der Regierung zu erwarten haben.

3665. — Aachen den 27. October. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Nachträglich zur Verordnung vom 1ſten Juny d. J. (Nro. 3559) werden die den Kreispolizei-Inſpektoren, in Bezug auf ihre Verhältniſſe zum Kreisdirektor und zu den Localpolizeibehörden, obliegenden Amtspflichten und die ihnen zuſtehenden Amtsbefugniſſe ausführlich (in 14 §§.) beſtimmt.

3666. — Den 28. October 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Ich sehe mich veranlaßt, den sämmtlichen Herren Pfarrern des Landes hiedurch in Erinnerung zu bringen, daß bey dem in Betreff der ehelichen Trauungen durch die Verfügung vom 6. Sept. d. J. (Nro. 3631) neuerdings angeordneten Verfahren zufolge des Inhaltes des §. 5 jener Verordnung, das bürgerliche Aufgeboth an die Stelle der bürgerlichen Trauung getreten ist; mithin die kirchliche Einsegnung ohne vorherige Beibringung des Zeugnisses, daß diese erfolgt und allen bürgerlich gesetzlichen Erfordernissen zur Schließung des Ehebündnisses Genüge geschehen ist, auf keinen Fall und zwar bey Vermeidung der im Art 199 und 200 des peinlichen Gesetzbuches bestimmten Strafe, vollzogen werden darf.

3667. — Den 3. Novbr. 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Nach dem §. 13 der Verordnung vom 6. Sept. d. J. (Nro. 3631) über die Schliessung der Ehen, treten in Ansehung des kirchlichen Aufgebothes und der priesterlichen Trauung neben den neuen Bestimmungen, die Verordnungen, welche vor der Einführung des Civil-Gesetzbuches hierüber bestanden haben, namentlich diejenigen vom 8. Nov. 1802, vom 28. Oct. 1803 und vom 16. April 1804 wieder in Kraft.

Da es den Anschein hat, daß diese Verordnungen, zu der Zeit, wo sie erlassen wurden, nicht gehörig bekannt geworden, oder während der Zwischenherrschaft der fremden Gesetzgebung in Vergessenheit gerathen sind, so werden dieselben hierunter zu jedermanns Wissenschaft wieder abgedruckt; jedoch zugleich bemerkt, daß die Verordnung vom 16. April 1804 irrthümlich unter den übrigen mit angeführt worden ist, indem sie, obgleich ebenfalls eine landesherrliche Verfügung, nur die Anwendung der in der Verordnung vom 8. Nov. 1802 enthaltenen Grundsätze auf einen einzelnen Fall darstellt.

Bemerk. Die oben angeführten 2 Verordnungen sind unter Nro. 2669 u. 2719 d. S. wörtlich aufgeführt.

3668. — Aachen den 4. Novbr. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Nachträglich zur Verordnung (Nro. 3576) über das Rechnungswesen der Kassenbeamten wird rücksichtlich der darüber auszuübenden Controlle verordnet, daß die vorgeschriebene Visirung der Kreis-Kassen-Quittungen durch die Kreisdirectoren innerhalb den nächsten 24 Stunden nach Ertheilung der Quittungen, unter dem Nachtheil der Ungültigkeit der letztern, nachgesucht werden muß.

3669. — Aachen den 4. Novbr. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Zur Wiederaufhülfe des vernachlässigten Bergbaues werden Bergbau-Commissarien ernannt, und deren Amtsbefugnisse, unter Beibehaltung der französischen Verwaltungs- und Polizei-Gesetze über den Bergbau und das Hüttenwesen, namentlich der Dekrete vom 21. April 1810, 6. May 1811 und 3. Januar 1813, festgesetzt.

3670. — Den 5. Novbr. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Publication einer Bekanntmachung des königl. preuß. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, wonach die Freiheit des Handelsverkehres zwischen Preußen und Norwegen wieder vollkommen hergestellt ist.

3671. — Aachen den 6. Novbr. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Bewilligung einer Frist bis zum 1sten Dezbr. d. J. zur nachträglichen Einregistrirung und Stempelung gegen die einfache gesetzliche Gebühr aller seither ohne diese gesetzliche Erfordernisse geschlossenen Verträge, Acten ꝛc. Die

nach dieser Frist entdeckt werdenden Contraventionen sollen streng nach dem Gesetz vom 7. Frimaire Jahres 7 bestraft werden.

3672. — Aachen den 6. Novbr. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Anordnung einer Commission zur vorläufigen Untersuchung und Richtigstellung der gegen Frankreich anzumeldenden Forderungen diesseitiger Unterthanen.

3673. — Aachen den 7. Novbr. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Errichtung eines fortdauernden von 6 zu 6 Wochen sich erneuernden Normal-Lehr-Cursus zu Brühl für schon angestellte oder künftige Landschullehrer der Bezirke Aachen, Cöln und Verviers, nebst Festsetzung der Lehrgegenstände, des ökonomischen Verhältnisses dieser Anstalt, und der Bedingungen, unter welchen die Schulamts-Candidaten daran Theil nehmen können.

3674. — Den 8. Novbr. 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Mit Hinweisung auf die Verordnung vom 30. Juny d. J. (Nro. 3584), worin vorgeschrieben ist, daß zu neuen Mühlen-Anlagen, oder zur Umschaffung schon vorhandener zu einem andern Gewerbs-Betriebe angelegter Mühlen in Getreide-, Mahl- oder Schroot-Mühlen der Consens der Ober-Landes-Polizey-Behörde nachgesucht werden soll, wird zur nähern Belehrung derjenigen, welche dergleichen Mühlen-Anlagen beabsichtigen und dazu des vorgedachten Consenses bedürfen, folgendes nachträglich bekannt gemacht und verordnet:

1) Jeder, der überhaupt zu Bau-Anlagen auf einem Grundstücke gesetzlich berechtigt ist, soll auch zu Anlagen

von Mühlen, die durch Waſſer, Wind, thieriſche Kräfte oder Dämpfe getrieben werden, berechtigt ſeyn, jedoch mit Beobachtung der deßhalb ſchon erlaſſenen und noch zu erlaſſenden Polizey-Vorſchriften in Abſicht der Feuer-Sicherheit.

2) Ohne Genehmigung der Landes-Polizey-Behörde darf keine Mühle angelegt, oder eine vorhandene verändert werden.

3) Wer eine Mühle bauen, eine eingegangene herſtellen, oder an einen andern Ort verlegen will, muß dem betreffenden Kreis-Director mit Einreichung des Plans, aus dem, wenn es eine Waſſermühle iſt, das Niveau-ment ſichtbar wird, von der beabſichtigten Einrichtung Anzeige machen. Zugleich muß der Bauherr ſolches, und ob es eine Ober- Unterſchlägige oder eine Panzermühle ſeyn ſoll, in den benachbarten Gegenden durch Anſchlag an die Kirchenthüren und in den Krügen, ſo wie gleichzeitig dreymal in den Intelligenz-Blättern und Zeitungen bekannt machen.

Bey allen Mühlen, die nicht Waſſermühlen ſind, bedarf es jedoch nur der Bekanntmachung an die Beſitzer der zunächſt gränzenden Grundſtücke.

4) Ein jeder, der durch die beabſichtigte Mühlen-Anlage eine Gefährdung ſeiner Rechte fürchtet, muß den Widerſpruch binnen 8 Wochen präkluſiviſcher Friſt, vom Tage der vorgedachten Bekanntmachung an, ſowohl bey dem betreffenden Kreis-Director, als bey dem Bauherrn einlegen.

Der Beſitzer einer ſchon vorhandenen Wind- oder Waſſermühle hat als ſolcher kein anderes Widerſpruchsrecht gegen die neue Anlage, als wenn ſie ihm Wind oder Waſſer in dem Maaße entzieht, oder letzteres aufſtauet, daß er nach der Art ſeines bisherigen Betriebs einen Schaden beweiſen kann, wofür er nicht vollſtändig entſchädigt wird. Es verſteht ſich, daß im letztern Falle der Schaden-Erſatz nur dann angenommen werden darf, wenn die oberſte Landes-Polizey-Behörde die neue Anlage als überwiegend vortheilhaft anerkennt.

5) Jene wird den Bau und die Veränderung einer jeden Mühle verſagen, wenn

a) die Anlage in allgemeiner landespolizeylicher Hinſicht oder aus überwiegenden Gründen des allgemeinen Beſtens unzuläßig iſt, z. B. bey einer Waſſermühle

wegen eines der Landes-Kultur hinderlichen Waſſerſtandes

b) ein nach Art. 3 erhobener Widerſpruch gegründet befunden worden iſt. Endlich

6) ſoll gegen die Entſcheidung der Landes-Polizey-Behörde kein prozeſſualiſcher Weg verſtattet werden.

3675. — Aachen den 13. Novber 1814. — U. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Publication eines am 10. v. M. zu Brüſſel mit dem General-Gouvernement von Belgien geſchloſſenen Handels- und Zoll-Tractates nebſt Beſtimmung der den dieſſeitigen Verwaltungsbeamten obliegenden Mitwirkung zur Erfüllung der feſtgeſetzten Förmlichkeiten rückſichtlich der zu ertheilenden Urſprungs-Certificate über inländiſche Fabrikate ꝛc.

Bemerk. Am 6. Dezbr. d. J. iſt dieſer Tractat gleichmäßig von dem General-Gouverneur des Herzogthums Berg und mit der Beſtimmung publicirt worden, daß er in allen Punkten auf das letztgedachte General-Gouvernement anwendbar ſey. (Conf. das Quellwerk Lit. U.)

3676. — Den 14. Novbr. 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Damit dem im hieſigen General-Gouvernement allgemach wieder überhand nehmenden Bettelweſen mit mehrerem Nachdruck, als bisher geſchehen, geſteuert werde, wird hierdurch verordnet, daß alle diejenigen, welche ſich als Bettler betreten laſſen, durch die Polizeybehörde ſofort verhaftet, und dem Procurator des betreffenden Tribunals überliefert werden ſollen, um nach den, in Betreff der Betteley in dem Strafgeſetzbuche enthaltenen Beſtimmungen, unnachläßig und mit aller Strenge zu körperlichen Strafen verurtheilt zu werden.

Kinder unter zwölf Jahren, welche bettelnd betroffen werden, ſollen dagegen zum erſtenmale ihren Eltern mit

einer Warnung zurückgebracht; im Wiederbetretungsfalle aber vor die Ortsbehörde geführt, und allda körperlich mit Ruthenſtreichen auf entblößtem Rücken gezüchtiget werden.

Ueber die Anwendung dieſer Strafe, und über den Grad derſelben erkennt die Polizeybehörde des Orts, in deren Gegenwart die Strafe zu vollziehen iſt. Die Zahl der Streiche kann jedoch nicht über zwölf ſteigen. Kinder von 12 bis 16 Jahren werden mit Arreſt von 3 bis 30 Tagen beſtraft, und mit Arbeit im Arreſt beſchäftiget. Im Wiederholungsfall kann der Arreſt halb bey Waſſer und Brod nach Ermeſſen geſchärft werden.

Sollte auch dieſe Züchtigung ohne Erfolg bleiben, und das beſtrafte Kind wiederholt auf der Betteley ertappt werden, ſo ſollen die Eltern, in ſo fern ſich nach vorhergegangener Unterſuchung ergiebt, daß dieſe das Kind zum Betteln anhalten, auf gleiche Art, wie die Bettler, beſtraft werden.

3677. — Den 16. Novbr. 1814 — A. U.

Der General-Gouverneur.

Um dem Eide das Feyerliche und Ehrwürdige wieder zu geben, was er durch die Trennung aller religiöſen Form von der Ableiſtung deſſelben verloren hatte, wird nachſtehendes verordnet:

1) Jeder Eid wird ganz in derjenigen Form abgeleiſtet, welche vor der Einführung der franzöſiſchen Geſetzgebung gebräuchlich war.

2) Es muß daher jeder Schwörende vor der Abnahme des Eides über die Confeſſion, zu welcher er ſich bekennet, befragt, und dieſe im Protokoll bemerkt werden.

3) Der Abnahme des Eides muß eine kurze Erinnerung an die Pflicht zur Wahrheit, an die Wichtigkeit des Eides und an die zeitlichen und ewigen Strafen des Meineides vorhergehen.

4) Der Eid wird ſtehend erhoben und geleiſtet; geſchieht die Eidesleiſtung vor verſammeltem Gericht, ſo müſſen ſich ſämmtliche Mitglieder erheben.

5) Der Präſident oder derjenige Richter, vor welchem der Eid geleiſtet wird, erhebt denſelben von dem Schwö-

renden. Die Abnahme müß mit derjenigen Würde und Feyerlichkeit geſchehen, wie es eine ſo wichtige und ernſte Handlung erfordert.

3678. — Den 19. Novbr. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Beſtimmung, daß auch die früher unter dem franzöſiſchen Gouvernement von den Beamten erlegten Cautionsgelder ſich zur Reklamation gegen Frankreich eigenen.

3679. — Den 20. Novbr. 1814. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Die bergiſche Medizinal-Ordnung vom Jahr 1773 verbietet Art. 29 den Apothekern bey 10 Rthlr. Strafe Branntwein und Likeure zu verzapfen.

So unverkennbar heilſam dieſe Verordnung auch immer iſt, ſo muß ich dennoch vernehmen, daß derſelben von mehreren Apothekern ungeſtraft entgegen gehandelt wird. Ich bin daher bewogen worden, dieſelbe dahin zu erneuern, daß die Apotheker, welche ihr fernerhin entgegen handeln, zum erſtenmal mit 10 Rthlr., zum andernmal mit 20 Rthlr., und im abermaligen Wiederholungsfalle mit Schließung ihrer Apotheken beſtraft werden ſollen.

Die Herren Kreis-Directoren und Bürgermeiſter, vorzüglich aber die Polizey- und Medizinal-Behörden haben auf die ſtrenge Beobachtung dieſer Verordnung zu wachen.

3680. — Aachen den 21. Novber 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Bis zu der, im Verbande mit den General-Gouvernements von Berg und Weſtphalen, nächſtens einzuführenden allgemeinen Zollordnung ſoll die Erhebung eines Salz-Zolles von 3 Fr. u. resp. 2 Fr. bei der Einfuhr und von 22½ Ct. bei der Ausfuhr aus dem, und in das Ausland, von 50 Kilogr. Gewicht ſtattfinden. Die vor-

bezeichneten Gouvernementsbezirke, in so fern dort die Zollabgabe entrichtet worden, werden nicht zum Auslande gerechnet. Der wirkliche Salzbestand im Innern des Landes wird der Zollabgabe unterworfen. Die auf Contraventionen haftenden Strafen, wobei die Personalstrafen ausdrücklich auf ein Maximum von 6monatl. Verhaftung festgesetzt sind, werden nebst der Form der desfallsigen Procedur und jener der Erhebung und Verwaltung dieser Abgabe ausführlich bestimmt.

3681. — Aachen den 25. Novbr. 1814 — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Verordnung, die im ganzen Bezirk des General-Gouvernements ferner nicht mehr ohne specielle Erlaubniß zu gestattende Anlegung oder Transferirung von Apotheken betreffend.

Unter den vielen Misbräuchen, welche die eben so oberflächlich gedachte, als nachlässig verwaltete französische Medicinal-Polizei erzeugt hat, ist die ganz aufsichtslose Vervielfältigung der Apotheken einer der gefahrlichsten, und bedarf einer schleunigen, nicht bis zur definitiven Organisation dieses Verwaltungs-Zweiges, gleich manchen übrigen, hinauszuschiebenden Remedur. In dieser Hinsicht wird provisorisch Folgendes verordnet:

1) Im ganzen Bezirk des General-Gouvernements soll von jetzt an keine neue Apotheke ohne ausdrückliche Erlaubniß der Regierung angelegt werden. Wer eine solche anlegen will, muß deßhalb die Erlaubniß bei seinem vorgesetzten Kreisdirector nachsuchen, welcher darüber gutachtlich an seinen Gouvernements-Commissair, und dieser an mich zur Entscheidung berichtet. Jede, nach Publikation gegenwärtiger Verordnung, ohne diese Erlaubniß angelegte neue Apotheke, soll nicht nur augenblicklich geschlossen werden, sondern auch der Besitzer einer Geldstrafe von 500 — 2000 Fr. unterliegen.

2) So oft künftig eine Apotheke durch Kauf, Tausch, Erbschaft oder durch was immer für einen Rechtstitel von einem Besitzer auf den andern übertragen wird, soll der neue Besitzer verbunden seyn, davon bei seinem vorgesetzten Kreisdirector die Anzeige zu machen, dieser aber

alsdann darauf halten, daß die Verwaltung der Apotheke durch solche Besitz-Veränderung nicht in unkundige Hände gerathe. Durch Unterlassung der obigen Anzeige wird für den neuen Besitzer der Apotheke eine Geldstrafe von 100 — 500 Fr. verwirkt.

3) Sämmtliche Herren Gouvernements-Commissarien, Kreisdirectoren und Orts-Bürgermeister sind mit strenger Handhabung gegenwärtiger Verordnung beauftragt.

3682. — Den 25. Novbr. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Publication eines von dem königl. preuß. General-Militair-Commando festgesetzten Regulativs uber die Berechtigung zu Holz und Licht der Einquartierten und der Wachen.

3683. — Den 30. Novbr. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Die Bestimmung des §. 54 der Gemeinde-Verwaltungs-Ordnung vom 13. Oct. 1807 (Nro. 2987), daß jedes Mitglied des Munizipal-Rathes, welches 3mal nacheinander aus Nachläßigkeit den Gemeinde-Rathssitzungen nicht beigewohnt hat, seine Eigenschaft als Mitglied verlieren soll, und nur nach einem Zeitraum von 2 Jahren wieder erwählt werden kann, wird erneuert und dahin geschärft, daß jeder auf diese Art seiner Stelle entsetzte Stadtrath oder Schöffe im Gouvernementsblatt öffentlich genannt werden soll.

3684. — Aachen den 2. Dezbr. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Das Tragen fremder Orden, welche diesseitige Unterthanen während des Bestandes des jetzigen General-Gouvernements erhalten haben, ist nur nach erhaltener Er-

laubniß der proviſoriſch die Landeshoheits-Rechte ausübenden Krone Preußens erlaubt.

3685. — Aachen den 4. Dezbr. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Der Preis der, zufolge des Handelsvertrages mit Belgien, erforderlichen Urſprungs-Certifikaten von inländiſchen Fabrikaten wird auf 10 Cent. feſtgeſetzt; die Ausfertigung geſchieht unentgeltlich.

3686. — Aachen den 8. December 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Verordnung über die Vertilgung der Wölfe.

Da ſich ſeit kurzem an verſchiedenen Punkten dieſes General-Gouvernements Wölfe gezeigt haben, ſo halte ich es für nöthig, theils einige ältere, die Vertilgung derſelben betreffende Maaßregeln, auf's neue bekannt zu machen, theils ſie durch andere zu erſetzen. Ich habe demnach Folgendes beſchloſſen, und verordne hiermit:

§. 1 Die Forſtofficianten ſind nach dem §. 12 der Jagd-Verordnung vom 18. Auguſt d. J. unter der Authorität der Gouvernements-Commiſſarien und Kreisdirektoren mit der Leitung der Wolfsjagden beauftragt.

Zu dieſem Ende haben ſich ſofort die Kreisdirektoren mit den Kreisforſtmeiſtern zu benehmen, um jeden Kreis, in Rückſicht der waldigten Gegenden, in 4 bis 6 Hauptabtheilungen abzuſondern, und zu jedem derſelben die hingehörigen Gemeinden zu legen.

Jede Hauptabtheilung bekömmt einen Anführer, welcher in der Regel der Kreisforſtmeiſter oder ein Oberförſter iſt. Da wo ſich keine Oberförſter befinden, werden der Kreisdirektor und der Kreisforſtmeiſter gemeinſchaftlich einen der Jagd kundigen und in der Nahe wohnenden angeſehenen Mann zum Chef der Abtheilung ernennen, welcher von dem Kreisdirector das Verzeichniß der zu ſeiner Abtheilung gehörigen Gemeinden und der Namen ihrer Bürgermeiſter erhält.

§. 2. Bei eintretendem Schnee, oder wenn Spuren von Wölfen da ſind, wird auf den Betrieb des Anführers durch die Forſtofficianten nach dem Wolfe geſpürt, und derſelbe von den betreffenden Mannſchaften eingekreiſet, und ſeine Tödtung bewirkt.

§. 3. Zu dem Ende wird mit Vorwiſſen des Kreisdirektors, welchem die Anzeige davon durch die Herrn Chefs der Wolfs-Jagd auf der Stelle zu machen iſt, nach dem §. 12 des Jagd-Reglements die nöthige Mannſchaft aus den benachbarten Gemeinden aufgeboten, und die Gemeinden werden bei Mittheilung der Nachricht, zu welcher Abtheilung ſie gehören, von den Kreisdirektoren dergeſtalt inſtruirt, daß ſie auf die erſte Aufforderung des Chefs ſpäteſtens innerhalb 6 Stunden zur Jagd erſcheinen müſſen. Dieſe Aufforderung geſchieht von dem Anführer der Abtheilung, an den Bürgermeiſter einer jeden Gemeinde, von welchem ſie ſodann weiter an die einzelnen Einwohner ergeht. Der Bürgermeiſter am Wohnorte des Jagdanführers liefert dem letztern die Boten zur Aufforderung der übrigen Bürgermeiſter, welche dafür an der Mannſchaft zur Wolfsjagd ſelbſt zu Gute gehen.

§. 4. Die Jagd muß mit den nöthigen Vorſichts-Maaßregeln veranſtaltet werden. Entgeht der Wolf in eine andere Abtheilung, ſo wird dem Anführer derſelben durch ſeinen Collegen ſogleich Kenntniß davon gegeben.

§. 5. Es iſt verboten, bei ſolchen Treibjagden, ohne ausdrücklichen Auftrag, Nutzwildprett zu ſchließen.

§. 6. Wolfsgruben ſollen nur ſelten und nicht ohne ſpezielle Erlaubniß der Kreisdirektoren, auch nur da angelegt werden, wo ſie ſchlechterdings zur Vertilgung der Wölfe nöthig ſind; das heißt in Gegenden, wo Wald u. Feldfluren oft abwechſeln, und folglich die Wölfe bei Nachtzeit aus einem Wald in den andern übergehen. Das Publikum iſt jedesmal von der Anlegung ſolcher Gruben zu benachrichtigen.

§. 7. Im ganzen Umfange des General-Gouvernements ſollen (unter den bisher üblich geweſenen Formalitäten des Beweiſes) folgende Prämien für die Vertilgung der Wölfe verabreicht werden:

für eine trächtige Wölfin	40	Francs.
für eine nicht trächtige Wölfin . .	30	»
für einen Wolf	20	»
für einen jungen Wolf	10	»

§. 8. Gegenwärtige Verordnung, mit deren Vollziehung die Herrn Gouvernements-Commissarien, Kreisdirektoren und Bürgermeister, so wie die Forstdirektion und die ihr untergebenen Forstoffizianten beauftragt sind, soll in dem Journal vom Nieder- und Mittel-Rhein inserirt und durch den Betrieb der Orts-Bürgermeister in den Gemeinden verlesen werden.

3687. — Aachen den 8. Dezbr. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Zur einstweiligen Aufrechthaltung des metrischen Maaß- und Gewicht-Systems werden, unter Beibehaltung des früher bestandenen Verification-Verfahrens, nähere Vorschriften zur Verwaltung und Beaufsichtigung dieses Polizeizweiges ertheilt, und der fernerhin zur Anwendung kommende, veränderte Verifications-Stempel aller Maaße und Gewichte festgesetzt. (Conf. Nro. 3709.)

3688. — Aachen den 9. Dezbr. 1814. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Reglement über die Verwaltung der Gemeinde-Forsten, so wie der ungetheilten und den öffentlichen Anstalten zugehörigen Waldungen, als Nachtrag zu dem Forstreglement vom 17. August 1814.

In Beziehung auf den §. 29 des Forstreglements vom 17. August 1814 wird hiermit über die Verwaltung derjenigen Waldungen, welche Gemeinden und öffentlichen Anstalten zugehören, so wie über die ungetheilten Forsten, d. h. solche, an welchen dem Staate mit Gemeinden oder Privaten gemeinschaftliche Eigenthums- und Nutzungsrechte zustehen, Folgendes provisorisch näher festgesetzt:

§. 1. Bei der Administration und Bewirthschaftung der Gemeinde-, ungetheilten und öffentlichen Anstalten zugehörigen Forsten finden, ausser den allgemeinen Grundsätzen des Forstreglements vom 17. August 1814, folgende besondere Anwendungen und Bestimmungen statt.

§. 2. Die Forstofficianten und insbesondere die Förster,

welche Gemeinde-, ungetheilten oder öffentlichen Anstalten zugehörigen Forsten neben herrschaftlichen Waldungen unter ihrer Aufsicht haben, oder bloß für erstere angestellt sind, sollen ihre Amtsverrichtungen auf die nämliche Art ausüben, wie sie für die herrschaftlichen Forsten in dem §. 7 des Forstreglements vom 17. August 1814 vorgeschrieben worden sind.

§. 3. Die Anstellung der Förster, welche bloß für Gemeindewaldungen (ohne Gemeinschaft mit herrschaftlichen) fungiren, soll auf folgende Weise geschehen:

1) Bei entstandenen Vakanzen solcher Försterdienste steht den Gemeinden die Befugniß zu, drei Subjekte als Förster zu präsentiren, welche nach dem §. 12 des Forstreglements vom 17. August a. c. von der Forstdirektion über ihre Fähigkeiten zu dem vakanten Dienste geprüft werden; und wovon dann der Brauchbarste von der Forstdirektion bei mir zur Anstellung in Antrag gebracht wird.

2) Der Vorschlag dieser drei Aspiranten geschieht von den Gemeinden nicht bei der Forstdirektion unmittelbar, sondern an die Kreis-Direktoren und Gouvernements-Commissaire, und von letztern an die Forstdirektion, mit der Aeusserung derselben über die Moralität und das Wohlverhalten der Aspiranten.

3) Sollte von den drei Subjekten, welche als Aspiranten zu der erledigten Forststelle in Vorschlag gebracht worden sind, nach vorgängiger Prüfung, keiner von der Forstdirektion für tüchtig erachtet werden, so wird die letztere bei mir ein anderes Subjekt direkt in Vorschlag bringen.

4) Den Gemeinden, welche bei Anstellung dieser Förster interessirt sind, steht es jedoch zu, aus ihrer Mitte Jemand zu delegiren, der bei der Prüfung der von ihnen präsentirten Aspiranten gegenwärtig seyn kann

5) Die Anstellung und Beeidigung der Förster für ausschließliche Gemeinde-Forsten geschieht ganz nach dem §. 11 des Forstreglements vom 17. August 1814.

6) Bei dem großen Interesse, welches die Gemeinden an der Administration ihrer Forsten haben, steht denselben, und insbesondere den Bürgermeistern und Ortsvorstehern, die Befugniß zu, und sie haben selbst die Verpflichtung, auf die Dienstverrichtungen ihrer Förster mitzuachten; erstere sind aber keineswegs berechtigt, dem angestellten Förster unmittelbare Weisungen oder Befehle zugehen zu lassen, sondern es haben die Gemeinden die

etwaigen Beschwerden über die Dienstführung eines solchen Förſters, dem Bezirks-Ober-Förſter anzuzeigen, unter welchem derselbe steht.

Sollte den angebrachten Beschwerden nicht abgeholfen werden, so steht den Gemeinden eine weitere Anzeige darüber an die betreffenden Kreis-Direktoren zu, und es sollen alsdann die Beschwerden durch die Gouvernements-Commissarien und die Forſtdirektion gehörig untersucht, und wenn sie gegründet sind, beseitigt werden.

Alle Befugnisse, welche im §. 3 den Bürgermeistern oder Gemeinden ertheilt sind, werden für die Waldungen öffentlicher Anstalten von den Vorstehern derselben unter gleicher Authorität ihrer vorgesetzten Behörden ausgeübt.

§. 4. Die Anstellung der Förſter, welche neben Gemeinde-, ungetheilten und öffentlichen Anstalten zugehörigen Forsten auch herrschaftliche Forsten in Aufsicht haben, oder welche für ungetheilte allein fungiren, geschieht ganz auf die Weise, als bei Förſtern, welche bloß für herrschaftliche Forsten fungiren; und es steht also den interessirten Gemeinden eine Einwirkung in die Anstellung nicht zu.

§. 5. Da es in dem Geiste der jetzigen Verfassung liegt, jeden Eingriff in das Privateigenthum aufzuheben und das Bestreben derselben darauf hinaus gehet, einen so wichtigen Theil der Gemeinde-Güter, als die Waldungen sind, denselben so nutzbar als möglich zu machen, so werden nachstehende Lasten und Präſtationen, welche unter der vorigen Regierung hie und da auf die den Gemeinden und öffentlichen Anstalten zugehörigen Forsten gelegt waren, hiermit ausdrücklich aufgehoben:

1) Die 10 Procent Gelder, welche bei meistbiethenden Holzverkäufen von den Holzkäufern auſſer dem Steigerschillinge zur herrschaftlichen Kasse bezahlt werden mußten;

2) die sogenannten Vakations-Gebühren oder Anweise-Gelder, welche für die Zeichnung der regularen Schlägen nach dem Dekrete vom 7. Vendemiaire Jahrs X für jeden Hektar mit 2 Francs 25 Centimes, und bei Auslichtungen der Stämme mit 6¼ Centimes zur bisherigen Gratifikations-Kasse gezahlt werden mußten;

3) die sogenannten extraordinairen Hauungen, deren Ertrag in eine herrschaftliche Kasse deponirt werden mußte;

4) die Ausziehung der vorzüglichsten Stämme für die Marine.

§. 6. Es sollen die Besitzer der Gemeinde-, ungetheil-

ten und öffentlichen Anstalten zugehörigen Forsten bloß gehalten seyn, nach dem §. 29 des Forstreglements vom 17. August a. c. die Beiträge zu der Besoldung der Forstoffizianten an die Staats-Kasse zu zahlen, wovon der Gesammtbetrag näher bestimmt werden soll, worüber von der Forstdirektion, in Gemeinschaft mit den Gouvernements-Commissarien, ein Repartitions-Etat aufgestellt wird, welcher auf den Umfang, den Bestand, und besonders auf die Erträglichkeit solcher Waldungen begründet seyn soll, und welche aus den Grundlagen der allgemeinen Forstorganisation entwickelt worden, und denselben gemäß sind.

Sollten einzelne Gemeinden wegen der für ihre Waldungen festgesetzten Forstbeitrags-Gelder sich prägravirt glauben, so haben sie ihre Reklamationen auf die nämliche Art, wie bei den direkten Steuern geschieht, durch die Instanzen hindurch bis an den Landes-Direktorialrath gelangen zu lassen und von daher eine Entscheidung zu gewärtigen.

§. 7. Alle Grundstücke, als: Wohnungen, Gärten, Ländereien und Wiesen, welche die Gemeinden ihren Förstern bisher in Genuß gaben, sollen die letztern, im Allgemeinen, noch ferner beibehalten, und es wird der jährliche Ertrag davon bei den zu bezahlenden übrigen baaren Forstbeitrags-Geldern auf eine billige Weise in Abzug gebracht werden.

§. 8. Wenn Förster nach §. 3 bloß für Gemeinden oder öffentliche Anstalten fungiren, so sind die Letztern gehalten, denselben die Holzdeputate, deren in dem §. 9 des Forstreglements vom 17. August a. c. Erwähnung geschieht, und welche nachher für die verschiednen Grade der Förster unter dem 7. Oct. 1814 definitiv bestimmt worden sind, aus ihren Waldungen zu verabreichen.

In allen andern Fällen geschieht die Abgabe dieser Deputaten aber aus den herrschaftlichen Waldungen.

§. 9. Die in den Gemeinde-, ungetheilten und öffentlichen Anstalten zugehörigen Waldungen jährlich vorzunehmenden Hauungen, sollen auf den nachhaltigen Ertrag derselben, und auf die nothwendigen Bedürfnisse der Besitzer derselben begründet seyn.

Ueber diese Waldungen sollen jedoch mit nachstehenden Modifikationen in eben dem Maaße von der Forstdirektion Hauungs- und Forstbetriebs-Vorschläge aufgestellt,

und mir zur Genehmigung eingesandt werden, wie dies für die herrschaftlichen Waldungen vorgeschrieben ist.

Die Aufstellung dieser Hauungs-Vorschläge soll abgesondert geschehen:

a) Für die Gemeinde- und öffentlichen Anstalten zugehörigen Waldungen;

b) für die ungetheilten Forsten, an welchen dem Gouvernement ein Nutzungs-Antheil zusteht.

Der letztere Nutzungs-Antheil ist in diesen Vorschlägen besonders auszuwerfen.

Der specielle Geschäftsgang bei Aufstellung der Hauungs- und Forstbetriebs-Vorschläge für die Gemeinde-Waldungen soll übrigens folgender seyn:

a) Um Johannis jedes Jahrs macht der Bürgermeister jeder Gemeinde, nach vorgängiger Berathung mit dem Schöffen-Rathe, einen speciellen Etat über die sämmtlichen Holzbedürfnisse, welche er für den nächsten Winter aus der Gemeinde-Waldung zu erhalten wünscht und händiget denselben spätestens ultimo Junius dem betreffenden Kreis-Direktor ein.

Dieser Etat muß zwei neue Rubriken haben, nämlich:

1) Eine über die Natural-Holz-Abgaben an die Gemeinde selbst;

2) über das Holz, welches etwa zum Besten der Gemeinde-Kasse zu verkaufen seyn möchte.

b) Nachdem diese specielle Holz-Anforderungen von dem Kreis-Direktor gesammelt, in einen Haupt-Etat zusammengestellt und mit den etwa erforderlichen Bemerkungen versehen worden, behändigt derselbe, vor dem 10. Julius jedes Jahrs, den angefertigten Etat, nebst den speciellen Holz-Anforderungen dem betreffenden Kreis-Forstmeister, welcher Letztere auf diese Anträge seine Hauungs-Vorschläge begründet, und so auf diese Anforderung Rücksicht nimmt, wie es die Erträglichkeit, der Zustand und der nachhaltige Ertrag der Gemeinde-Waldungen gestatten.

Es ist die Pflicht der Kreis-Forstmeister, über die allenfalls nöthigen Beschränkungen der von den Gemeinden gemachten Holz-Anforderungen mit den Kreis-Directoren zu kommuniciren und denselben die Gründe auseinander zu setzen, weßhalb er aus forstwirthschaftlichen Rücksichten auf Beschränkungen antragen müsse.

Sollte sich der Kreis-Direktor mit dem Kreis-Forst-

meiſter über manche Punkte nicht vereinigen können, ſo darf Letzterer deshalb die Aufſtellung und Einſendung der Hauungs-Vorſchläge an die Forſtdirektion nicht aufhalten; dagegen aber bleibt es dem Kreis-Direktor anheimgeſtellt, über die differirenden Punkte ſeinem vorgeſetzten Gouvernements-Commiſſair Bericht zu erſtatten.

c) Die von dem Kreis-Forſtmeiſter der Forſtdirektion über die Gemeinde-Waldungen behändigten Hauungs-Vorſchläge werden, nach vorgängiger Reviſion derſelben, den betreffenden Gouvernements-Commiſſarien zur Einſicht und Abgabe ihrer Bemerkungen vorgelegt, und gelangen ſodann durch die Forſtdirektion an mich zur Genehmigung.

Die Gouvernements-Commiſſarien werden ſich über die in den Hauungs-Vorſchlägen gemachten Anträge möglichſt mit der Forſtdirektion vereinigen.

Sollte aber über einzelne Punkte dieſe Vereinigung nicht ſtattfinden, ſo ſind dieſe Punkte in einen beſondern Nachtrag zu den Hauungs-Vorſchlägen zu bringen, worauf ich ſodann darüber entſcheiden werde.

d) Nach meiner Genehmigung erhält der Gouvernements-Commiſſair durch die Forſtdirektion eine Abſchrift von den Hauungs-Vorſchlägen, damit daraus für die Kreis-Direktoren und von dieſen wieder für die einzelnen Gemeinden beſondere Extrakte gemacht werden können.

§. 10. Der Holzertrag der jährlichen Hauungen wird entweder unter die Beſitzer der Waldungen, nach einem von dem Orts-Bürgermeiſter und Kreis-Direktor angefertigten und von dem Gouvernements-Commiſſair genehmigten Etat, in Natura vertheilt, oder zum Beſten der Gemeinde-Kaſſen meiſtbiethend verkauft.

Die Kreis-Direktoren und Gouvernements-Commiſſarien entſcheiden, ob und inwiefern die Schläge in Natura vertheilt oder meiſtbiethend verkauft werden ſollen. Der Ertrag der Schläge aus den ungetheilten Waldungen kann eben ſo wie bei den Gemeinde-Waldungen auſſer dem öffentlichen Verkaufe an die Intereſſenten (ſie ſeyen Gemeinde- oder öffentliche Anſtalten) in Natura vertheilt werden, mit Ausnahme der Antheile des Gouvernements, welche aber ſo verkauft und berechnet werden, als wie der Ertrag der übrigen herrſchaftlichen Waldungen.

§. 11. Der Anfang zum Abtriebe der von mir genehmigten Schläge, welche in Natura vertheilt wer en, ſoll

in der Regel nicht vor dem 15. Oct. geſchehen, und den Gemeinden durch den Orts-Bürgermeiſter, der darüber vorher mit dem betreffenden Kreis-Forſtmeiſter oder Ober-Förſter kommunicirt hat, die beſtimmten Termine dazu bekannt gemacht werden.

Der Abtrieb dieſer Schläge geſchieht durch Arbeiter, welche von dem Orts Bürgermeiſter dem Ober-Förſter präſentirt, von Letzterem für tüchtig befunden ſind, und zur Ausrichtung ihrer Arbeit von den Forſtbeamten eine beſondere Inſtruktion erhalten haben. Dieſe Arbeiter ſollen zur gewiſſenhaften Verrichtung der Arbeit vor dem Friedensrichter beſonders beeidiget, und bevor dies geſchehen, von dem Forſtbeamten zu der Arbeit nicht zugelaſſen werden.

Die ganze Gemeinde iſt für den Schaden und die Forſtkontraventionen verantwortlich, den dieſe Arbeiter in den Waldungen anrichten ſollten, und muß die Gemeinde zur Erfüllung der den Arbeitern auferlegten Verbindlichkeiten, aus ihrer Mitte zwei Mitglieder des Schöffenraths als Repräſentanten ſtellen, welche die Gemeinde nöthigenfalls vor Gericht vertreten und unter Rückbürgſchaft der ganzen Gemeinde als Bürge dienen.

Die Vertheilung der Natural-Erträge der Schläge ſoll in der Regel nur nach dem beendigten Abtriebe deſſelben nach der bisher üblich geweſenen Art geſchehen, und muß ein Forſtofficiant bei dieſer Vertheilung zugegen ſeyn.

§. 12. Der Abtrieb und Verkauf der Schläge, welche meiſtbiethend oder in beſonderen Umſtänden nach dem Lokalwerth veräuſſert werden, ſo wie der Verkauf aller Nebennutzungen geſchieht, inſofern es in gegenwärtiger Verordnung nicht anders beſtimmt iſt, ganz auf dieſelbe Weiſe, als in den herrſchaftlichen Forſten. Der baare Ertrag dieſer Forſtaufkünfte fließt in die Kaſſe der Beſitzer ſolcher Waldungen.

§. 13. Bei beſondern Fällen, z. B. bei ſich ereignenden Feuersbrünſten oder andern auſſerordentlichen dringenden Bedürfniſſen können, auſſer den gewöhnlichen Hauungen, ſpecielle Holzanweiſungen in den Gemeinde-Waldungen vorgenommen werden. Zu dieſem Ende läßt der Bürgermeiſter von einem Bauofficianten ein förmliches Beſteck oder Bauanſchlag über den Bedarf feſtſetzen. Da, wo kein Bauofficiant iſt, kann dieſer Anſchlag ein anderer Bauverſtändiger machen, jedoch muß er nachher vor

einem Bauofficianten revidirt werden. Die Lokal-Forstbehörde untersucht die Frage: ob in forstwirthschaftlicher Hinsicht kein Hinderniß über die Abgabe des Holzes obwalte, und der Gouvernements-Commissair ertheilt die Genehmigung nach genommener Rücksprache mit der Forstdirektion.

§. 14. Die Mastnutzungen sollen in der Regel von den Besitzern solcher Waldungen nach vorhergegangener Genehmigung der Gouvernements-Commissarien benutzet werden; nur in besondern Fällen wird ein Verkauf derselben stattfinden.

§. 15. Ein besonderes Augenmerk sollen die Forstofficianten darauf richten, daß die erforderlichen Forstverbesserungen in den Gemeinde-, ungetheilten und öffentlichen Anstalten zugehörigen Waldungen nicht verabsäumt werden.

Es sind dieserhalb von den Forstofficianten, nach vorhergegangenem Benehmen mit den Orts-Bürgermeistern (bei öffentlichen Anstalten mit den Vorstehern) Kulturanschläge aufzustellen, welche den Gouvernements-Commissarien zur Bewilligung vorgelegt werden müssen, und in welchen Anschlägen besonders die baaren Geldsummen, so wie etwa die von den Gemeinden zu leistenden Handarbeiten und Fuhren ausgedrückt seyn müssen. Die Ausführung der genehmigten Kulturen steht dem Forstofficianten zu, so wie auch die Anweisung und Oberaufsicht über die zur Verrichtung der Kulturen angestellten Arbeiter.

Ueber die Ausgaben bei den Kulturen selbst lassen die Orts-Bürgermeister die Rechnung führen. Die Auszahlung der Gelder für die bewerkstelligten Kulturen geschieht durch den Gemeinde-Empfänger auf die Anweisung des Orts-Bürgermeisters, welchem der Oberförster zu diesem Behuf einen Etat der Arbeiter und des ihnen gebührenden Lohnes übergiebt.

Ueber die Summen, welche die Gemeinden zu diesem Behufe verwenden dürfen, erhalten sie vorher eine allgemeine Authorisation durch die Gouvernements-Commissarien und Kreis-Direktoren, weßhalb sie also im Gemeinde-Budjet aufgeführt werden müssen, wozu der Oberförster den Anschlag macht.

§. 16. Bei Mangel an baaren Geld-Fonds in den Gemeinde-Kassen zur Aufbringung der erforderlichen Forst-Kultur-Gelder, so wie zur Bezahlung der jährlichen Forst-

beitrags-Gelder, der Forſtgrundſteuern, und anderer öffentlichen Abgaben, welche von den Waldungen herrühren, kann ein Theil der jährlichen Schläge bis zum Betrage dieſer Ausgaben verkauft werden.

§. 17. Den Beſitzern der Gemeinde-Waldungen ſoll auſſer der Benutzung des Holzertrags in ihren Waldungen nach der bisherigen Obſervanz das Hüten und die Durchtrift mit Vieh, ſo wie das Streuholen und der Heidehieb in denjenigen Diſtrikten geſtattet ſeyn, wo dergleichen Nutzungen ohne Nachtheil des Holzbeſtandes ausgeübt werden können, ſo wie denn auch in langen futterarmen Wintern nicht beſtandene Holz-Diſtrikte extraordinaria zur Behütung eingegeben werden ſollen, ausdrücklich aber unter den Beſchränkungen, welche der §. 27 des Forſtreglements vom 17. Auguſt 1814 vorſchreibt.

Zu Anfang eines jeden Jahrs und ſpäteſtens im Monat April ſollen den Gemeinden von den Forſtoffizianten die gewöhnlichen Diſtrikte angewieſen werden, in welchen ſie die vorbemerkten Nutzungen ausüben können.

Ueber dieſe anzuweiſenden Diſtrikte ſoll ein jährlicher Etat aufgeſtellt werden, und zwar auf dieſelbe Weiſe wie mutatis mutandis im §. 9 dieſes Reglements für die Haunungs- und Forſtbetriebs-Vorſchläge vorgeſchrieben worden iſt; doch ſind dieſe Etats meiner Genehmigung nicht unterworfen. Uebrigens ſind den Kreis-Forſtmeiſtern die Anträge der Gemeinden zu dieſen Anweiſungen durch die Kreis-Direktoren ſofort zu Anfange eines jeden Jahres zu behändigen.

Jede Ueberſchreitung dieſer, von der Forſt-Direktion und den Gouvernements-Kommiſſarien eingeſehenen und genehmigten Etats, ſoll als Forſtfrevel betrachtet und als ſolcher unnachſichtlich beſtraft werden.

§. 18. Ueber alle Differenzien, welche zwiſchen der Forſtbehörde und den Beſitzern der Gemeinde-Waldungen, ſo wie mit den Gouvernements-Commiſſarien und Kreis-Direktoren über die alljährig in ſolchen Waldungen anzulegenden Schläge und abzugebenden Forſtprodukte, über die zur Verbeſſerung der Waldungen vorzunehmenden Kulturen, über die von der Forſtbehörde zur Behütung und der Ausübung des Heidehiebs aufzugebenden Schläge oder Diſtrikte, oder wegen des Zuſchlagen derſelben, über Beſchränkungen allenfallſiger Berechtigungen, u. ſ. w. entſtehen ſollten, behalte ich mir die Entſcheidung vor, inſo-

fern ſich die Fälle nicht zur richterlichen Entſcheidung qualifiziren ſollten.

§. 19. Schließlich iſt es dem ſämmtlichen Forſtperſonale und insbeſondere den Förſtern, wie das ſchon in dem Forſtreglement § 14 erwähnt worden, bei ſtrenger Beſtrafung unterſagt, von den Beſitzern der Gemeinde-Waldungen irgend ein Accidenz, ſey es unter welchem Titel es wolle, anzunehmen. Auch ceſſirt die Verabreichung aller Naturalien, welche nach der bisherigen Verfaſſung hin und wieder den Förſtern in ungetheilten und Intereſſenten-Waldungen bewilligt wurden.

3689. — Den 10. Dezbr. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Bekanntmachung der zur Zinſenzahlung von den bergiſchen Landes- und Domainen-Schulden getroffenen Verfügungen und Bezeichnung derjenigen Caſſen, welche zu deren Realiſirung pr. 1814 und frühere Jahre angewieſen ſind.

3690. — Aachen den 17. Dezbr. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Die Erneuerungen der Ernennungen der Bürgermeiſter und die veränderten Abgränzungen der Bürgermeiſterei-Bezirke, welche zufolge der Verordnung vom 12. Aug. d. J. (Nro. 3613) mit Ende d. M. allgemein ſtattfinden ſollten, werden bis auf nähere Vorſchrift, inſoferne keine ſpezielle Verfügungen eintreten, aufgeſchoben.

3691. — Aachen den 26. Dezbr. 1814. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Publication einiger in Bezug auf das Poſtporto von Briefen und gedruckten Sachen erwirkten Beſtimmungen des mit der Verwaltung der Poſten im General-Gouver-

nement beauftragten Thurn und Tarischen Post-Direktoriums zu Frankfurt am Main.

3692. — Den 29. Dezbr. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Die Civil- und geistlichen Pensionaire, welche im Preußischen und in den von der Krone Preußen administrirten Provinzen wohnen, bedürfen fernerhin zur Erhebung ihrer Pensionen, anstatt der früher erforderlichen Domizil-Bescheinigungen, nur einer Aufenthalts-Bescheinigung der Obrigkeit ihres Wohnortes.

3693. — Den 30. Dezbr. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Als Repressalie gegen die vereinigten Niederlande soll von allen dahin exportirt werdenden diesseitig erfallenden Erbschaften u. a. Vermögens-Devolutionen eine Erbschafts- und Alienations-Steur, bis zum Betrage der genau bezeichneten in den von Niederlanden jetzt eingeführten Sätzen von 5, 7½, 10 und 15 pr. % und resp. von 2 bis zu 5 pr. % dergestalt erhoben werden, daß die sonst üblichen, gesetzmäßigen Abzugs- ꝛc. Gebühren bis auf diese Sätze erhöhet werden.

3694. — Den 31. Dezbr. 1814. — U.

Der General-Gouverneur.

Den Einwohnern wird es bei den auf der Verheimlichung eines Deserteurs haftenden Strafen verboten, den Soldaten, sie mögen mit Urlaubs-Pässen versehen seyn oder nicht, im ersten Falle länger als 12 Stunden ohne Anzeige bei der Orts-Behörde, im letzten Falle aber überhaupt einen Aufenthalt zu gestatten; die Lokalbehörden werden zur Visirung der Urlaubspässe und zur Ver-

haftung der ohne Urlaub betroffen werdenden Soldaten verpflichtet.

3695. — Aachen den 4. Januar 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Bestimmung der Art und Weise, wie junge dem Staatsdienste künftig sich widmende Männer durch Studien und unentgeltliche Dienstleistung als Referendarien, Auskultatoren und Supernumerarien in allen Zweigen der Staatsverwaltung sich auszubilden verpflichtet sind.

3696. — Den 28. Januar 1815. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Befehl zur Errichtung von Mittelschulen in 15 bezeichneten Orten des General-Gouvernements, um in Verbindung und zwischen den Elementar-Schulen und Gymnasien den Uebergang der Schüler aus den Ersteren in die Letzteren zu befördern. Die Errichtungskosten dieser Schul-Anstalten werden von den betreffenden Gemeinden unter Benutzung der zu gleichen Zwecken vorhandenen Mittel getragen.

3697. — Den 1sten Februar 1815. — U.

Der General-Gouverneur.

Die gegen die Stempel-Ordnung vom 28. Februar 1814 auf ungestempeltes Papier gefertigten Eingaben an die Verwaltungs-Behörden sollen, auf Kosten der Partheien, ohne Bescheid zurückgesendet werden.

3698. — Den 9. Februar 1815. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Um sowohl dem Verfahren wider Landstreicher und

Bettler mehr Schnelligkeit zu geben, wie es nach den französischen Prozeß-Formen thunlich ist, als auch der allgemein anerkannten Härte der französischen Gesetze wider dieselben Einhalt zu thun, habe ich, nach vorläufiger Vernehmung des öffentlichen Ministeriums, Folgendes beschlossen:

1) Alle in dem Strafgesetzbuche von Artikel 269 bis 276 einschließlich vorkommenden Vergehen der Landstreicher und Bettler gehören von nun an vor die Polizey-Gerichte.

2) Diese Gerichte sind befugt, in jenen Fällen, nach Maßgabe der Umstände, auf eine Polizeygefängnißstrafe von 5 bis zu 30 Tagen, bey gewöhnlicher Kost, oder abwechselnd bey Wasser und Brod, zu erkennen.

3) Wird der Landstreicher oder Bettler abermals auf demselben Vergehen betreten, so kann das Polizey-Gericht die vorige Strafe verdoppeln; bey ferneren Vergehen aber muß die Sache dem Tribunal übergeben werden.

4) Diejenigen Sachen wider Landstreicher und Bettler, welche wirklich an den Tribunälen anhängig sind, werden auch von denselben abgeurtheilt; jedoch können dabey nur die obigen milderen Strafen in Anwendung kommen.

3699. — Aachen den 9. Februar 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Aufforderung zur Beschleunigung der Organisation der Bürger-Miliz im ganzen Bezirk des General-Gouvernements, um gemeinschaftlich mit den Polizei-Behörden u. der Gouvernements-Miliz (Gensd'armerie) die Sicherheitspolizei zu handhaben.

3700. — Aachen den 15. Febr. 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Die im Jagdreglement vom 18. Aug. v. J. (Nro. 3618) auf den 1sten März jährlich bestimmte Schlußzeit der Jagd soll, so wie das Reglement überhaupt, genau beobachtet werden.

3701. — Aachen den 17. Februar 1815. — V.

Der General-Gouverneur v. Nieder- u. Mittel-Rhein.

Publication eines von der Thurn und Tarischen Postverwaltung herabgesetzten Briefporto-Tarifes. Zugleich werden die Verwaltungs-, Polizei- und Lokalbehörden aufgefordert: »darüber zu wachen, daß keine Boten-Posten, »welche regelmäßig an gewissen Tagen und bestimmten »Orten, oder auch gelegentlich Briefe sammlen, und von »einem Orte zum andern befördern, in Zukunft mehr ge»duldet, sondern vielmehr die Contravenienten zur gesetz»mäßigen Strafe gezogen werden.«

3702. — Den 19. Februar 1815. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Durch die Verordnung vom 19. Sept. vorigen Jahres (Nro. 3643) ist die Untersuchung und Bestrafung der in den landesherrlichen und Gemarken-Waldungen verübten Forst-Frevel, insofern dieselben nur eine Geldbuße von 15 Fr. oder eine Gefangnißstrafe von fünf Tagen nach sich ziehen, den Polizeygerichten zugewiesen worden.

Auf eine eingegangene Anfrage wird aus gleichen Bestimmungsgründen diese Verordnung dahin erläutert, daß die Jagd- und Fischerey-Frevel, insofern sie keine höhere als die in jener Verordnung gedachte Strafe nach sich ziehen, auch zu dem Erkenntniß der Polizeygerichte gehören sollen.

3703. — Aachen den 20. Februar 1815. — A. V.

Der General-Gouverneur v. Nieder- und Mittel-Rhein.

Beschluß wegen Aufbringung einer extraordinairen Steuer von 2 Millionen Franken.

Nach den mit den im Monat May v. J. hier versammelt gewesenen Deputirten des General-Gouvernements vom Nieder-Rhein gepflogenen und durch das offizielle Journal zur Kenntniß des Publikums gelangten Verhandlungen, wegen Deckung der Ausfälle bei den ordinairen Landes-Revenüen und wegen Aufbringung eines

besondern Fonds, zur Bestreitung der Militair-Bedürfnisse, ist auf den dringenden Antrag der Herren Deputirten von mir damals nachgegeben worden, daß von den auf Veranlassung des obersten Verwaltungs-Departements der hohen verbündeten Mächte für die Militair Bedürfnisse zur Summe von vier Millionen Franken normirten Landes-Beitrag, davon einstweilen nur zwei nach dem vorgeschlagenen Repartions-Verhältnisse ausgeschrieben und als eine extraordinaire Steuer aufgebracht werden mögen, welche dazu dienen sollen, das im Monat April v. J. den 3 Departements des Nieder-Rhein-Gouvernements entnommene Darlehn von eben diesem Betrage wieder abzutragen, und es ist die Nachforderung der übrigen 2 Millionen von den Umständen und Verhältnissen der Zukunft abhängig gemacht worden.

Gemäß den darauf erfolgten Verordnungen vom 27. May und 4. Juny v. J. (Nro. 3554 u. 3562) hat die Ausschreibung dieser extraordinairen Steuer von 2 Millionen statt gehabt, es ist deren Ertrag zur bestimmungsmäßigen Verwendung überwiesen worden, und die Zurückzahlung des Darlehns demnach durchgehends geschehen, und da die hier und da etwa noch vorhandenen Ausstände gegen Zurückgabe der Quittungen uber die bezahlten Beitrags-Quoten bei den betreffenden Steuer- und Kreis-Cassen sofort eingezogen werden können, so ist diese Anlehns- und Contributions-Angelegenheit als völlig abgemacht zu betrachten.

Wiewohl ich nun eben so sehr gehofft als gewünscht habe, durch eine baldige definitive Bestimmung des Schicksals der hiesigen Länder, durch eine damit eintretende merkliche Verminderung der Truppen-Verpflegungs-Kosten und endlich durch eine bald darauf erfolgende Feststellung eines angemessenen Verhältnisses in den öffentlichen Abgaben, der Nothwendigkeit einer Nachforderung obiger 2 Millionen Franken entgehen zu können, so sind die Umstände doch nicht von der Art gewesen, daß sie in dieser Hinsicht meinen Wünschen entsprechen.

Die Fortdauer des Wiener Congresses erforderte vielmehr, das in dem hiesigen General-Gouvernement cantonirende bedeutende Armee-Corps zur Sicherstellung des deutschen Vaterlandes zusammen zu halten, und auf dem völligen Kriegsfuß zu belassen, die Kosten der Verpflegung desselben haben nicht allein die sämmtlichen Ueberschüsse bei den ordinairen Landes-Revenüen gänzlich weggenommen,

sondern auch, ohnerachtet der von dem hohen Finanz-Ministerio zu Berlin zu diesem Behuf überwiesenen Zuschüsse von mehreren Millionen, zugleich noch bedeutende Rückstände entstehen lassen, für deren förderſamste Deckung nothwendig gesorgt werden muß.

Bei diesen durch die Zeitverhältnisse herbei geführten, ganz unerwarteten, ausserordentlichen Ausgaben, haben der Fortgang des provisorischen Administrations-Verhältnisses und die Hoffnung, solches in Kurzem beendigt zu sehen, die Maaßregeln zur Ersetzung der im vorigen Jahre supprimirten Abgaben und zur Einführung eines angemessenen, nach den Kräften des Landes berechneten Abgaben-Verhältnisses zurückgehalten, und so den großen Ausfall bei den ordinairen Landes-Revenüen fortgängig gemacht; daher denn jetzt die unumgängliche Nothwendigkeit eintritt, auf die im vorigen Jahre zurückgesetzte Erhebung der zweiten Hälfte der damals anverlangten extraordinairen Steuer zu recurriren und solche, als Beihülfe zur Bestreitung der Truppen-Verpflegungskosten, noch jetzt eintreten zu lassen.

Die eben berührten Verhältnisse beruhen in der allgemeinen Kenntniß des Publikums, bedürfen daher nicht eines Belags ihrer Richtigkeit, und da ich das Vertrauen meiner Administrirten in dem Grade zu besitzen mir schmeichle, daß ich hoffen kann, es werde Jedermann in der jetzigen Maaßregel nur dringende Nothwendigkeit und das Bestreben redlicher Erfüllung eingegangener Verbindlichkeiten finden, so darf ich auch hoffen, daß die Beiträge zu dieser extraordinairen Steuer um so mehr überall willig werden geleistet werden, als dieselbe eigentlich zur innern Ausgleichung und Verbleiben im Lande bestimmt ist, und als die unter meiner Verwaltung stehenden Länder von neuen Abgaben bisher frei geblieben sind, während in den ebenfalls von Frankreich abgelösten Nachbarlanden den Unterthanen bedeutende neue Abgaben bereits auferlegt worden.

Diesemnach verordne ich hiedurch:

§. 1. Es soll, zur Bestreitung der Kosten der Natural-Verpflegung der in dem hiesigen General-Gouvernement cantonnirenden Truppen, die 2te Hälfte der im vorigen Jahre anverlangten extraordinairen Steuer, zum Belauf von 2 Millionen Franken, von den das General-Gouvernement bildenden 4 Departements aufgebracht und bis Ende April in die Cassen der Kreis-Einnehmer abgeliefert werden.

§ 2. In der Veranlagung dieſer Steuer wird das von den Herren Landes-Deputirten im vorigen Jahre, nach reiflicher Ueberlegung vorgeſchlagene Verhältniß nach dem Fuße der direkten Steuern beibehalten. Da jedoch durch den immittelſt erfolgten Abgang der jenſeits der Maas belegenen Theile des Ourte- und Nieder-Maas-Departements und durch den Zutritt eines Theiles des vormaligen Mittel-Rhein-Gouvernements und eines Theiles des Sambre- und Maas-Departements, die Hauptſumme der direkten Steuern ſich vergrößert hat; ſo modificirt ſich das vorjährige Beitrags-Verhältniß zum Vortheil der Steuerpflichtigen dahin, daß jetzt nur fallen auf das Principal:

der Grundſteuer 16
der Perſonal- und Mobilair-Steuer 70
der Thür- und Fenſterſteuer . 19
der Patentſteuer . . . . . 20 $\frac{1}{4}$

Zulage-Centimen, wornach die Repartition der aufzubringenden 2 Millionen überall zu beſorgen iſt.

§ 3. Die Steuer Ober-Aufſeher ſind mit der Verfertigung der Hebe-Rollen für ihre Departements beauftragt, haben ſolche auf dem gewöhnlichen Wege den Steuer-Empfängern zugeben zu laſſen und einen nach Cantons und Kreiſen abgetheilten Etat der Beitrags-Quoten, ſowohl mir als dem Herrn Gouvernements-Commiſſair ihres Departements, bis zum 15. März d. J. einzureichen, und werden letztere darnach die Etats für die Kreiskaſſen aufſtellen, und ſolche, von ihnen vollzogen, den Kreis-Einnehmern unverzüglich zugehen laſſen.

§ 4. Da wie vorbemerkt die gegenwärtige extraordinaire Steuer die Beſtimmung hat, als Beihülfe zu den Truppen-Verpflegungskoſten verwendet zu werden, ſo ſoll nicht nur denjenigen Gemeinden, welche noch Forderungen an Fourage- und Portions-Geldern haben, geſtattet ſeyn, deren Betrag auf ihre Steuer-Quoten in Anrechnung zu bringen, ſondern es ſollen auch den Truppen-Verpflegungs-Entrepreneurs, um wegen ihrer Forderungen deſto mehr geſichert zu ſeyn, ohnverzüglich Anweiſungen auf die eingehende extraordinaire Steuer ertheilt werden, welche die Kreis-Einnehmer demnächſt als baares Geld an die Haupt-Caſſe abliefern können; und da endlich manche der vorhandenen Rückſtände von der Art ſind, daß deren Berichtigung länger nicht ausgeſetzt

werden kann, so verordne ich zugleich hiemit noch, daß abschläglich auf die sich ergebenden Beitrags-Quoten der Gemeinden zu der extraordinairen Steuer, ein einmonatliches Contingent an ordinairen directen Steuern und Zulags-Centimen bis zum 15. März d. J. in die Cassen der Steuerempfänger eingezahlt und von diesen ohnfehlbar bis zum 20. März an die Kreis-Cassen abgeführt werden sollen.

§. 5. Den Steuer-Ober-Aufsehern werden zu Verfertigung der Heberollen zwei Zulags-Centimen und den Steuer-Empfängern für die Erhebung Ein Centime bewilligt, wovon die Beträge der Hauptsumme der Steuer zuzusetzen sind; die Steuer-Empfänger können diese Remuneration einbehalten und den Steuer-Ober-Aufsehern wird solche auf die Kreis-Cassen demnächst angewiesen werden.

§. 6. Zur Beibringung der Rückstände findet das Verfahren wie bei den directen Steuern statt.

§. 7. Es soll diese Verordnung in das Journal des General-Gouvernements aufgenommen und dadurch zur Kenntniß des Publikums gebracht werden.

3704. — Den 28. Febr. 1815. — A. U.

Der Gouvernements-Polizei-Direktor.

Mit Bezug auf die bestehenden Polizey-Vorschriften wegen allgemeiner Vertilgung der Raupennester und mit Genehmigung des General-Gouvernements wird Folgendes verordnet:

1) Alle Eigenthümer, sie seyen Besitzer, Pächter oder Nutznießer von Grundstücken, sind gehalten, längstens bis zum 15. März d. J. an allen auf ihrem Grund und Boden befindlichen Bäumen, Sträuchen, lebendigen Hecken und sonstigen Orten die Raupengespinste und Puppen abzusuchen und zu vertilgen, und zwar bey Strafe von 1 bis 5 Franken.

2) Die längst den Heerstraßen gepflanzten Bäume oder dort befindlichen Gesträuche müssen von den anschiessenden Eigenthümern abgeraupt werden.

3) Die Abraupung der längst den Gemeinde-Wegen und auf den Gemeinde-Gütern gepflanzten Bäume geschieht von jeder Gemeinde selbst.

4) Nach Ablauf obiger Frist sind die Herren Vögte und deren Beygeordnete verpflichtet, eine Untersuchung durch die Polizeysoldaten vornehmen zu lassen, und diejenigen bey dem Polizei-Gerichte anzuzeigen, welche aus Nachläßigkeit oder Vorsatz das Abraupen unterlassen haben.

5) Die Herren Vögte und Beygeordnete werden zugleich bewirken, daß bey denen, welche das Abraupen versäumt haben, solches binnen den nächsten 8 Tagen durch die Flurschützen oder gedungene Arbeiter auf deren Kosten geschehe. Auf diesen Lohn wird demnach von dem Polizeigericht zugleich erkannt.

In den Monatsberichten vom April wird die Befolgung dieser Verordnung nachgewiesen.

3705. — Den 1sten März 1815. — U.

Der Gouvernements-Polizei-Direktor.

Vorschriften über das von den Polizei- und Lokal-Verwaltungsbehörden einzuleitende Verfahren zur allgemeinen Vertilgung der Maykäfer.

3706. — Den 4. März 1815. — U.

Der bergische Gouvernements-Schulrath.

Aufforderung an die Schulvorstände zur eifrigeren Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten und Vorschriften über das Verfahren bei Vorschlägen zu neuen Schulhaus-Bauten.

3707. — Den 7. März 1815. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Unter dem Namen Haaner Pulver wird ein Mittel gegen den Biß von tollen Hunden debitirt, welches nach dem Zeugniß des Medicinalrathes nicht geeignet ist, die traurigen Folgen jenes Bisses zu verhüten, ja unter gewissen Umständen sehr schädlich werden kann.

Aller Debit des Haaner Pulvers wird also hiermit bey einer Strafe von 30 bis 100 Franken untersagt, und zugleich den Polizeybehörden zur besondern Pflicht gemacht, darauf zu wachen, daß diesem Verbote nicht entgegen gehandelt werde.

3708. — Aachen den 10. März 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Aufforderung an die Bezirks- und Lokal-Behörden zur ungesäumten Herstellung der Land- und Communal-Wege durch die dazu verpflichteten Gemeinden; zur Verbesserung der öffentlichen und Departements-Straßen werden die geeigneten Maßregeln von den obern Verwaltungsbehörden verordnet werden.

3709. — Aachen den 15. März 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Als Nachtrag zur Verordnung vom 8. Dezbr. v. J. (Nro. 3687) werden die zur Handhabung der erneuerten Maaß- und Gewichts-Polizei ernannten Behörden (ein Ober Aich-Inspektor und Aich-Meister (Verificatoren) und deren Amts-Obliegenheiten und Befugnisse (in XIV §§.) näher bestimmt.

3710. — Den 15. März 1815. — A. U.

Der General-Gouverneur.

Um den häufigen Klagen, welche durch das Einfangen fremder Bienen-Schwärme mittelst Aufstellung leerer Körbe veranlaßt werden, vorzubeugen, und um dem Bienen-Wirth die Frucht und Mühe seiner Zucht zu sichern, verordne ich:

1) Jeder, dem ein fremder Bienen-Schwarm zufliegt, ist gehalten, solches binnen 24 Stunden der Orts-Polizey-Behörde anzuzeigen.

2) Derjenige, bey welchem ein fremder Bienen-Schwarm gefunden wird, und der die Erwerbung deſſelben nicht nachweiſen kann, wird als Dieb des Bienen-Schwarms angeſehen und als ſolcher nach den Geſetzen beſtraft.

3) Sobald der Polizey-Behörde die Anzeige von einem eingefangenen Bienen-Schwarm gemacht wird, hat ſolche ſofort die Unterſuchung deshalb anzuſtellen, und den Erfolg der Nachforſchungen jedesmal dem Procurator des erſten Inſtanz-Gerichts mitzutheilen.

3711. — Aachen den 24. März 1815. — A. V.

Der General-Gouverneur an die braven Bewohner des Nieder- und Mittel-Rheins.

Die Hauptſtadt Frankreichs hatte geſchworen, in kräftiger Vertheidigung für Thron und Verfaſſung ſich zu erheben, wider den Andrang des geächteten Räubers: die Hauptſtadt Frankreichs hat gelogen, wie Frankreich. Napoleon Bonaparte hat Paris ohne Schwertſtreich beſetzt.

So iſt denn der Abentheurer, auf eine kurze Zeit vielleicht, wieder Uſurpator geworden, und das bewaffnete Europa muß durch ſeine Vertilgung den Dank der Mit- und Nachwelt verdienen, welchen zu verdienen Frankreich verſchmäht hat.

Die hohen verbündeten Mächte haben zu Wien ihren feſten Entſchluß in dieſer Hinſicht durch die Erklärung vom 13. d. M. ausgeſprochen. Die Sieger von Moskau, Leipzig, Vittoria und Paris eilen bereits in allen Richtungen heran, um jener Erklärung Nachdruck zu geben. Das Wehe! iſt ausgerufen über den Frevler, welcher wider alles Recht, und allem menſchlichen Vertrauen zum Hohne, die Kriegsfackel aufs neue unter uns geworfen; wäre es nöthig, ſo würde die Bevölkerung von ganz Europa ſich auf Frankreich werfen, den Unhold in Blut und Thränen der Seinigen zu erſticken; aber dahin wird es nicht kommen; vielleicht hat der Himmel ſchon den tapfern Preuſſen, Engländern, Hannoveranern und Belgiern, welche die Vorhut hatten zwiſchen Rhein und Frankreich, den Ruhm gegönnt, ſeiner Gerichte Vollſtrecker zu ſeyn!

Ihr könnt und Ihr werdet dazu mitwirken, brave Bewohner des Nieder- und Mittel-Rheins! feſt müſſen die Guten und Edlen aller Stände ſich jetzt aneinander ſchlieſ-

ſen, eine eherne Mauer wider Bosheit und Verrath. Herbeiſtrömen möge die kräftige Jugend, ihren Arm und ihren Muth der gerechten Sache und dem Vaterlande zu weihen. Denn Deutſchland iſt Euer Vaterland und wird es bleiben um jeden Preis. Bewaffnen mögen ſich auch die kräftigen Männer und Hausväter aller Stände unter dem Panier der Bürger-Miliz, nicht zum Angriffskriege, aber wohl zum Schutz des eignen Heerds gegen Feinde und Verräther. Das Vaterland vertraut Euch die Waffen an, Ihr braven Männer und Jünglinge am Rhein, der Moſel, Roer und Maas. Ich ſelbſt bin Bürge für Euch geworden, daß Ihr ſie führen werdet mit deutſcher Treue und Kraft.

Einen ſchönen Antheil werdet Ihr ſo gewinnen am Triumph der gerechten Sache, und abwenden werdet Ihr von Euch den Fluch, der bei Kindern und Kindeskindern auf Euch laſten würde, wenn Eure Trägheit oder Gleichgültigkeit etwa es verſchuldet hätte, daß über Eure Fluren hin Europas ganze Kriegesmacht wie ein verheerender Strom wider den gemeinſamen Feind hereinbrechen müßte.

3712. — Aachen den 24. März 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Diejenigen Einwohner des General-Gouvernements, welche ſich durch öffentliche Reden oder Werke als Anhänger Napoleons Buonaparte und deſſen Intereſſe bezeichnen, ſollen verhaftet, nach Aachen abgeführt, und daſelbſt vor ein beſonderes Gericht geſtellt oder auſſer Schadens-Stand geſetzt werden.

3713. — Aachen den 24. März 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Einberufung ſämmtlicher im Lande gebornen, früher unter Frankreich gedient habenden Militair-Perſonen zur Stellung unter die vaterländiſchen Fahnen; bei Vermeidung anzuwendender Zwangsmittel.

3714. — Aachen den 24. März 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Gränzsperrung gegen Frankreich und Verbot aller Communikation mit demselben bei Vermeidung kriegsrechtlicher Strafen.

3715. — Den 24. März 1815. — A.

Der General-Gouverneur an die Bewohner des bergischen Landes.

Bonaparte ist zurückgekehrt! In verbrecherischem Taumel hat ihn das großmüthig verschonte Babylon empfangen. Schandvoller Jubel hallt von seinen verrathenen Mauern wieder, hinauf zum Throne des Weltenrichters.

Zweifelt Ihr? Zagt Ihr? — Nicht doch! Glaubet! Vertrauet!

Das Böse soll seinen Kreislauf vollenden. So will es der Ewige. Das Maaß der Strafe ist voll. Der Tag seines Gerichtes ist nahe. Babel wird fallen, und unter seinen rauchenden Trümmern den ewigen Feind der Menschheit erschlagen.

Land des Fleißes, der Treue, der frommen Sitte, des stillen bürgerlichen Glückes! Deine Güter sind aufs Neue bedrohet. Dein Verfolger ist erstanden, um seine räuberischen Horden in deine gesegneten Fluren, deine kunstreichen Thäler plündernd zurückzuführen.

Nahe waren die höchsten Segnungen des Friedens. Ein edler deutscher König, eine gesetzliche Verfassung, milde Verwaltung. Verbunden mit den Nachbarlanden zu einem Staat würde der Eurige der reichste und glücklichste geworden seyn.

Wollt Ihr dieser großen Hoffnung entsagen, oder sie behaupten?

Die Stunde der Prüfung hat geschlagen. Der Ewige selbst sendet sie. Zeigt Euch ihrer würdig.

Erstehet Bewohner des Bergischen Landes! Kehrt zu-

rück Freywillige seiner tapfern Schaar! Der neue Kampf beginnt, die alte große Sache zu verfechten. So finde er Euch dann gerüstet mit dem alten Glauben, dem alten Muthe und der alten Treue.

Auf dann! Es gilt den Kampf des Guten gegen das Böse. Die Menschheit ruft. Die heilige Fahne weht. Das heilige Kreuz ist aufgerichtet. Hinaus zum heiligen Kampfe, wer Gott fürchtet.

Für sein ewiges Wort starb einst an diesem Tage der Heiland am Kreuze. Unter seinem Kreuze wollen auch wir streiten und sterben für Wahrheit und Tugend, für das ewige Recht. Mit Gott ziehen wir aus, mit Gott werden wir heimkehren. Der Herr wird mit uns seyn, und mit dem theuern Vaterlande.

Düsseldorf am Abend des Todes-Tages unseres Herrn und Heilandes 1815.

3716. — Den 25. März 1815. — A.

Der General-Gouverneur an den bergischen Landsturm.

Als der Feind an unsern Gränzen stand, und wir uns selbst vertheidigen mußten, da erhoben sich, im Gefühle wieder erwachten deutschen Muthes und deutscher Kraft, die treuen Bewohner des Siebengebürges und bildeten den ersten freiwilligen Landsturm. Mit Blut besiegelten die tapfern Männer jener hochherzigen Banner des Vaterlandes Freiheit und Ehre. Und wie ein Feuerstrom ergoß sich die Begeisterung über das ganze bergische Land, und bewaffnete alle Stände und Alter.

Noch besteht dieser bergische Landsturm und soll Deutschland beweisen, daß er mit Ehre besteht.

Eine neue Gefahr ist aufgegangen für uns und das gemeinsame Vaterland.

Das Volk, das Gott verlassen und sich selbst, das aus dem Glauben eine Gaukeley, aus dem Recht einen Raub, aus der Treue eine Fabel, aus der Tugend ein Spiel macht, hat seinen guten König ausgestoßen, um auf's Neue dem Feinde alles Guten zu huldigen.

Meineidig, treulos, schandebedeckt, den eigenen Namen zum Fluche in der Geschichte gebrandmarkt, sammelt es sich jetzt um den großen Räuber zu neuem Raube.

Uns gilt es Deutsche! Uns, ihr Mitbürger! Nach unserm Blute dürsten, nach unserm Eigenthum lechzen sie. Den alle Fürsten ausgestoßen von der menschlichen Gesellschaft, nehmen sie höhnend an ihre Spitze, zu neuen Verbrechen und neuen Greueln ihm zu folgen.

Fluch ihnen und Verderben! Wie wir die Sünde hassen, so soll Frankreich von uns gehaßt seyn, bis es zurückkehrt zur Treue und zur Tugend.

Wir aber, Männer des Landes! wollen uns sammlen und festhalten am deutschen Vaterlande in Muth und Eintracht, in Vertrauen und Thätigkeit.

Thut Euch zusammen, Männer, Jünglinge und Greise, die Ihr den heiligen Fahnen des Vaterlandes in den Reihen der tapfern Krieger noch nicht zu folgen, berufen seyd. Banner und Fahnlein rottet Euch! Uebet Euch in den Waffen! Schützet des Landes Sicherheit und bereitet Euch, den frevelnden Feind abzuwehren, wenn er, Eure Grenzen zu bedrohen, wagen sollte.

Es gilt die Vollendung des großen Kampfes, den Ihr schon ehrenvoll mit bestanden. Erhaltet, was Ihr so theuer errungen, Freiheit und Ehre. Und unerschütterlich, wie der wahre Muth, sey Eure Loosung:

Mit Gott für's Vaterland.

3717. — Aachen den 25. März 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Eröffnung eines ausserordentlichen Anleihens von 6 Million Franken zur Deckung der Kosten für die Anschaffung der dringendsten Armee-Bedürfnisse bei dem wiederholt ausgebrochenen Kriege; die Repartition dieses Anleihens soll nach dem im vorigen Jahre bei der Kriegssteuer von 4 Million Fr. beobachteten Fuße der direkten Steuern und mit Zuziehung von Landes-Deputirten, zwei

aus jedem Departement, geſchehen, welche deßhalb nach Aachen zu convociren ſind.

3718. — Den 27. März 1815. — U.

Der Gouvernements Polizei-Director.

Publication ſtrengerer Paß- und Fremden-Polizei-Maaßregeln zur genauesten Befolgung der Polizei-Behörden, Wirthe, Poſthalter und Miethkutſcher.

3719. — Aachen den 28. März 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Sämmtliche katholiſche und proteſtantiſche Geiſtlichen ſind von der perſönlichen Dienſtleiſtung bei der Bürgermiliz frei, und können nur inſofern ſubſidiariſch dazu in Anſpruch genommen werden, als ſie durch Grund-Eigenthum Mitglieder einer bürgerlichen Gemeinde ſind.

3720. — Aachen den 29. März 1815. — A. V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Bekanntmachung, die zur Vertheidigung des Vaterlandes ſich freiwillig meldenden Bewohner des General-Gouvernements betreffend.

Meine Erwartungen, welche ich in dem Aufruf vom 24. d. M. zu den braven Bewohnern des General-Gouvernements hegte, haben mich nicht getäuſcht. — Viele, ſelbſt anſäſſige Familien-Väter, entbrannt von den heiligſten Gefühlen verletzter Treue und alles Glaubens an die Menſchheit, von deutſcher Geſinnung und Vaterlandsliebe ergriffen, haben ſowohl bei mir, als den übrigen

Behörden, zur mannhaften Vertheidigung ihrer Selbſtſtändigkeit, ihres Vaterlandes ſich erboten.

Ob zwar bis jetzt Se. Majeſtät der König keine näheren Beſtimmungen und Weiſungen, hinſichtlich der Freiwilligen zu ertheilen geruhet haben; ſo wird dennoch einſtweilen und unter Vorbehalt der weiteren allerhöchſten Beſchlieſſungen, nach einer getroffenen Uebereinkunft mit dem hohen Armee-Commando, um den Wünſchen derjenigen, welche ſich bereits gemeldet haben, zu entſprechen, und die übrigen zur Nachahmung dieſes ſchönen Beiſpiels aufzumuntern, folgendes feſtgeſetzt:

1. Alle Freiwilligen, welche ſich, es ſey zur Kavallerie oder Infanterie, auf ihre eigenen Koſten vollſtändig ausrüſten, beritten machen und kleiden wollen, können ſich das Regiment oder Bataillon wählen, bei welchem ſie einzutreten wünſchen, und haben ſich deßhalb bei den betreffenden Commandeurs zu melden, welche zu ihrer Aufnahme von dem hohen General-Commando bereits beauftragt ſind.

2. Diejenigen aber, deren Verhältniſſe eine Bewaffnung und Bekleidung auf ihre eigenen Koſten nicht geſtatten, können ſich an den Königlich Preußiſchen Obriſt von Borſtell zu Düſſeldorf, woſelbſt die neuen Formationen geſchehen, wenden, welcher ihnen das Erforderliche reichen laſſen und nach Maaßgabe der Umſtände ſie in die Regimenter eintheilen wird.

3. Die dieſen Freiwilligen zuzuſichernden Berechtigungen und Vorzüge können bis zu einer näheren Verfügung Sr. Maj. des Königs nicht beſtimmt werden, doch finden für dieſe auf die vorgenannte Art eintretenden Freiwilligen, einſtweilen und bis durch allerhöchſte Verordnungen ein Anderes feſtgeſetzt werden ſollte, die für die freiwilligen Jäger erlaſſenen Verfügungen vom 3. und 19. Februar 1813 ſtatt; weshalb ſolche zur allgemeinſten Kenntniß hier nachfolgend abgedruckt ſind.

4. Uebrigens verſteht es ſich von ſelbſt, daß von allen auf die eine oder andere vorbemeldete Art eintretenden Freiwilligen dieſer Provinzen die Verpflichtung zum Dienſt nur für die Dauer des jetzt beginnenden Krieges übernommen wird, und daß ſie ſogleich nach vollendetem Kriege ihre Entlaſſung erhalten.

Bemerk. Conf. die Geſetz-Samml. für die Königl. Preuß. Staaten Jahrg. 1813.

3721. — Aachen den 30. März 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Zur ſchleunigern Deckung der Mobilmachungs- und Verpflegungs-Bedürfniſſe der Truppen, ſollen mit Berückſichtigung der Lieferungsfähigkeit der Landestheile Natural-Leiſtungen in den Gemeinden des General-Gouvernements ausgeſchrieben werden, deren Betrag aus der Anleihe von 6 Millionen Fr. entweder baar oder durch Aufrechnung gezahlt werden ſoll; zugleich werden die Vergütungs-Sätze dieſer Lieferungs-Gegenſtände, nach einem Durchſchnitt für die Departemente der Roer, der Maas, der Ourthe, des Rheins und der Moſel, mit Ausſchluß der Fabrikate ꝛc. worüber beſondere Contrakte abzuſchlieſſen ſind, folgendermaßen feſtgeſtellt:

1 Hektoliter Roggen	. . . .	11	Fr.	
1 » Hafer	. . . .	7	»	
1 Centner (50 Kilogr.) Heu	. .	4	»	
1 » » Stroh	. .	1	»	50 Ct.
1 » » Fleiſch	.	40	»	
1 Hektoliter Gemüſe	. . . .	16	»	
1 Ohm Brandwein zu 22 Grad	.	140	»	
1 » » » 18 »	. .	70	»	
1 Reit- oder Stangen-Pferd	. .	450	»	
1 Vorder-Pferd oder Klepper	. .	400	»	

Bemerk. Die Frucht- und Fourage-Durchſchnittspreiſe für das Wälder-Departement ſind nach geringeren Sätzen beſtimmt.

3722. — Aachen den 30. März 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Nähere Vorſchriften (in VII §§.) über die Art der

Umlage des ausgeschriebenen Anleihens von 6 Million Franken.

3723. — Den 31. März 1815. — U.

Der General-Gouverneur.

Der Verkauf von Waffen, Pulver und sonstigen Kriegsbedürfnissen in's Ausland ohne spezielle Ermächtigung des Gouvernements wird bei Confiskation der Gegenstände und strengster militairischer Bestrafung des dadurch unter den jetzigen Umständen sich als Landesverräther qualifizirenden Contravenienten verboten.

3724. — Den 2. April 1815. — A.

Der General-Gouverneur.

Verordnung wegen Meldung der Freiwilligen.

Auf die bloße Andeutung in meinem allgemeinen Aufrufe vom 24. vorigen Monats haben sich bereits hier und in andern Orten des bergischen Landes viele Freywillige zum Kampfe für das Vaterland gemeldet.

Da mehrere Lokalbehörden indeß, ohne besondere Ermächtigung sie anzunehmen, Bedenken getragen; so werden hierdurch sämmtliche Herrn Bürgermeister authorisirt und befehligt, sofort auf ihrem Gemeindehause ein Register für Alle, welche als Freywillige in die Reihen der vaterländischen Krieger treten wollen, (insofern sie nicht schon als dienstpflichtig dem bestehenden Militair zugetheilt sind) zu eröffnen.

Dieses Register soll zehn Tage offen liegen, mit dem eilften geschlossen, und unmittelbar an mich selbst eingesandt werden.

Mögen alle solche Listen neue ehrenvolle Zeugnisse des bergischen Nationalsinnes werden! Wer Muth und Ehre hat, und ein Vaterland haben will, wird seinen Namen da-

rin finden laſſen, und geſegnet wird dieſer dann übergehen auf kommende freie deutſche Geſchlechter.

3725. — Aachen den 3. April 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- und Mittel-Rhein.

Wiederholte Aufforderung an die ehemals in Kriegsdienſten geſtandenen und an andere Einwohner des General-Gouvernements zum freiwilligen Eintritt in Militair-Dienſte.

3726. — Aachen den 5. April 1815. — V.

Der General-Gouverneur vom Nieder- u. Mittel-Rhein.

Die zum freiwilligen Kriegsdienſte aufgeforderten, ehemals als Offiziere gedient habenden Einwohner ſollen ſogleich, oder doch ſobald als möglich in ihrer früheren Eigenſchaft wieder angeſtellt werden.

3727. — Aachen den 6. April 1815. — V.

Der General-Gouverneur v. Nieder- u. Mittel-Rhein.

Aufforderung zur Leiſtung und Sammlung freiwilliger patriotiſcher Beiträge zur Ausrüſtung der unvermögenden Freiwilligen und zur Deckung andrer Kriegsbedürfniſſe.

3728. — Den 6. April 1815. — U.

Der General-Gouverneur.

Verbot an ſämmtliche Juſtiz- und Verwaltungs-Beamten, ſich mit Lotterie-Collecten zu befaſſen.

3729. — Den 6. April 1815. — U.

Der General-Gouverneur.

Die an die königl. preuß. Miniſterien gerichteten Eingaben von Privaten müſſen, zur Vermeidung der daraus entſtehenden Rücknahme des Porto's, poſtfrei abgeſendet werden.

3730. — Den 6. April 1815. — U.

Der General-Gouverneur.

Publication einer Einberufung zu den resp. Regimentern aller beurlaubten königl. preuß. Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere von der Linie und der Landwehr.

3731. — Den 6. April 1815. — A. P.

Der General-Gouverneur.

Auf den Wunſch vieler gottesfürchtigen Bewohner dieſes Landes, daß dem geſammten Volke eine öffentliche Gelegenheit gegeben werden möge, ſich vor dem Herrn ſeinem Gott zu demüthigen, und ſeinen allmächtigen Segen zur Vollendung des großen Befreiungs-Werkes Deutſchlands zu erflehen, habe ich in der Ueberzeugung, jedes reine Gemüth werde dieſen frommen Wunſch theilen, und es könne der neue Kampf nur auf ſolche Weiſe würdig begonnen werden, einen allgemeinen Buß- und Bet-Tag auf Mittwoch den 19. d. M. verordnet.

Wie alle Berger gleiche Geſinnung für Gott, Fürſten und Vaterland hegen, ſo wird auch eine Andacht in den Tempeln des Ewigen ſie vereinigen.

Für die römiſch-katholiſchen Kirchen wird das hochwürdige General-Vikariat ein dreizehnſtündiges Gebet auf obigen Tag anordnen.

In den evangelisch-lutherischen und reformirten Gemeinden wird dieser Buß- und Bet-Tag auf die gewöhnliche Weise gefeiert, und von den Predigern insbesondere diese Gelegenheit benutzt werden, dem Volke die großen Wahrheiten an's Herz zu legen, womit die Religion uns gegen die neu entstehende Gefahr bewaffnet.

Noch ist die Zeit der Prüfung nicht vollendet. Fünf und zwanzig Jahre voll Elend und Verwirrung haben die Völker nicht retten können. Auf's neue bedeckt sich der Himmel mit gräuelschwarzen Wolken der Revolution. Blutroth ist Bonapartes Gestirn wieder aufgegangen und im düstern Scheine des Hasses und Mordens umgeben es seine Trabanten, vor deren fluchbedeckten Namen die Menschheit schaudert. In verwegenem Hohn abermals die alte Ordnung antastend, das Ewige verspottend, das Menschliche verachtend, wollen sie das Reich des Guten zerstören, um die Herrschaft des Bösen auf Erden einheimisch zu machen.

Eilet, Priester und Volk! diese Greuel und ihre Strafen von uns abzuwenden! Betet, den ewigen Gott zu versöhnen. Mit frommem Sinne knieet vor seinen Altären nieder — mit reinem Herzen schwöret dem Bösen ab für immer — und erstehet dann mit festem Muthe zum Kampfe gegen dasselbe. Zeigt Euch des Friedens würdig, so werden Friede und Freiheit uns wieder werden. Das Reich des Segens wird der Menschheit zurückkehren, und jauchzend, wie einst seinem ersten Morgen, wird sie dankbar rufen:

Ehre Gott in der Höhe! Friede auf Erden!

3732. — Den 9. April 1815. — U.

Der General-Gouverneur.

Publication und Anwendung auf das General-Gouvernement einer Bestimmung des Königl. Preuß. Kriegs-Ministeriums über die Wieder-Errichtung und Zusam-

menſetzung von Abtheilungen freiwilliger Jäger bei dem wieder erweckten Vaterlands-Vertheidigungs-Kriege.

3733. — Den 14. April 1815. — A.

Der General-Gouverneur.

Aufforderung zur wiederholten Leiſtung freiwilliger Beiträge zur Ausrüſtung unvermögender freiwilliger Vaterlands-Vertheidiger.

3734. — Den 15. April 1815. — A.

Der General-Gouverneur.

Unter den ſo läſtigen als eiteln, den deutſchen Sitten gar nicht anpaſſenden Formalitaten, mit denen die franzöſiſchen Geſetze die Abſchließung der Ehen erſchwert haben, zeichnen ſich wohl vorzüglich die Vorſchriften der Artikel 70, 71, 72, 151 und 155 aus.

Um den mißlichen Folgen, welche daraus in manchen Fällen für die künftigen Eheleute, und nicht ſelten für ihre Moralität entſtehen, vorzubeugen, werden daher jene Vorſchriften folgendermaßen abgeſchafft oder eingeſchränkt.

1) Wenn es erwieſen oder auſſer Wiederſpruch iſt, daß beide Theile das zur Abſchlieſſung der Ehe erforderliche Alter haben, ſo bedürfen ſie weiter keines Taufſcheins.

2) Haben dieſelben wirklich das fünfundzwanzigſte Jahr zurückgelegt, ſo ſind ſie weiter nicht ſchuldig, den Rath ihrer Eltern oder Großeltern nachzuſuchen.

3) Zu den in den Artikeln 70, 71 und 155 vorgeſchriebenen Notorietäts-Urkunden bedarf es fernerhin nur dreier Zeugen anſtatt ſieben, und die, Artikel 72, vorgeſchriebene Beſtätigung von Seiten des Tribunals erſter Inſtanz iſt gar nicht mehr erforderlich.

Hiernach haben die Herren Bürgermeiſter ſich zu achten, und wo deren Sekretarien mit der Führung der Regiſter des Perſonenſtandes beauftragt ſind, ſind dieſe darnach anzuweiſen.

Bemerk. Dieſe an die betreffenden Behörden ergangene, weder im Druck erſchienene, noch auch beſonders promulgirte Verordnung iſt dieſem ohngeachtet hier aufgenommen worden, weil ſie Beſtimmungen des Civilgeſetzbuches abändert, und noch als Norm gilt.

3735. — Aachen den 15. April 1815. — V.

Die Königl. Preuß. Beſitz-Ergreifungs-Commiſſarien.

Publication der von Sr. Maj. dem Könige von Preußen am 5. d. M. erlaſſenen allerhöchſten Patente wegen der Beſitznahme des Herzogthums Nieder-Rhein, der Herzogthümer Cleve, Berg und Geldern, des Fürſtenthums Meurs und der Grafſchaft Eſſen und Werden, und Verkündigung des allerhöchſten Aufrufes an die Einwohner dieſer Lande zur Treue und Ergebenheit ꝛc.; nebſt gleichzeitiger Bekanntmachung der zur Ausführung der Allerhöchſten Befehle getroffenen Maaßregeln. (Conf. die Geſetz-Sammlung für die K. P. Staaten.)

Bemerk. Die vorſtehende Bekanntmachung iſt am 3. May 1815 zu Düſſeldorf gleichmäßig promulgirt worden.

Bemerk. Zu mehrerer Bequemlichkeit folgt das Sachen-Verzeichniß beſonders.